

## **INHALTSVERZEICHNIS**

### **POLITIK**

**Sergej Lawrow**, Außenminister Russlands. Die Welt stabil und sicher machen

**Sergej Kasjonnow, Wladimir Kumatschjow**. Willst du Frieden – bereite dich auf den Frieden vor

### **BILATERALE BEZIEHUNGEN**

**Alexej MESCHKOW**. Russland – Europa: was weiter?

### **NAHOST-VEKTOR**

**Alexander Jakowenko**. Naher Osten: Lehren aus der Geschichte ziehen

**Sergej Iwanow**. Naher Osten und sunnitisch-schiitische Widersprüche

### **EDITORIAL**

**Armen Oganessjan**. Getötet – nicht registriert...

### **TENDENZEN**

**Nikolai Platoschkin**. Die griechische Krise

**Iwan Krawtschenko**. Die schwere Rolle des gelobten Landes

**Ruslan Dsarassow**. Interessen der USA in Eurasien und der Ukraine

### **MEILENSTEINE DER GESCHICHTE**

**Jewgenija Pjadyschewa, Alexej Filitow**. Jalta – eine Epoche von 70 Jahren

**Wladislaw Terechow.** Zum 60. Jahrestag der Herstellung der diplomatischen Beziehungen mit der BRD

**Igor Maksimytschew.** Vierteljahrhundert „Großer Bundesrepublik Deutschland“

## **Rat der Zeitschrift:**

**Sergej LAWROW,**

*Außenminister Russlands*

**Alexander AWDEJEW,**

*Außerordentlicher und Bevollmächtigter Botschafter Russlands  
im Vatikan*

**Sergej Wjasalow,**

*Generaldirektor des Außenministeriums Russlands*

**Andrej DENISSOW,**

*Außerordentlicher und Bevollmächtigter Botschafter Russlands  
in der Volksrepublik China, Kandidat der  
Wirtschaftswissenschaften*

**Alexander DSASSOCHOW,**

*Doktor der politischen Wissenschaften*

**Igor IWANOW,**

*Präsident des Russischen Rates für internationale  
Angelegenheiten (russ. Abk. RSMD), korrespondierendes  
Mitglied der Russischen Akademie der Wissenschaften, Doktor  
der Geschichtswissenschaften*

**Konstantin KOSSATSCHJOW**

*Vorsitzender des Ausschusses für die Angelegenheiten des  
Föderationsrates, Kandidat der Rechtswissenschaften*

**Wladimir LUKIN,**

*Außerordentlicher und Bevollmächtigter Botschafter, Doktor  
der Geschichtswissenschaften, Professor*

**Michail MARGELOW,**

*Vizepräsident der Offenen Aktiengesellschaft „AK Transneft“*

**Alexej MESCHKOW,**

*Stellvertreter des Außenministers Russlands*

**Alexander PANOW,**

*Doktor der politischen Wissenschaften*

**Georgi PETROW,**

*Vizepräsident der Industrie- und Handelskammer Russlands*

**Alexej PUSCHKOW,**

*Vorsitzender des Ausschusses für internationale  
Angelegenheiten der Staatsduma, Kandidat der  
Geschichtswissenschaften*

**Sergej RJABKOW,**

*Stellvertreter des Außenministers Russlands*

**Michail SESLAWINSKI,**

*Leiter der Föderalen Agentur für Presse und  
Massenkommunikationen*

**Wladimir TITOW,**

*Erster Stellvertreter des Außenministers Russlands*

**Anatoli TORKUNOW,**

*Rektor der Moskauer Staatlichen Hochschule für internationale Beziehungen (russ. Abk. MGIMO (U)), ordentliches Mitglied der Akademie der Wissenschaften Russlands, Doktor der politischen Wissenschaften*

**Alexej FEDOTOW,**

*Außerordentlicher und Bevollmächtigter Botschafter Russlands in der Slowakei, Kandidat der Rechtswissenschaften*

**Wladimir TSCHISHOW,**

*Ständiger Vertreter Russlands bei der EU*

**Vitali TSCHURKIN,**

*Ständiger Vertreter Russlands bei der UNO, Kandidat der Geschichtswissenschaften*

**Juri SCHAFRANIK,**

*Vorsitzender des Vorstands der Zwischenstaatlichen Erdölgesellschaft (russ. Abk. MGNK) „SojusNefteGas“, Präsident der Stiftung „Weltpolitik und Ressourcen“*

**Alexander JAKOWENKO,**

*Außerordentlicher und Bevollmächtigter Botschafter Russlands in Großbritannien, Doktor der Rechtswissenschaften, Professor*

**Chefredakteur Armen OGANESSJAN**

# **Interessen der USA in Eurasien und der Ukraine**

**Ruslan DSARASSOW**

Leiter des Lehrstuhls für Politökonomie der Russischen

Ökonomischen Universität „G. W. Plechanow“,

Doktor der Wirtschaftswissenschaften

Die Außenpolitik der USA ist zum wichtigsten Faktor geworden, der den Ursprung und Verlauf der international-politischen und der militärischen Krise in der Ukraine prägt. Im Laufe eines Vierteljahrhunderts nach dem Zusammenbruch der UdSSR arbeiteten die amerikanischen Regierungskreise hartnäckig an der Festigung ihrer Kontrolle über die ukrainische Gesellschaft. Es ist ihnen gelungen, ein ganzes Netz von Instituten aufzubauen: von den Oligarchen, die ihre Kapitalien im Westen aufbewahren, und unzähligen nichtstaatlichen Organisationen bis zu den unter ihrer Kontrolle stehenden politischen Parteien und neofaschistischen

Schlägern. Diese Kräfte wurden im entscheidenden Augenblick eingesetzt, um ein proamerikanisches Regime an die Macht zu bringen.

Wie waren denn die Interessen der Vereinigten Staaten, die dieses Land veranlassten, derart langwährende und mühevollen Anstrengungen zwecks der Unterwerfung der Ukraine unter ihre Strategie zu unternehmen? Ohne eine Antwort auf diese Frage bleiben viele außerordentlich wichtige Ursachen der brennendsten politischen Frage in Mitteleuropa seit dem Fall der Berliner Mauer unklar.

Dieser Beitrag betrachtet eine Herausforderung, die durch eine Wiedergeburt Russlands und den Aufstieg Chinas für die amerikanische Strategie in Eurasien ausgelöst wird; daraufhin wird über die Rolle der Ukraine in dieser Strategie gesprochen; besondere Aufmerksamkeit gilt den Interessen der USA in der Ukraine; gewisse Schlussfolgerungen aus den erörterten Fragen werden abschließend dargelegt.

## **Russland, China und das neue „Große Spiel“**

George Friedman, Chef des – der CIA nahestehenden – Forschungsfonds „Stratfor“ zeigt auf, dass im Laufe des ganzen 20. Jahrhunderts zu den wichtigsten strategischen Zielen der USA die Bestrebung gehörte, in Eurasien die Entstehung einer Supermacht nicht zuzulassen, die die Bevölkerung und die Ressourcen dieses Kontinents vereinigen könnte. Der Einzug eines solchen Schwergewichtlers in die Weltarena würde die globale Kräftebilanz grundsätzlich verändern und die führende amerikanische Rolle unterhöhlen können. Um dies zu verhindern, mischten sich die USA in den Ersten und den Zweiten Weltkrieg ein, als Deutschland auf eine solche Rolle Anspruch erhoben hatte, und betrieben einen Kalten Krieg, als um diesen Platz die Sowjetunion kämpfte. Die Niederlage Deutschlands bahnte den Vereinigten Staaten den Weg zur Hegemonie in der kapitalistischen Welt, der Zusammenbruch der UdSSR – zur Lage der einzigen Supermacht auf der Erde. In diesem Zusammenhang „besteht der



Endimperativ der dominierenden Macht Nordamerikas in den Garantien, dass dies (die Erscheinung eines euroasischen Rivalen) niemals geschieht“, meint George Friedman. „Zu diesem Zweck gilt es, „die Teilung Eurasiens in so viele wie möglich unterschiedliche (am liebsten miteinander verfeindete) Mächte aufrechtzuerhalten“<sup>1</sup>. Zu Beginn des 21. Jahrhunderts ist die langfristige Strategie der Vereinigten Staaten in Eurasien mit zwei wichtigsten Herausforderungen konfrontiert: mit einer Wiedergeburt Russlands und dem wirtschaftlichen Aufstieg Chinas.

In den 2000er Jahren unternahm Russland erhebliche Anstrengungen für die Überwindung zerstörender Folgen radikaler Marktreformen der 1990er Jahre und benutzte zu diesem Zweck Einnahmen aus hohen Erdölpreisen. Hinweisen kann man unter anderem auf ein erhebliches Wachstum der russischen Wirtschaft, eine Vergrößerung des realen Einkommens der Bevölkerung, eine Verstärkung der sozialen Stabilität, eine Festigung der Verteidigungsfähigkeit Russlands und seiner Rolle in den internationalen Beziehungen. Besonders ist die Tatsache hervorzuheben,

dass dem Prozess der Integration ehemaliger Republiken der UdSSR in den letzten Jahren ein neuer Impuls verliehen worden ist.

Verbal hat man die Notwendigkeit eines Wiederaufbaus des Wirtschaftsraums schon zu Beginn der 1990er Jahre anerkannt. In Wirklichkeit ist aber die Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) zu einer Form der Reintegration des postsowjetischen Raums dennoch nicht geworden. Der Aufruf des Präsidenten Nursultan Nasarbajew zum Aufbau einer Eurasischen Union, der während seiner Vorlesung an der Moskauer Staatsuniversität schon im März 1994<sup>2</sup> ertönte, wurde damals überhört. Wahrscheinlich musste man eine Periode der ernüchternden Konfrontation mit dem Westen durchmachen, um harte Realitäten der heutigen Welt zu erkennen und einzusehen, dass man in dieser Welt nur gemeinsam überleben kann. Zu Beginn der 2000er Jahre beschlossen Russland, Kasachstan und Weißrussland eine neue Tagesordnung ihrer Integrationspolitik, die den Aufbau einer Zollunion, des Gemeinsamen Wirtschaftsraums und – schließlich – der Eurasischen Wirtschaftsunion vorsah. Im Herbst 2011 legten

Wladimir Putin, der damals den Posten des Premierministers einnahm, und – nach ihm – Weißrusslands Präsident Alexander Lukaschenko und Kasachstans Präsident Nursultan Nasarbajew ihre Sicht eines Projekts der Eurasischen Union in der Presse<sup>3</sup> dar. Die führenden Politiker der drei großen Staaten des postsowjetischen Raums einigten sich dahingehend, dass nur eine enge Integration es gestattet, Bedingungen für eine vollwertige Modernisierung ihrer Volkswirtschaften, die Erhöhung ihrer Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt und des Lebensstandards der Bevölkerung zu schaffen sowie die Sicherheit der erwähnten Staaten zu stärken.

Dieses Projekt zeugt davon, dass die regierenden Kreise der drei Länder im Stillen zugaben, dass die Ergebnisse radikaler Marktformen der 1990er Jahre negativ gewesen sind. Im Projekt äußerte sich auch die Erkenntnis, dass die postsowjetischen Staaten unter den Bedingungen des Ausbruchs einer Weltwirtschaftskrise und einer offensichtlichen Zuspitzung der internationalen Beziehungen verletzbar sind. Als die führenden Politiker der drei Länder ihre gemeinsame Bewegung zur Eurasischen Union

einleiteten, schickten sie an den Westen ein unmissverständliches Signal bezüglich ihres Wunsches, die selbständige Rolle der von ihnen geleiteten Staaten in der Weltwirtschaft und in der Außenpolitik zu verteidigen.

Der Kurs auf die Eurasische Union hing unmittelbar mit dem Schicksal der Ukraine zusammen. Die Zollunion ist der wichtigste Handelspartner dieses Landes. Unter den Bedingungen einer tiefen Krise der europäischen Wirtschaft und einer faktischen Geschlossenheit des europäischen Marktes stellt die Integration mit den eurasischen Partnern den einzigen realen Weg zur Entwicklung und Modernisierung der Wirtschaft der Ukraine dar. Dadurch bot sich die tatsächliche Möglichkeit, das Land aus den Fesseln der weiteren Peripherisierung zu befreien.

Die ukrainische herrschende Klasse erwies sich leider als unfähig, ein pragmatisches Herangehen an den Schutz der nationalen Interessen ihres Landes zu erarbeiten. Dafür wurde das obenerwähnte Signal in Washington mit sichtlicher Beunruhigung gehört und aufgenommen. Im Dezember 2012 erklärte Hillary

Clinton, damals Außenministerin der USA, auf einer internationalen Konferenz über Menschenrechte in Dublin über die Gefahr der „Resowjetisierung“ eines bedeutenden Teils Osteuropas und Zentralasiens. „Man wird sie nicht so nennen“, erläuterte sie. „Man schickt sich an, sie eine Zollunion, eine eurasische Union – usw. im gleichen Geist – zu benennen. Aber wollen wir uns in dieser Hinsicht nicht irreführen lassen. Wir wissen, welches Ziel gesteckt ist, und bemühen uns zu errechnen, wie man das verlangsamen oder verhüten kann“<sup>4</sup>. Die taktlose Reaktion der Behörden der USA auf eine innere Angelegenheit postsowjetischer Staaten fügt sich bestens in die amerikanische Strategie ein, die darauf abzielt, die Entstehung eines machtvollen Staates in Eurasien zu verhüten. Die ukrainische Krise ist anscheinend eben das Ergebnis sorgfältiger amerikanischer „Rechnungen“, deren Ziel ist, „wie man das verhüten kann“. („das“ heißt hier die Wiedergeburt der Völker der ehemaligen UdSSR).

Nicht weniger beunruhigend wirkt in den USA das Wachstum der wirtschaftlichen Macht und des politischen Einflusses des

heutigen Chinas. Das „Reich der Mitte“ wird vom amerikanischen Establishment als ein dynamischer Staat aufgefasst, der imstande ist, in einer – bereits nahen – Zukunft einen Führungsanspruch in Eurasien zu erheben und die Welthegemonie der USA herauszufordern<sup>5</sup>. Ziel der „Verhütung“ ist die Schwächung und Isolierung Chinas, die eine Vergrößerung seiner wirtschaftlichen und politischen Macht unterhöhlen würden. Gerade der Erreichung dieses Ziels dient eben die von B. Obama angekündigte Strategie einer „Fokussierung auf Asien“ (Pivot to Asia).

Die Grundlagen dieser Strategie sind in seinen „Prinzipien der Strategie auf dem Gebiet der Verteidigung“ aus dem Januar 2012 formuliert worden: „Die Interessen der USA auf dem Gebiet der Wirtschaft und Sicherheit hängen unzertrennlich mit den Ereignissen zusammen, die auf dem Bogen, der sich vom westlichen Teil des Stillen Ozeans und Ostasiens bis zum Indischen Ozean und Südasien erstreckt, stattfinden und eine Mischung aus aufkommenden Herausforderungen und sich öffnenden Möglichkeiten schaffen. Während die Streitkräfte der USA nach wie vor ihren Beitrag zur

globalen Sicherheit leisten, *werden wir – bei Bedarf – eine Umdisponierung der Kräfte in Richtung der Asiatisch-Pazifischen Region durchführen* (Kursivschrift im Original – R. D.)“<sup>6</sup>. Wenn man die ideologische Rhetorik beiseite legt, besteht der Sinn der neuen Doktrin in der Hinhaltepolitik gegenüber China, das heißt, im Streben der USA, das Wachstum der Wirtschaft und des politischen Einflusses Chinas zu begrenzen.

Die Doktrin setzt voraus: erstens eine Umdisponierung der militärischen Ressourcen der USA aus dem Nahen Osten und Südasien in die Asiatisch-Pazifische Region. Zweitens eine Festigung der militärischen, diplomatischen und wirtschaftlichen Verbindungen mit solchen alten Verbündeten Washingtons wie Japan, Australien, Südkorea und Thailand; eine Verbesserung der Beziehungen mit den sogenannten entstehenden Volkswirtschaften – Indien, Indonesien und Vietnam. Drittens: die weitere Stärkung der Partnerschaft mit Neuseeland, Singapur und Taiwan. Viertens: die staatliche Förderung einer Präsenz des amerikanischen Kapitals in der Region (das heißt eine Verstärkung der wirtschaftlichen Abhängigkeit der dort

liegenden Länder). Fünftens: die Entwicklung der Beziehungen mit den regionalen multilateralen Instituten wie etwa ASEAN. Sechstens: die Förderung solcher „universeller amerikanischer Werte“ wie Demokratie und Menschenrechte, das heißt eine Verstärkung der amerikanischen Ideologie<sup>7</sup>. Um die grandiose Absicht der amerikanischen Strategen einzuschätzen, muss man die militärische Präsenz der USA in Zentralasien (im ehemaligen sowjetischen Mittelasien) hinzufügen. Im Ergebnis der Umsetzung dieser ganzen Strategie muss rund um China eine machtvolle Koalition von Nachbarn entstehen, die von den USA angeführt wird und fähig ist, als ein mächtiges Gegengewicht zum aufsteigenden Giganten aufzutreten.

In der Frühzeit der Marktreformen in China leitete deren Architekt Deng Xiaoping eine vorsichtige Außenpolitik dieses Landes ein, das vorzog, Konflikte mit dem Westen zu meiden, um einen Zugang zu dessen Märkten zu bekommen. „Inzwischen hat die asiatische „Fokussierung“ der USA die Beunruhigung Chinas bezüglich der amerikanischen Hinhalte-Politik ausgelöst, und in



der Region tauchten Befürchtungen wegen einer Verstärkung der strategischen Rivalität der zwei Mächte auf<sup>8</sup>. Der gemäßigte Kurs Deng Xiaopings wird in China immer öfter als unwirksam im Hinblick auf den Schutz der grundlegenden Interessen des Landes betrachtet. Und es ertönt immer öfter der Ruf nach einer Verstärkung der Zusammenarbeit mit den BRICS-Ländern wie mit einem neuen „Weltpol“, der sich gegen die amerikanische Hegemonie stellt<sup>9</sup>. Die „Fokussierung auf Asien“ hat eine mehrdeutige Reaktion sowohl in der Region selbst und in den Regierungskreisen als auch in der Öffentlichkeit ausgelöst<sup>10</sup>. All diese Umstände beeinflussten erheblich den Standpunkt Chinas in der ukrainischen Krise.

Ausgerechnet in diesem Kontext muss man den entbrennenden Kampf um die Kontrolle über die an Erdöl reiche Region des Kaspischen Meeres und Mittelasiens betrachten, der immer öfter als ein neues „Großes Spiel“<sup>11</sup> bezeichnet wird. Diesen Begriff benutzte schon der englische Dichter und Schriftsteller R. Kipling, der dabei die strategische Konfrontation Großbritanniens und

Russlands um die Herrschaft in Mittelasien und im Kaukasus meinte. Die Bedeutung dieser Region in der Weltwirtschaft ist inzwischen im Zusammenhang damit erheblich gewachsen, dass sich dort die Vorräte an Kohlenwasserstoff größer erwiesen, als man früher angenommen hatte. In der Kaspischen Region lagern – einigen Schätzungen zufolge – bis zu 200 Milliarden Barrel Erdöl (im Vergleich zu 260 Milliarden Barrel in Saudi-Arabien). Erheblich sind auch die Vorräte an diesem Rohstoff in Mittelasien, unter anderem in Kasachstan.

Die Wiederaufnahme des „Großen Spiels“ bestimmte auch die Bedeutung des Kaukasus in der globalen Strategie der USA. Die Behauptung der amerikanischen Hegemonie in dieser Region würde es gestatten, einerseits für Russland den Zugang zu den Erdölreichtümern des Kaspischen Meeres und Mittelasiens zu sperren und andererseits die Kontrolle der USA über Wege für den Transport von Energieressourcen zu sichern. Diese Umstände verdeutlichen, warum der Westen den Terrorismus unterstützt, der sich mit dem Banner des Islams in Tschetschenien in den

Jahren 1990 – 2000<sup>12</sup> getarnt hat. Dem gleichen Ziel dient die Politik der Einbeziehung der Ukraine und Georgiens in die NATO und der Verdrängung Russlands aus dem Schwarzmeerraum. Der Wert der Dominierung der USA in Mittelasien und im Kaukasus wächst im Zusammenhang mit der neuen langfristigen amerikanischen Strategie bezüglich Chinas.

Es geht um folgendes: wer den Kaukasus und Mittelasien kontrolliert, kann entscheiden, an wen, in welchen Mengen und zu welchen Preisen die Energieressourcen aus dieser Region geliefert werden. Dies bedeutet die Kontrolle über das wirtschaftliche Wachstum anderer Länder. Zum wichtigsten Käufer der Energieressourcen wird dort China. Kraft dieses Umstandes ist die Unterwerfung Russlands eine wichtige Bedingung der strategischen Umzingelung und der Errichtung einer Kontrolle über das erstarkende “Reich der Mitte”.

Die schwächste Stelle Russlands vom Standpunkt seiner Wiedergeburt aus und insbesondere im Zusammenhang mit der entscheidenden Bedeutung einer eurasischen Integration sind seine

Beziehungen mit der Ukraine. Diese zweitgrößte Republik der ehemaligen Sowjetunion spielt in der Strategie der USA in Eurasien eine sehr wichtige und vielseitige Rolle.

### **Die Ukraine in der Strategie der USA**

Wie oben erwähnt, sieht das Ziel der Vereinigten Staaten in Europa bereits seit etwa 100 Jahren folgendermaßen aus: Nicht zuzulassen, dass eine Supermacht auftaucht, die die kombinierten Ressourcen Eurasiens vereinigen und die US-Führung herausfordern könnte. Die Kontrolle über die Ukraine ist eine wichtige Voraussetzung für den Erfolg dieser Strategie. Wie ein amerikanischer Militär-Experte feststellt, „ist die Stärkung der ukrainischen Souveränität wichtig, um eine Wiedergeburt von so etwas wie die ehemalige sowjetische Supermacht rund um deren russischen Kern zu verhindern. Die Politik Russlands im Bereich der nationalen Sicherheit formuliert eindeutig das Ziel des Aufbaus einer neuen freiwilligen Vereinigung aus ehemaligen sowjetischen Staaten. Solange aber Kiew vorerst der völligen

Souveränität treu bleibt, wird der „geopolitische Pluralismus“ wahrscheinlich nach wie vor dominieren“<sup>13</sup>.

Die Worte über die «ukrainische Souveränität» sind natürlich nichts mehr als Rhetorik. In der postsowjetischen Zeit demonstriert das Land ein klassisches Muster abhängiger Entwicklung und hat sogar einen Schatten der Selbständigkeit eingebüßt. Unklar ist auch: Was kann man gegen die Wiedergeburt einer freiwilligen Vereinigung von Staaten aus der Sicht des amerikanischen politischen Diskurses erwidern, der zudringlich – wenn auch heuchlerisch – die Rechte und Freiheiten der Völker betont? Nach diesen Berichtigungen sollten wir im Übrigen dem amerikanischen militärischen Experten für die Offenheit dankbar sein. Denn er erläutert mit soldatischer Unumwundenheit: die USA sind an der Ukraine vor allem als an einem Werkzeug des Kampfes dafür interessiert, um eine Wiedergeburt Russlands zu verhindern.

Weit bekannt sind die Worte von Z. Brzezinski, der zu berüchtigsten amerikanischen Russenhassern gehört und darauf beharrt, dass „es nicht ausreicht, wenn man betont, dass Russland

ohne die Ukraine aufhört, ein Imperium zu sein. Mit der Ukraine aber, die bestochen und sodann unterworfen worden ist, wird Russland automatisch zu einem Imperium“<sup>14</sup>. Die Worte über das Imperium muss man hier auch als eine einfache Redewendung mit Anführungszeichen versehen. Denn die heutigen USA selbst sind zu einem Imperium geworden, welches eine solche Macht über die Welt ausübt, von der keine der ehemaligen Metropolen auch nur zu träumen wagte. Die Sorge des amerikanischen Politologen über die «Bestechung» und «Unterwerfung» der Ukraine klingt auch falsch im Lichte der tiefsten Abhängigkeit dieses Landes vom Weltkapitalismus und vor allem ausgerechnet vom amerikanischen Kapitalismus. Wenn man den Kern der Sache betrachtet, so spricht Brzezinski über die Notwendigkeit, die beiden größten brüderlichen Länder gegeneinander auszuspielen, um zu verhindern, dass sich Russland in einen großen unabhängigen Spieler auf der Weltbühne verwandelt, der fähig ist, seine Interessen zu verteidigen.

Geleitet von der Idee des „geopolitischen Pluralismus“ zielen dazu noch die nationalen Interessen der USA und der westlichen

Länder vor allem auf die Absicht ab, einen Konflikt der beiden größten slawischen Staaten zu schüren. Die Rolle der Ukraine in der Aufrechterhaltung der globalen Kontrolle der USA über Eurasien hat auch konkretere Aspekte.

Das bezieht sich vor allem darauf, dass man diesem Land die Mitgliedschaft in der NATO gewährt, sowie auf den Aufbau eines europäischen Raketenabwehrsystems und auf das Energie-Problem.

Die Deklaration über die staatliche Souveränität der Ukraine leitete, wie es offiziell gilt, den Beginn der «Unabhängigkeit» des Landes ein. Sie spricht von Neutralität und dem Nichteintritt in militärische Blöcke als von der Grundlage der ukrainischen Außenpolitik. Im Jahre 2003 konnten jedoch prowestliche Kräfte im ukrainischen Parlament (Werchowna Rada) das Gesetz der Ukraine «Über die Grundlagen der nationalen Sicherheit» durchpeitschen, in dem über den Eintritt in die NATO als über das Endziel des euroatlantischen Kurses die Rede war. Im Januar des Jahres 2008 – am Vorabend des NATO-Gipfeltreffens in Bukarest – hat die Ukraine einen Antrag auf den Aktionsplan für die NATO-

Mitgliedschaft gestellt. Es ist ein Programm zur Vorbereitung auf die Mitgliedschaft in der Organisation des Nordatlantikvertrags (NATO).

Der Plan sieht eine Reihe von Maßnahmen vor, die die NATO-Standards auf dem militärischen, politischen und wirtschaftlichen Gebiet einführen. Durchgeführt werden solche Maßnahmen unter der Kontrolle von Nato-Beratern, denen man einen weitgehenden Zugang zu Informationen verteidigungsmäßigen Charakters gewährt. Unter allen Präsidenten des Landes – von Kutschma bis Janukowitsch und Poroschenko – blieb der Kurs des Landes auf die Einbeziehung in die NATO unverändert. Das gilt im Übrigen nur für die herrschende Elite der Ukraine, deren Bevölkerung in dieser Frage zutiefst gespalten bleibt: im Jahre 2010 stellten sich 70 bis 80 Prozent der Ukrainer gegen die Mitgliedschaft ihres Landes in diesem militärischen Block<sup>15</sup>.

Eine – nicht weniger wichtige – Folge des Beitritts der Ukraine zur NATO wäre die Umsetzung der Pläne der USA bezüglich der Stationierung von Elementen des europäischen



Raketenabwehrsystems auf dem Territorium dieses Landes. Den Aufbau einer Raketenabwehr in Europa betrachtet die amerikanische Führung im Zusammenhang mit dem Versuch, die militärisch-strategische Parität mit unserem Land zu ihrem Gunsten zu ändern. Aus dieser Sicht würde die Stationierung von Elementen des Dritten Positionsbereichs der US-Raketenabwehr auf dem Territorium der Ukraine besonders wirksam sein. Die Stationierung von Abwehrraketen auf dem Territorium der Ukraine würde es den Amerikanern gestatten, unsere Raketen nicht auf der letzten, abschließenden Etappe ihrer Flugbahn abzufangen, sondern sie schon beim Aufstieg zu vernichten. Falls einzelne russische Raketen das Netzwerk des europäischen Raketenabwehrsystems auch durchbrechen würden, wäre es noch möglich, sie auf der abschließenden Etappe ihrer Flugbahn mit den Kräften der modernen Positionsbereiche – des Ersten und des Zweiten Positionsbereichs – abzuschießen, die sich in Alaska und Kalifornien befinden. Es gibt aber auch noch einen weiteren – außerordentlich wichtigen – Umstand.

Es geht darum, dass Abwehrraketen, in denen Sprengköpfe mit herkömmlicher Munition installiert sind, sich mühelos mit nuklearen Sprengköpfen umrüsten lassen. In diesem Fall verwandeln sie sich aus einem Element der Raketenabwehr in einen Bestandteil der nuklearen Offensivkräfte. Dabei beträgt die Anflugzeit solcher Raketen – sagen wir von Charkow nach Moskau – nur wenige Minuten. Sehr wenig Zeit bleibt für die Ergreifung schützender Gegenmaßnahmen. Das Herz unseres Landes wird ständig im Visier der nuklearen Waffe bleiben.

Es gibt keinen Zweifel daran, dass die Stationierung des europäischen Raketenabwehrsystems in der Ukraine einen erheblichen Teil des russischen nuklearen Schutzschilds entwerten und dabei das Gleichgewicht der strategischen nuklearen Streitkräfte nicht zu unseren Gunsten schlagartig ändern würde.

### **Die wirtschaftlichen Interessen der USA in der Ukraine**

Ein anderer wichtiger Aspekt der amerikanischen Kontrolle über die Ukraine betrifft die weltweite Balance von Energieressourcen und von Wegen ihres Transports. Wie noch vor 15 Jahren der oben

zitierte hohe amerikanische Militär-Experte schrieb, „verbreitet sich die Erkenntnis, dass die Ukraine eine entscheidende Position im beginnenden Kampf um die Dominierung über die Transportwege von Energieressourcen einnimmt, die die Regionen der Erdöl-und Erdgasvorkommen im Kaspischen Becken mit den europäischen Märkten verbinden. Die wirtschaftliche Bedeutung des Kaspischen Ressourcen muss noch bestätigt werden, während ein großer Wettbewerb im Rohrleitungsbau bereits begonnen hat. Wird die Ukraine alternative Wege bieten, die den Zugang zu der Region vervielfältigen, was dem Westen lieber wäre? Oder wird sie gezwungen sein, die Rolle einer russischen Tochtergesellschaft zu spielen? Das bleibt noch abzuwarten. Allerdings steht die Bedeutung der Ukraine im Kampf um die Nutzung des Kaspischen Energie-Knotens außer Zweifel“<sup>16</sup>.

Ein weiteres sehr wichtiges Interesse der Vereinigten Staaten am energetischen Aspekt des ukrainischen Problems ist mit der sogenannten „Schiefer-Revolution“ verbunden“, das heißt mit dem Aufkommen von Technologien zur Gewinnung von Erdgas und

Erdöl aus dem Schiefer-Gestein. Das Ausmaß, in dem diese Technologien kostengünstig sind, bleibt ein Gegenstand von Streitigkeiten unter den Fachleuten<sup>17</sup>. Die Selbstkosten der Gewinnung von Schieferöl in den USA betragen im Durchschnitt 48 US-Dollar pro Barrel. Dies ist ein sehr profitables Geschäft, aber nur unter den Bedingungen stets hoher Preise für diese Energieressource. Mit Schiefergas bietet sich ein eher gemischtes Bild. Nach den vorliegenden Angaben kostet in den USA die Gewinnung von tausend Kubikmetern Schiefergas 160 bis 200 US-Dollar, in Polen 260 bis 320 US-Dollar und in China 320 bis 560 US-Dollar. Inzwischen gewinnt der russische Konzern «Gasprom» tausend Kubikmeter «blauen Brennstoffs» für 18 bis 20 US-Dollar<sup>18</sup>. Außerdem ist Schiefergas oft von geringerer Qualität, während seine Gewinnung immer damit einherschreitet, dass ein großer Schaden für die Umwelt entsteht. Inzwischen haben alle Länder – außer den USA, Mexiko und China – auf die Anwendung dieser Technologie verzichtet. Die Amerikaner waren all zu sehr durch die sich öffnenden Perspektiven begeistert.

Noch vor fünf Jahren hätte niemand geglaubt, dass die USA zu einem Exporteur von Energie werden können. Doch im Jahr 2009 übertrafen sie Russland bei der Gewinnung von Erdgas, und im Jahre 2015 wird erwartet, dass sie Saudi-Arabien übertreffen und zum weltweit größten – Erdöl gewinnenden – Land werden können. Es wird erwartet, dass der Einzug auf externe Märkte die Gewinnung in den USA antreibt, dem Land dabei zusätzliche Einnahmen bringt, neue Arbeitsplätze schafft, einen Rückgang der Kraftstoffpreise auf dem Weltmarkt fördert und die Positionen anderer Länder untergräbt (der Gedanke liegt nahe, dass solche Staaten wie Russland, der Iran und Venezuela gemeint sind). Noch gilt ein gesetzliches – bereits in den 1970er Jahren beschlossenes – Verbot für den Export von Erdöl aus den Vereinigten Staaten. Aber die Ausfuhr von Erdöl nach Kanada, dem einzigen Land, für das das Verbot nicht gilt, wächst rasant: von 23000 Barrel pro Tag im Jahr 2009 auf 67000 Barrel im Jahr 2012. Und 200000 Barrel pro Tag werden in naher Zukunft erwartet. Es wächst der Druck zugunsten einer Aufhebung des Verbots für den Export von Öl aus

den USA<sup>19</sup>. Wie oben gesagt, gibt es dafür wichtige Gründe nicht nur wirtschaftlicher Natur.

Wie der Sprecher des US-Repräsentantenhauses, John Boehner, gesagt hat, werden „die USA, wenn sie sich in einen Exporteur von Erdgas verwandeln, in der Lage sein, den Einfluss anderer Anbieter wie etwa Russland und der Iran zu ersetzen und damit die Stärkung... unserer Verbündeten und Handelspartner auf der ganzen Welt fördern“<sup>20</sup>. In diesem Zusammenhang forderte er den Präsidenten der Vereinigten Staaten auf, die Produktion und Infrastruktur des Exports von Erdgas nach Europa drastisch zu erweitern. Nach Meinung von Experten wird allerdings das über den Ozean gelieferte Flüssiggas immer teurer bleiben als das aus Russland über Rohrleitungen transportierte Erdgas<sup>21</sup>. Der letztgenannte Umstand ist äußerst wichtig. Denn: wenn aus irgendwelchen Gründen – zum Beispiel wegen der Kampfhandlungen in der Ukraine – die durch deren Hoheitsgebiet verlaufende Pipeline zerstört wird oder auch wenn die Bedrohung ihrer Zerstörung real ist, wird für Europa der Kauf von Gas in den

Vereinigten Staaten – auch zu einem höheren Preis – zu einer Lebensnotwendigkeit.

Natürlich untergräbt die Perspektive der Lieferung von US-Erdgas nach Europa die Verlegung von zwei Rohrleitungen, die in Umgehung der Ukraine verlaufen: des «Nordstroms» und des «Südstroms». Die erste Rohrleitung wurde bereits in Betrieb genommen, während Russland auf den Bau der zweiten verzichten musste. Nach einer Entscheidung der bulgarischen Behörden wurde die Umsetzung des Projekts «South Stream» stillgelegt, bis die entsprechende Entscheidung der EU-Kommission kommt. Die letztgenannte Kommission behauptet, dass das Projekt gegen die Vorschriften des Dritten Energiepakets der EU verstößt. Gemäß diesen Dokumenten dürfen erdgasgewinnende Unternehmen nicht die Eigentümer von Rohrleitungen sein, wie es im Fall von «Gasprom» geschieht. Die russischen Behörden protestierten und lenkten die Aufmerksamkeit darauf, dass die zwischenstaatlichen Vereinbarungen über die Pipeline «South Stream» noch vor Inkrafttreten des Dritten Energiepakets abgeschlossen worden

waren und nicht unter dessen Einschränkungen fallen. Aber die EU-Partner ignorieren diese Argumente. Es ist bemerkenswert, dass die Entscheidung der bulgarischen Behörden, die den Interessen der Energiesicherheit dieses Landes und der anderen Staaten des südlichen Europas zuwiderläuft, nach einem Besuch von US-Vizepräsident Joe Biden<sup>22</sup> in Sofia getroffen worden ist.

Licht in diese Geschichte bringt Gerhard Mangott, Professor für Politikwissenschaft an der Universität Innsbruck (Österreich). Er meint, dass noch vor der Ukraine-Krise sich die Europäische Kommission mit großer Zurückhaltung bereit erklärt hat, dem Bau von «South Stream» zuzustimmen. Aber jetzt, wo die Krise in vollem Gange ist, benutzt sie die «South Stream» für die Lösung der Situation im Osten der Ukraine. Weiter erklärt der Expert, dass das Projekt für Bulgarien, Österreich und andere Länder Südeuropas sehr wichtig ist, die über die Ukraine Erdgas bekommen. Professor Mangott stellt jedoch fest, dass die europäischen Länder dem Druck der USA ausgesetzt sind, die versuchen, ihre Interessen auf dem europäischen Energiemarkt durchzusetzen. Ein beispielloser



Druck wird unter anderem auf Bulgarien ausgeübt. Die EU-Kommission drohte sogar, dem Land die regionale Finanzierung seitens der EU zu entziehen, wenn es sich dem Druck nicht unterwirft. Auch die USA haben alle Mittel des Drucks angewandt. Professor Mangott wirft eine natürliche Frage auf, die auf folgendes hinausläuft: wenn Deutschland und Russland gemeinsam die Pipeline «Nord Stream» bauen durften, fragt es sich, warum den kleinen Ländern im Westen und Osten des Balkans der Bau von «South Stream» untersagt sein soll<sup>23</sup>.

Im Rahmen der neuen „Großen Spiels“ klingt die Frage rhetorisch. Unter den Bedingungen der weltweiten Wirtschaftskrise würde der Export teurer Energieressourcen nach Europa den amerikanischen Korporationen erlauben, neue Kräfte zu schöpfen und einen erheblichen Anteil der Last der schnell wachsenden US-Staatsverschuldung auf die Alte Welt zu verlagern. Zu diesem Zweck müssen die Amerikaner natürlich die Energie-Partnerschaft zwischen Russland und Europa zerstören. Und die Ukraine spielt

dort eine Schlüsselrolle als Transit-Gebiet für Erdgasleitungen aus Russland nach Europa.

Damit erschöpfen sich die amerikanischen Energie-Pläne in Bezug auf die Ukraine nicht. Nach Angaben des Energieministeriums der USA nimmt die Ukraine den dritten Platz in Europa nach dem Umfang der Lagerstätten von Schiefergas ein. Das Ukrainische Zentrum für Energie-Forschung behauptet, dass nur in den Lagerstätten von Jusowka, die sich in den Grenzen der Gebiete Donezk und Charkow befinden, 3,6 Billionen Kubikmeter der wertvollen Bodenschätze enthalten sind. Die Regierung der Ukraine hofft, dass die Erschließung der erwähnten Lagerstätten es ermöglichen würde, 50 Prozent des Bedarfs des Landes an Erdgas zu decken<sup>24</sup>. Im Jahr 2012 unterzeichneten das Staatliche Unternehmen «Nadra Ukrainy» und die GmbH «Nadra Olesko» ein Abkommen über die gemeinsame Erschließung der Lagerstätten mit der US-Firma „Chevron“ und der britisch-niederländischen Firma „Shell“. In der Zeitspanne vom Dezember 2014 bis zum März 2015 verließen freilich die beiden Unternehmen den

ukrainischen Markt, weil die Rentabilität dieser Projekte wegen der sinkenden Ölpreise und des anhaltenden Bürgerkrieges fraglich geworden war. Allerdings sind einige Kennziffern der beabsichtigten Zusammenarbeit recht bezeichnend. Sie veranschaulichen recht gut den Platz der Ukraine in den Energie-Plänen des Westens.

Im Jahre 2014 war geplant, drei Bohrungen auf den Lagerstätten von Jusowka niederzubringen, und bereits Anfang 2015 sollte erstes Erdgas gewonnen werden<sup>25</sup>. Am 1. April 2014 teilten tatsächlich ukrainische Massenmedien mit, dass in der Nähe des Dorfes Wessjoloje des Perwomajski Rayon im Gebiet Charkow die erste hydraulische Risserzeugung vorgenommen worden war, die die ersten Kubikmeter Schiefergas lieferte<sup>26</sup>. Davon ausgehend wäre es aber noch verfrüht, über die Lösung von Energieproblemen der Ukraine und Europas zu frohlocken.

Erstens ist die Förderung von Schiefergas mittels Fracking mit einem kolossalen – und nicht bis zum Ende voraussagbaren – Schaden für die Umwelt verbunden<sup>27</sup>. Übrigens lösten die Pläne der Förderung von Schiefergas aus den Lagerstätten, die in den an

Russland grenzenden Gegenden liegen, eine Beunruhigung russischer Behörden aus. „Bei der Anwendung der Methode der hydraulischen Risserzeugung in Lagerstättengesteinen bestehen reale Gefahren für die Verschmutzung von unterirdischen und Oberflächengewässern, die von der Bevölkerung Russlands als Quellen von Trink- und Wirtschaftswasser benutzt werden“, kommentierte der stellvertretende Minister für Naturressourcen und Umweltschutz, Rinat Gisatulin, die Situation<sup>28</sup>.

Zweitens könnte es sich erweisen, dass der wirtschaftliche Nutzeffekt des zur Diskussion stehenden Projekts für die Ukraine weit unter den optimistischen Berechnungen der Regierung dieses Landes liegt. Tatsache ist, dass die – mit westlichen Unternehmen gemeinsame – Erschließung der Bodenschätze unter den Bedingungen der sogenannten „Teilung der Produkte“ beabsichtigt wurde. Für die Bereitstellung von Technologien und Investitionen bei der Erschließung ihrer Bodenschätze zahlen die Entwicklungsländer mit den gewonnenen Ressourcen. Das Kosten-Nutzen-Verhältnis bei der Zusammenarbeit mit transnationalen Korporationen fällt

nie zugunsten der schwachen, abhängigen Staaten aus. Auch die Ukraine ist keine Ausnahme geworden. Es wurde geplant, dass von den 20 Milliarden Kubikmeter Schiefergas im Jahr, die man vermutlich aus den erschlossenen Lagerstätten bekommen könnte, 13 Milliarden Kubikmeter oder 65 Prozent von «Shell» und «Shevron» als Entschädigung der Kosten für die Erkundung und Erschließung von Gasvorkommen angeeignet werden. 2 weitere Milliarden Kubikmeter müsste man den privaten Investoren des Projekts bereitstellen. Der Anteil der Ukraine würde somit nur 5 Milliarden Kubikmeter der hypothetisch möglichen Erdgasgewinnung betragen<sup>29</sup>.

Inzwischen ist bekannt geworden, dass die Ergiebigkeit der Bohrungen mit hydraulischem Erdgasfracken sich schnell erschöpft. Also würde für die Ukraine – nach der Abrechnung mit den Partnern – so gut wie nichts von der Ausbeute bleiben. Mit Ausnahme von 100 Prozent der Schadstoffe, die für Luft, Boden und Wasser giftig sind. Das gewonnene Erdgas würden westliche Unternehmen wahrscheinlich für vorteilhafte Lieferungen nach Europa bestimmen.

Und ganz und gar nicht für die Versorgung der energetischen Unabhängigkeit der Ukraine, wie man die Öffentlichkeit des Landes gefoppt hat.

Drittens existieren riesige Vorräte an Schiefergas, von denen die Rede ist, vorerst nur hypothetisch. Ihre Existenz ist auf jeden Fall noch nicht bestätigt worden. Die Vertreter der Gesellschaften in der Ukraine haben immer wieder darauf hingewiesen, dass – vielleicht – letztendlich weder Kunden noch Auftragnehmer überhaupt etwas bekommen würden<sup>30</sup>.

12. Mai 2014 erschien auf der Internet-Seite des ukrainischen Energie-Unternehmens „Burisma Holdings“ eine offizielle Mitteilung über die Ernennung von R. Hunter Biden, dem jüngeren Sohn von US-Vizepräsident Joe Biden, zum Leiter der juristischen Abteilung der Firma. Der Letztgenannte ist wegen seiner aktiven antirussischen Haltung und wegen der Unterstützung der neuen Kiewer Behörden bekannt. „Ich glaube, dass meine Hilfe bei der Beratung des Unternehmens in Fragen der Transparenz, der korporativen Verwaltung und der internationalen Expansion die Wirtschaft der

Ukraine und den Wohlstand ihres Volkes fördern wird“, stellte R. Hunter Biden fest<sup>31</sup>.

Die verborgene Seite dieser unerwarteten Bestellung offenbart der US-Analytiker William Engdahl in einem Artikel mit dem sehr vielsagenden Titel „Korruptionsgeruch, der Bürgerkrieg eines ukrainischen Oligarchen um Schiefergas und Baby-Biden“. Wie Engdahl erläutert, habe „Burisma“, ein zweifelhaftes zyprisches Unternehmen, „die Lizenzrechte auf den Löwenanteil der Erschließung der Vorkommen von Schiefergas in der Ukraine buchstäblich unter den Nagel gerissen“. Der amerikanische Analytiker vermutet, dass dies keineswegs ein Zufall gewesen ist, und erinnert dabei an die Geschichte über zwei Biden. Es stellt sich heraus, dass im Jahre 2005, als Joe Biden noch Senator war, der weltweit größte Hersteller von Plastikkarten MBNA bereits Hunter Biden als einen Vizepräsidenten angestellt hat. Dabei war genau diese Gesellschaft der größte Sponsor des Wahlkampfs des einflussreichen Senators. Durch ein seltsames – und kaum zufälliges – Zusammentreffen der Umstände lobbyierte Joe Biden

so emsig die Verabschiedung eines Gesetzes, das für den Hersteller der Karten vorteilhaft war, dass die Presse ihn sogar auf den Namen „Senator von MBNA“ taufte.

Eine recht Interessante Einzelheit besteht darin, dass Hunter Biden auch ein Berater des Vorsitzenden des Nationalen Instituts für Demokratie (National Democratic Institute) ist. Das ist ein „Projekt der Nationalen Stiftung für Demokratie, einer aus Steuerzahlern finanzierten Organisation, die sich damit befasst, was die CIA hinter den Kulissen vor 25 Jahren gemacht hat“<sup>32</sup>. Das heißt, sie fördert die „sanfte Gewalt“ der USA, indem sie pro-amerikanische Organisationen in anderen Ländern gründet.

Zusammen mit H. Biden betätigte sich im Vorstand von „Burisma“ Alexander Kwasniewski, der ehemalige polnische Präsident und ein glühender Anhänger des Kiewer Majdans aus dem Jahre 2014. Er hatte die Aggression Georgiens gegen Südossetien im Jahre 2008 unterstützt. Zum Vorsitzenden des Direktorenrates der Gesellschaft wurde Alan Apter, ein ehemaliger hochrangiger Manager von „Merrill Lynch“, einer der größten



Investmentbanken von Wall Street. Und schließlich wurde zum Vorsitzenden des Direktorenrates Devon Archer, Geschäftspartner von Hunter Biden und Geschäftsführer der Stiftung für das persönliche Vermögen der Ehefrau des US-Außenministers John Kerry, berufen. Diese sehr reiche Frau ist die Witwe von Henry Heinz, einem der reichsten Amerikaner und dem Besitzer des Imperiums „Heinz“.

Ist nicht all zu sehr übertrieben die Star-Besetzung des Direktorenrates einer kaum bekannten Offshore-Firma, die auf Zypern registriert ist? Das Interesse der obersten Schicht der amerikanischen Elite an diesem zweifelhaften Offshore-Unternehmen wird verständlich, wenn wir erfahren, dass es ein Teil des Imperiums des ukrainischen Oligarchen Kolomoiski ist. Kurz nach dem Februar-Putsch in Kiew im Jahre 2014, den er selbst tatkräftig gefördert hatte, stieg dieser ukrainische Geschäftsmann zum Gouverneur des Gebiets Dnepropetrowsk auf (und bekleidete diesen Posten bis März 2015). Auf dem Territorium des Gebiets befindet sich ein erheblicher Teil der Schiefergaslagerstätten. Es

ist bekannt: Kolomoiski hat seine eigene Privatarmee für den Kampf gegen die Rebellen aufgestellt, die «wie sich zufälligerweise herausstellte, gerade dort leben, wo er ein Joint Venture mit dem anglo-holländischen Energie-Riesen „Shell“ für die Gewinnung von Schiefergas gründete“<sup>33</sup>.

Nachdem der ukrainische Staat aus dem Projekt<sup>34</sup>) ausgestiegen war, schien es, dass dem privaten Business freie Hand endgültig gelassen wurde. Nichts sollte nun das westliche Kapital im Bündnis mit Kolomoiski stören, in aller Ruhe die Bodenschätze im Osten des Landes auszubeuten. Es blieb nur eine Bedingung, die zunächst die Geschäftspartner nicht all zu schwer realisierbar anmutete – der Sieg des Kiewer Regimes über Neurussland. Es sah danach aus: der Umstand, dass zu diesem Zweck erforderlich ist, Blut zu vergießen, brachte niemanden in Verlegenheit. Für die Unternehmen „Chevron“ und „Shell“ war es nicht das erste Mal, dass sie Geschäfte an zivilen Konflikten machen. Presseberichten zufolge waren die beiden Konzerne an der Verletzung der Menschenrechte im erdölfördernden Nigeria beteiligt, wo sie

erhebliche geschäftliche Interessen hatten. „Im Hinblick darauf könnte sich das ukrainische Volk, ob es nun im Osten oder im Westen des Landes wohnt, Gedanken darüber machen, was man unter einer „Energie-Unabhängigkeit“ versteht, und ob es in der Tat möglich ist, sich jene Zukunft zu sichern, von der das Volk träumt und dabei seine Hoffnungen mit dem guten Willen ausländischer Erdöl- und Erdgasunternehmen verbindet<sup>35</sup>, teilt die amerikanische analytische Online-Publikation „Strategic Culture Foundation“ mit.

Die westlichen Gesellschaften stiegen aus dem Projekt nicht deshalb aus, weil sie seine Umsetzung für nicht ethisch oder für den Interessen der „unabhängigen“ Ukraine zuwiderlaufend hielten, sondern deshalb, weil sich der Konflikt im Donbass nicht nach ihrem Szenario entwickelte. Falls das Kiewer Regime Erfolg hat, können die Pläne der Erschließung der Schiefergaslagerstätten erneut aktuell werden. Ungeachtet aller Nachteile dieses Prozesses für die Ukraine.

Wie oben aufgezeigt, spielt die Ukraine eine außerordentlich wichtige und vielseitige Rolle bei der Bewahrung und Förderung der Herrschaft des Westens im breiten Raum Eurasiens und insbesondere bei der Sicherung der Hegemonie der USA. Diese Rolle besteht vor allem in der Umwandlung des Landes in ein Werkzeug zur Unterwerfung Russlands. Nachdem die USA die Kriegsmaschine der NATO dicht an die russischen Grenzen vorangebracht und in deren Nähe Elemente der Raketenabwehr stationiert haben, entwerten sie den russischen nuklearen Schild und nähern sich wesentlich ihrem begehrten Ziel – der strategischen nuklearen Überlegenheit. Und schließlich: die Untergrabung der energiewirtschaftlichen Zusammenarbeit Russlands mit Europa öffnet – auf deren Kosten – einen neuen goldenen Boden für die US-amerikanische Geschäftswelt. Der letztgenannte Umstand bereichert erheblich gewisse konkrete Vertreter der modernen politischen Elite der USA, die sich bei der Provozierung eines ukrainischen Dramas besonders ereifern.

\* \* \*

1. Friedman G. The Geopolitics of the United States. Part 1: The Inevitable Empire // Stratfor. 2014. July 4 // <http://www.stratfor.com/analysis/geopolitics-united-states-part-1-inevitable-empire#axzz37jewcItX>

2. Nursultan Nasarbajew. Biografie / Herausgegeben von M. Kassymbekow // Verlag „Delowoi mir“. Astana, 2012. S. 66. (in russischer Sprache)

3. Putin W. Neues Integrationsprojekt für Eurasien – Zukunft, die heute entsteht // Zeitung “Iswestija”. 2011, 3. Okt.; Lukaschenko A. Über Geschicke unserer Integration // Zeitung “Iswestija”. 2011, 17. Okt.; Nursultan N. Eurasische Union – von der Idee zur Geschichte der Zukunft // Zeitung “Iswestija”. 2011, 25. Okt. (in russischer Sprache)

4. Klapper B. Clinton Fears Efforts to «re-Sovietize» in Europe // Associated Press. 2012. Dec. 6 // <http://news.yahoo.com/clinton-fears-efforts-sovietize-europe-111645250-politics.html>

5. Friedman G. Op. cit.

6. Sustaining US Global Leadership: Priorities for 21st Century Defense. Washington, D.C.: The White House. January 2012. P. 2.

7. Campbell *K.* and Andrews *B.* Explaining the US «Pivot» to Asia. London: Chatham House, 2013. Was die Werte der Demokratie und der Menschenrechte anbelangt, so hat der Verfasser dieser Zeilen nichts gegen sie und würde – im Gegenteil – ihre Verbreitung nicht nur in der Asiatisch-Pazifischen Region, sondern in der ganzen Welt, einschließlich Russlands, begrüßen, Leider identifizieren Washington und seine Verbündeten des Öfteren diese Werte mit der Unterstützung der imperialen Politik der USA. Die Verwandlung in ein ideologisches Werkzeug der aggressiven Außenpolitik der USA führt zu einer Ausartung der Demokratie und zur Aushöhlung der Menschenrechte. Davon zeugt wieder einmal die Aggression der USA in der Ukraine, die mit den Händen lokaler Neofaschisten angeblich im Namen der erwähnten hohen Werte betrieben wird.

8. Glaser *B.* Pivot to Asia: Prepare for Unintended Consequences / C. Cohen and J. Gabel (eds). 2012 Global Forecast. Risk,

Opportunity, and the Next Administration. Washington, D.C.: Center for Strategic and International Studies. P. 22.

9. Ibid. Der Block BRICS vereinigt große aufsteigende Staaten: Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika.

10. Richard C. Bush III. The Response of China's Neighbors to the U.S. Pivot to Asia. Washington D.C.: Brookings Institute. 2012. January 31.

11. Kleveman L. The New Great Game. Blood and Oil in Central Asia. London: Atlantic Books, 2003; *Rashid A. Taliban. Islam, Oil and the New Great Game in Central Asia.* London: I.B. Tauris & Co Ltd., 2002.

12. Gorjajinow S. Geld des Terrors. Wer hat Beslan bezahlt? Moskau: "Europa", 2005. (in russischer Sprache)

13. Nation R. NATO's relations with Russia and Ukraine. Carlisle, Pennsylvania: U.S. Army War College. WP, 2000. P. 7.

14. Brzezinski Z. The Premature Partnership // Foreign Affairs. March-April. 1994. Vol. 72. №2. P. 80.

15. Kostenko W. Schluss mit der Einbeziehung der Ukraine in die NATO: Womit muss man beginnen? // Eine Heimat. Analytische Informationsausgabe. 2010. 2. März (in russischer Sprache) // <http://odnarodyna.com.ua/content/prekratit-vtyagivanie-ukrainy-v-nato-s-chego-nachat>

16. Nation R. Op. cit. P. 8.

17. Spiridonow A. “Schieferrevolution – ein neuer Mythos der USA // ”Nowyje wedomosti”. 06.06.2014. (in russischer Sprache)

18. Ebenda.

19. *Krauss C.* Energy secretary calls oil export ban dated // The New York Times. 2013. 14 December.

20. Clayton M. Will more US natural gas to Europe help «keep Putin in check»? Doubtful // The Christian Science Monitor. 2014. 6 March.

21. Eaton J. North American Natural Gas Seeks Markets Overseas // National Geographic. 2014. 20 March // <http://news.nationalgeographic.com/news/energy/2014/03/140320-north-american-natural-gas-seeks-markets-overseas/>



22. Starinskaja G., Serow M. „Südstrom“ in Bulgarien ist bis zur Entscheidung der Eurokommission eingefroren // Vedomosti.ru. 06.08.2014 (in russischer Sprache).

23. Zit. nach: Experten: Von der Verwirklichung des „Südstroms“ hängt die Energie-Sicherheit vieler europäischen Länder ab // RT in russischer Sprache. 2014. 25. Juni // <http://russian.rt.com/article/38038>

24. Romanowa K., Aisjatulowa I. Russlands Krieg um ukrainischen Schiefer. Massenmedien der Ukraine sind der Meinung, dass Russland ukrainische Aktivisten wegen des ukrainischen Schiefergases unterstützt // Газета.ru. 30.04.2014. (in russischer Sprache).

25. Ebenda.

26. Chishnjak I. Schiefergas wird bei Charkow bereits gewonnen! // Ukrainische Wahl (in russischer Sprache) // [http://vybor.ua/article/slancevyy\\_gaz/slancevyy-gaz-uje-dobyvayut-pod-harkovom.html](http://vybor.ua/article/slancevyy_gaz/slancevyy-gaz-uje-dobyvayut-pod-harkovom.html)

27. Ein der Umwelt zugefügter Schaden bei der Gewinnung von Schiefergas // Allukrainischer Verband für Acker- und Gartenbau (in russischer Sprache) // <http://orgproduct.jimdo.com/>

28. Zit. nach: Gewinnung von Schiefergas in der Ukraine schädigt die Umwelt der Russischen Föderation // „Westi“. 2014. 17. Januar (in russischer Sprache) // <http://www.vestifinance.ru/articles/38074>

29. Kriwoschejew P. Kämpfe um Slawjansk und Schiefergas // Rosbalt. Informationsagentur. Kaliningrad. 2014. 14. Mai (in russischer Sprache) // <http://www.rosbalt.ru/ukraina/2014/05/14/1268347.html>

30. Ebenda.

31. Sohn des Vizepräsidenten der USA Jo Biden ist in den Direktorenrat einer ukrainischen erdgasfördernden Gesellschaft aufgenommen (in russischer Sprache) // <http://russian.rt.com/article/31730>

32. Ebenda.

33. Ebenda.

34. Expert: Staat Ukraine steigt aus "Schiefergasprojekten" zugunsten von "Chevron" und „Shell“ aus // Informationsagentur „Regnum“. 2014. 5. August (in russischer Sprache) // <http://regnum.ru/news/polit/1832924.html>

35. Beneath the Ukraine Crisis: Shale Gas // Strategic Culture Foundation. Online Journal. 2014. 26 April // <http://www.strategic-culture.org/news/2014/04/26/beneath-the-ukraine-crisis-shale-gas.html>

**Schlüsselwörter:** „Großes Spiel“, Russland, China, Kaspisches Becken, „Schieferrevolution“.

# **Naher Osten und sunnitisch-schiitische Widersprüche**

**Sergej IWANOW**

Leiter des Lehrstuhls für Diplomatie und Konsulardienst der  
Diplomatischen Akademie des Außenministeriums der Russischen  
Föderation

Die Lage im Nahen Osten beeinflusste seit vielen Jahrhunderten recht wesentlich die Situation in den Nachbarregionen, vor allem in Europa. Heutzutage gehen jedoch von der nahöstlichen Region Gefahren aus, die mit denjenigen nicht zu vergleichen sind, die früher bestanden haben. Diese Gefahren tragen einen vielseitigen Charakter und reichen von der Auslösung eines Migrationswirrwarrs im Zusammenhang mit einer Flüchtlingsflut, die eine Veränderung der europäischen kulturellen und ethnischen Identität bewirken kann, bis zur Unterhöhlung der Stabilität und Sicherheit durch den Export des Terrorismus und des radikalen Islams.

Die Folgen des „arabischen Frühlings“, den – mit größeren oder kleineren Verlusten – fast alle in dieser Region liegenden Länder erlebten, äußerten sich in einer noch größeren Entfremdung, im Zusammenbruch von Instituten der Staatlichkeit, im wachsenden Misstrauen und in einer Vermehrung von Konflikten.

Die sozio-politischen Misshelligkeiten in den Ländern der Region wurden zu einer Rechtfertigung für den rechtswidrigen Eingriff der USA und ihrer Verbündeten in die inneren Angelegenheiten der hier liegenden Staaten, was irgendwo zum Sturz der herrschenden Regimes, irgendwo aber zum Schüren langjähriger Konflikte und zu einer Vertiefung der Widersprüche führte.

Angefangen hat der Protest als ein Aufmarsch der sogenannten „arabischen Straße“, die mit dem Benehmen regierender Kreise (in Tunesien, Ägypten, Libyen, Bahrain, Syrien und in anderen arabischen Ländern) unzufrieden war, vor allem mit ihrem sozialen und wirtschaftlichen Kurs, den Ausschreitungen der Korruption und Vetternwirtschaft. Bestimmte Kräfte in und außerhalb der Region versuchten, dem Protest den Charakter religiöser

Auseinandersetzungen der Sunniten mit den Schiiten zu verleihen. Diese innere Fehde ist nicht neu. Sie ist seit vielen Jahrhunderten bekannt.

Die Frage ist, warum die Ereignisse im Nahen Osten jetzt als eine sunnitisch-schiitische Kollision präsentiert werden, und wer daran interessiert ist, dass sie so aussehen.

Tatsächlich lassen sich die dringendsten Probleme des heutigen Tages im Nahen Osten – der Krieg in Syrien und die Bekämpfung des internationalen Terrorismus und des religiösen Extremismus in Form des sogenannten «Islamischen Staates» (IS) und anderer islamischer fundamentalistischer Gruppierungen, die in der Region wirken, sowie der jemenitische Konflikt – unter dem Blickwinkel der traditionellen sunnitisch-schiitischen Rivalität betrachten. Formal gesehen weisen alle diese Erscheinungen tatsächlich einen religiösen Hintergrund auf, aber eben nicht mehr als ihn. Besonders aktive sunnitische Spieler auf der Nahost-Arena wie Saudi-Arabien und Katar gaben übrigens seit dem Beginn der Ereignisse in Syrien und im Jemen sie für einen Kampf der

Sunniten gegen die Schiiten aus, den sie anführten, um die Region im Einklang mit ihren eigenen Zielsetzungen umzukrempeln.

Den Umstand, dass die Ereignisse im Irak und sodann in Syrien Merkmale des religiösen Antagonismus zwischen den Sunniten und den Schiiten aufweisen, die sich auf verschiedenen Seiten der Barrikaden eingefunden haben, begünstigte entscheidend das äußerst kurzsichtige Vorgehen der Washingtoner Regierung und ihrer Verbündeten. Die neuen Behörden in Bagdad, die – mit Hilfe der Amerikaner – das Regime von Saddam Hussein ablösten, nahmen Kurs auf die Errichtung eines schiitischen Machtmonopols, statt das Land unter den Slogans und Zielen eines Zusammenschlusses zu konsolidieren. Damit verdrängten diese neuen irakischen Behörden die Sunniten aus allen Bereichen der Verwaltung des Staates, verwandelten sie in Randgruppen, in Menschen «zweiter Klasse». In Syrien tat der Westen sein Bestes, um die Sunniten gegen die Schiiten aufzuhetzen, die angeblich die Verantwortung für das diktatorische Regime von B. Assad trugen.

Und das entsprach am allerbesten den Plänen von Er-Riad und Doha, die eine Eskalation des syrischen Konflikts allseitig schürten.

Die irakischen – und später auch die syrischen – Sunniten behindern deshalb nicht die Errichtung einer terroristischen Enklave, die sich Islamischen Staat nannte, sondern gewährten ihm Obdach in ihren Stammesgebieten, was den Dschihadisten erlaubte, ungehindert Kräfte zu sammeln und die Anhänger mit dem Geld westlicher Geheimdienste und der Sponsoren aus arabischen Golfstaaten und der Türkei zu rekrutieren. Auf diese Weise wurden sunnitische bewaffnete Milizen aufgestellt, die sich gegen die irakischen und syrischen legitimen Behörden stellten, die überwiegend durch Schiiten vertreten waren.

Dies führte dazu, dass der „Dämon des sunnitischen Terrorismus, der aus der Flasche befreit worden war“, nicht nur der Kontrolle seiner Gönner entglitt, sondern auch die Weltgemeinschaft herausforderte. Eigentlich enthält diese Herausforderung eine existenzielle Bedrohung für die Existenz der modernen Zivilisation in ihrer jetzigen Form. Denn die Anführer des Islamischen Staates



(IS) verkündeten Pläne zum Aufbau eines weltweiten islamischen Kalifats, das auf den Grundlagen der Scharia basiert und sich vom Atlantik bis China und von Europa bis Afrika erstreckt. Das bedeutet vor allem die Zerstörung der auf den erwähnten Territorien bestehenden unabhängigen Staaten.

Selbstverständlich liegt von der Verkündung dieser Ziele durch die Spitze der IS bis zu ihrer Umsetzung eine Distanz von enormen Dimensionen. Es wäre aber eine übermäßige Selbstgefälligkeit, sie nicht ernst zu nehmen. Umso mehr, dass von der Popularität und der Anfälligkeit der fundamentalistischen Parolen unter den Muslimen in verschiedenen Teilen der Welt schon die Tatsache zeugt, dass in den Reihen der Kämpfer für das selbsternannte Kalifats immer neue Anhänger erscheinen, deren Zahl bereits in Zehntausende geht. Einige dieser Anhänger stammen unter anderem aus der ehemaligen Sowjetunion.

Die Ideologie, die von der Spitze dieses Quasi-Staates als Waffe benutzt wird, stellt eine äußerst radikale Interpretation des Islams sunnitischer Ausrichtung dar, die weder ein Andersdenken

noch außerreligiöse Formen des salafistischen Bewusstseins toleriert (was allerdings – bisweilen – nicht ausschließt, dass man in den Reihen von IS die Sunniten anderer – vor allem sufistischer<sup>1</sup> – Strömungen findet, die allerdings eindeutig radikalisiert und politisiert sind).

Seine Geschichte führt der IG seit 2006, als sich einzelne Gruppen sunnitischer militanter Fundamentalisten, die gegen die zentrale aus Schiiten bestehende irakische Regierung auftraten, im „Schura-Rat der Mudschaheddin“ (der Feldkommandeure) zusammengeschlossen. Die Organisation hat schnell, unter den irakischen – aber nicht nur unter den irakischen – Sunniten an Popularität gewonnen. Ihr traten Reste des Offizierskorps und des Mannschaftsbestandes aus den Sunniten der Baath-Armee der Zeiten von Saddam Hussein bei. In den Hauptbereich von Aktivitäten der sich zusammengeschlossenen Formationen der sunnitischen Dschihadisten des Irak hat sich die Provinz Anbar (der Westen des Landes) verwandelt, deren Bevölkerung überwiegend aus Sunniten besteht.

Infolge der beispiellosen Grausamkeit gegenüber den Andersdenkenden (ohne rivalisierende Gruppierungen auszuschließen) sowie infolge populistischer Slogans konnte der "Rat" seine Macht über die Provinz Anbar konsolidieren und sie eigentlich der Zuständigkeit der Behörden in Bagdad entziehen.

Das erlaubte den Anführern der Organisation, zu Beginn des Jahres 2013 die Gründung des „Islamischen Staates Irak“ (ISI) auszurufen, den man später – im Zusammenhang mit der Übertragung seiner extremistisch-terroristischen Aktivitäten auf das Gebiet im Osten und Norden von Syrien – in den „Islamischen Staat des Iraks und der Levante“ (ISIL) umbenannt hat.

Zu dieser Zeit gehören aktive Versuche der Anführer des Islamischen Staates, sich andere extremistische sunnitische Gruppierungen zu unterwerfen. In Afrika war das besonders auffallend am Beispiel der Ereignisse in Libyen und Nigeria bei den Aktivitäten der Terrorgruppe „Boko Haram“. Hinzu kamen die Ereignisse im Nahen und Mittleren Osten (neben den bereits erwähnten Syrien und Irak) und in Afghanistan (Taliban). Manche

Anführer schwuren Treue dem Islamischen Staat, manche bleiben immer noch unentschlossen. Eins ist klar: im Ergebnis dieser aktiven expansionistischen Wühltätigkeit ist der IS zum „Kopfschmerz“ der gesamten Weltgemeinschaft geworden.

Im Jahre 2014 verkündete der IS-Führer Abu Bakr Al-Baghdadi (as-Samarrai), wie bereits erwähnt, den Aufbau eines islamischen Kalifats, vorerst auf dem Territorium des Iraks und Syriens. Zur rechtlichen Grundlage des Kalifats wurden die Scharia-Gesetze erklärt, während sich selbst Al-Baghdadi zum Kalifen Ibrahim (zu Ehren des Enkels des Propheten Mohammed) ernannte.

So kam es, dass zur Region der frontalen Konfrontation zwischen den Sunniten und den Schiiten der Persische Golf und die angrenzenden Gebiete wurden. Eindeutige Pole dieser Konfrontation sind Saudi-Arabien seitens der Sunniten und der Iran seitens der Schiiten.

Die Verbreitung der führenden Strömungen im Islam (des Schiismus und des Sunnismus) geschah zeitlich und räumlich – im Nahen Osten, in Nordafrika, West- und Zentralasien –

ungleichmäßig. Kraft dieses Umstandes leben die Anhänger dieser Strömungen nicht geschlossen in einem Gebiet mit klar definierten Glaubensgrenzen, sondern untermischt: zum Beispiel im Iran, der Zitadelle des Schiismus, gibt es Gebiete mit kompakt lebenden Sunniten. Wie etwa Chuzestan (in der arabischen Version – Arabistan). Und umgekehrt: in Saudi-Arabien gibt es Gegenden (zum Beispiel die Ost-Provinz), deren Bewohner überwiegend Schiiten sind. Ein anderes Beispiel ist Bahrain, dessen Bevölkerung oft von bestimmten politischen und religiösen Persönlichkeiten in Teheran wegen der Zugehörigkeit der Mehrheit der Bevölkerung zum Schiismus als die 29. Provinz des Irans bezeichnet wird. Man könnte auch die wesentliche Prävalenz von Schiiten über die Sunniten im Irak erwähnen (bis jetzt wird darüber diskutiert, um wie viel Mal die Erstgenannten die Sunniten übertreffen: um drei oder um vier Mal).

Eine neue akute Phase der sunnitisch-schiitischen Fehde im Nahen und Mittleren Osten hängt mit geopolitischen Änderungen infolge des „arabischen Frühlings“ zusammen: einerseits mit der

wachsenden Rolle Saudi-Arabiens und der anderen sunnitischen Staaten in der arabischen und muslimischen Welt, andererseits mit einer Schwächung der Position des Iran im Ergebnis des sanktionellen Drucks des Westens, der das iranische wirtschaftliche, finanzielle und militärische Potential untergraben hat, sowie im Ergebnis des Zerfalls des einheitlichen Staates im Irak<sup>2</sup>.

Die Veränderung der Machtverhältnisse zwischen den Sunniten und den Schiiten zu Gunsten der Erstgenannten infolge der obenerwähnten Änderungen brachte in Saudi-Arabien, Katar und einigen anderen muslimischen Ländern sunnitischer Ausrichtung die Illusion hervor, dass es möglich wäre, ohne besondere Folgen die Konjunktur für eine weitere Offensive gegen die Interessen der Schiiten auszunutzen. Vor allem zwecks einer Verringerung des politischen Gewichts der Letztgenannten in Ländern ihrer traditionellen Ansiedlung (und nicht nur zu diesem Zweck). Zu Beispielen dieser Art kann man eine Intensivierung der Ansprüche der sunnitischen Führung der Vereinigten Arabischen Emirate an Teheran bezüglich der Zugehörigkeit der drei Inseln im Persischen

Golf (Abu Musa, Gross-Tomb und Klein-Tomb) zählen, die heute unter der Jurisdiktion des Irans stehen, wie auch das Vorgehen des sunnitischen königlichen Regimes in Bahrain bei der Unterdrückung – mit Hilfe der saudischen Armee – eines Aufstandes der Schiiten in diesem Staat, der sich immer noch weigert, den Schiiten und den Sunniten gleiche Rechte zu gewähren.

Bei aller Verworrenheit der Ereignisse in Syrien gilt es zu beachten, dass die wichtigsten Zusammenhalt-Parolen für die Bildung einer assadfeindlichen Opposition – trotz des Grads ihrer Radikalisierung – nicht nur in der Ablehnung des Präsidenten B. Assad und in der Forderung nach seinem Abgang bestehen, sondern auch in der Beendigung einer Dominanz der Alawiten (Schiiten) in Syrien. Mit anderen Worten: in der Änderung des viele Jahrzehnte lang bestehenden konfessionellen Status quo in diesem Land. In diesem Zusammenhang ist daran zu erinnern, dass die Politik der Präsidenten Assad (des Vaters Hafiz und seines Sohns Baschar) im religiösen Bereich sehr mild war und bleibt und die multikonfessionelle Zusammensetzung der syrischen

Bevölkerung berücksichtigt. Kennzeichnend für sie sind Toleranz, Freiheit bei der Ausübung verschiedener Konfessionen und konfliktfreie Koexistenz. Die Hauptforderung von Damaskus ist, dass die religiösen Gemeinschaften nicht radikale Positionen einnehmen, die die Freiheit der Religion, die Sicherheit und die Stabilität im Land bedrohen. Falls so was seitens der einzelnen religiösen Autoritäten und ihrer Anhänger geschah, wurden sie unbarmherzig bekämpft (wie während der Ereignisse in Hama Ende der siebziger und Anfang der achtziger Jahre des vorigen Jahrhunderts unter dem Präsidenten H. Assad). Außerdem bekleidet der Präsident von Syrien – laut Status – auch den Posten des Generalsekretärs der herrschenden syrischen Baath-Partei (der Partei der arabischen sozialistischen Wiedergeburt), die eine säkulare Partei ist, d.h. den Abstand in den Beziehungen mit der Religion wahrt.

Illustriert wird das Obengesagte durch die Lage der syrischen Sunniten, die von Er-Riad und Doha als Unterdrückte des herrschenden Regimes dargestellt werden. In Wirklichkeit besetzten und besetzen



sie im Land recht einflussreiche Positionen in der Wirtschaft und im Bankbereich, sind ein Teil der höheren Beamten und Offiziere.

Im Hinblick darauf, wie umfassend die herrschenden Kreise von Saudi-Arabien und Katar in die Ereignisse im Irak und in Syrien auf der Seite der oppositionellen Kräfte im Kampf gegen die legitimen Behörden dieser Länder einbezogen sind, hegt man in Riad und Doha Pläne, die Schiiten in diesen Ländern zurückzudrängen und eine Stärkung des sogenannten „schiitischen Bogens“ vom Iran bis an den Libanon nicht zuzulassen. Und in diesem Fall fanden sie die volle Unterstützung aus Ankara, das seine geopolitischen Karten ausspielt, die aus der Zeit des Osmanischen Reiches erhalten geblieben sind. Dabei zielen sie nicht nur auf das Syrien Assads und auf den schiitischen Irak, sondern auch auf den hinter ihnen stehenden Iran.

Ein solches Vorgehen erhitzt noch mehr die Situation im Nahen Osten, vor allem im Raum des Persischen Golfes, der in den letzten zehn bis fünfzehn Jahren zum Gegenstand der außerordentlichen

militärischen Aktivitäten außerregionaler Spieler, in erster Linie Washingtons, geworden ist.

Als Entgegnung darauf begann Teheran, die Huthi im Jemen (eine Gruppe schiitischer Stämme, die im Nordosten Jemens lebt und die verallgemeinernde Bezeichnung „Huthi“ zu Ehren des berühmten Predigers und Theologen Al-Huthi trägt, der unter den Stämmen eine außerordentliche Zuneigung genießt ) tatkräftig zu unterstützen. In Er-Riad glaubte man, dass die Huthi eine zu große Bedrohung für die nationalen Interessen Saudi-Arabiens darstellen, vor allem im Zusammenhang mit dem möglichen Machtantritt der Schiiten im Jemen und mit der Bildung einer schiitischen Umzingelung Saudi-Arabiens: der Iran und die eigenen Schiiten im Osten, der Irak mit seiner schiitischen Mehrheit im Norden und jetzt auch noch die Huthi im Südwesten. Deshalb ließ die Reaktion der Sauditen nicht lange auf sich warten: im März 2015 zimmerten sie – mit der Genehmigung Washingtons – eine Anti-Huthi-Koalition der arabischen sunnitischen Länder zusammen. Als Rechtfertigung dafür diente angeblich die Notwendigkeit der

Wiederherstellung der Rechte von Abd Rabbo Mansur Al-Hadi, dem gestürzten sunnitischen Präsidenten des Jemens.

Auf diese Weise fügt sich das Vorgehen der sunnitischen Koalition gegen die Huthi – auch äußerlich – in das Paradigma der neuen Etappe der durch den Westen provozierten sunnitisch-schiitischen Konfrontation ein.

Und wenn sich die sunnitisch-schiitischen Widersprüche bis zu der jetzigen Phase nicht so auffallend äußerten, latent waren, so erwarb – mit der Intervention der Streitkräfte der sunnitischen Koalition – der Konflikt im Jemen Merkmale einer religiösen Auseinandersetzung der Sunniten mit den Schiiten (Huthi).

Wie es in einem Krieg üblich ist, erleiden die teilnehmenden Parteien Verluste (nach Angaben der Massenmedien aus aller Welt kamen im Jemen infolge der Luftangriffe der Koalition im Laufe von 8 Monaten rund 7000 Menschen, überwiegend Zivilisten, ums Leben). Aber sogar bei einer militärischen Überlegenheit der Koalition fügen ihr die Huthi empfindliche Schläge zu: nach Angaben der iranischen Presseagentur „Farsnews“<sup>3</sup> starb beispielsweise

im Verlauf der Kämpfe in der Provinz Maarib im Jemen Mitte September dieses Jahres der älteste Sohn des Emirs von Dubai – Rashid Ibn Muhammad Al-Maktoum, gelang es den Huthi auch, mehrere Flugzeuge der Koalition abzuschießen und sogar in Grenzgebiete Saudi-Arabiens<sup>4</sup> für eine Zeitlang einzudringen.

Der Westen, der eine Doppelmoral demonstriert (wenn er die syrische Opposition unterstützt und gleichzeitig der Opposition im Jemen Unterstützung versagt), übernimmt eigentlich einen Teil der Verantwortung für die Fortsetzung des jemenitischen Konflikts und schließt sich der antischiitischen Front an. Die Sauditen und die Katar-Araber versuchen, diese Front – ungeachtet unerbittlicher Widersprüche zwischen ihnen – aufzubauen.

Wohlwollend verhalten sich Washington und seine Verbündeten zum Vorgehen der Huthi von Jemen und begünstigen – freiwillig oder unfreiwillig – eine Verschärfung der sunnitisch-schiitischen Differenzen, die den Nahen und Mittleren Osten mit einer endlosen Reihe religiöser Auseinandersetzungen bedrohen.

Die Position Russlands besteht in folgendem: es wäre unrechtmäßig, die Ereignisse in der Region durch das Prisma der Beziehungen zwischen den Sunniten und den Schiiten zu sehen, was in Wirklichkeit bedeutet, die Situation nicht nur zu vereinfachen, sondern auch eine großangelegte Auseinandersetzung zwischen ihnen zu provozieren. Ohne Zweifel kann man in allen diesen Ereignissen eine religiöse Komponente finden. Es gibt aber keinen Grund, diese Komponente zur Grundursache von allem zu machen, was in der Region passiert, wie dies den Sauditen und den Katar-Arabern auch wünschenswert wäre. Diese Ereignisse sind ein Zusammentreffen von Umständen, die sich aus der Evolution jeder konkreten Situation mit deren Eigenschaften und Besonderheiten ergeben haben.

Im Nahen Osten laufen derzeit tiefgreifende sozial-politische Prozesse, die durch objektive Gründe ausgelöst worden sind. Deshalb wäre es äußerst einseitig, sie lediglich durch religiöse Widersprüche erklären zu wollen. Vor unseren Augen ändert sich die politische Landschaft der Region, in den Vordergrund drängen

sich neue Kräfte und ethno-konfessionelle Gemeinschaften. Selbst die Existenz einiger Länder in ihren gegenwärtigen Grenzen ist in Frage gestellt.

Leider werden diese Prozesse in den meisten Fällen von Terroristen verschiedener Spielarten missbraucht, die religiöse Fahnen schwingen. Sie ziehen die Region zurück ins Mittelalter, in die Zeit der Religionskriege. Die Welt hat sich kürzlich – am Beispiel von Paris sowie im Fall mit dem Absturz des russischen Passagierflugzeugs – noch einmal von den barbarischen Methoden überzeugt, die die Terroristen benutzen, um Ihre Ziele zu erreichen. Dabei ist ihnen egal, wer zum Opfer von Terroranschlägen fällt: Schiiten, Sunniten, Christen, Juden oder sonst jemand. Es liegt auf der Hand, dass die Religion dabei nur eine Tarnung für menschenverachtende Pläne ist, die sich gegen die gesamte zivilisierte Welt richten.

Die Position Russlands in Bezug auf die Ereignisse im Nahen Osten, wie es in letzter Zeit in zahlreichen Ansprachen des Präsidenten Wladimir Putin und des Außenministers Sergej Lawrow bestätigt

wird, ist durchaus eindeutig: die Beilegung aller Streitigkeiten in der Region ist auf der Grundlage eines Kompromisses zwischen den Konfliktparteien zu suchen, den man nur durch politisch-diplomatische Methoden erreichen kann, nämlich am Verhandlungstisch mit der aktiven Unterstützung außerregionaler Spieler, darunter Russlands, unter Berücksichtigung unserer engen Nachbarschaft und der traditionellen, tatkräftigen und interessierten Beziehungen. Unser Land hat immer wieder konkrete Pläne zur Lösung von Konflikten in der Region unterbreitet: sowohl im palästinensisch-israelischen Bereich als auch in der Region des Persischen Golfes<sup>5</sup>. Aber die Hauptrolle kommt den regionalen Akteuren zu, die auf die Suche nach Frieden und nationaler Übereinkunft auf einer breiten ethno-konfessionellen Basis ausgerichtet sein müssen, um eine großangelegte Katastrophe im Nahen Osten zu vermeiden.

Aus den Verhandlungen über eine Umformung der Region müssen Extremisten natürlich ausgeschlossen werden, einschließlich der religiösen Extremisten, die dem Nahen und Mittleren Osten einen

großen Schaden bereits zugefügt und das Gebiet in eine Brutstätte des internationalen Terrorismus verwandelt haben.

Was Versuche bestimmter Kräfte in der Region und ihrer westlichen Verbündeten anbelangt, unserem Land die Unterstützung der Schiiten gegen die Sunniten zuzuschreiben, so sehen sie nicht überzeugend aus und richten sich darauf, Russland in interislamische Auseinandersetzungen einzubeziehen, gegen die sunnitische Welt auszuspielen und später diesen Konflikt auf unser Territorium zu übertragen.

Russland stellte sich auf die Seite der legitimen syrischen Behörden mit dem Ziel, ihnen zu helfen, mit der terroristischen „Internationale“ fertig zu werden, die weder Nationalität noch Staatsbürgerschaft hat. Deshalb muss der Kampf der ganzen zivilisierten Welt gegen sie allorts und koordiniert geführt werden, indem man politische Meinungsverschiedenheiten und engstaatliche Interessen beiseite legt.

\* \* \*



1. Aber die wichtigsten Rekruten für die Auffüllung der Reihen von IS-Kämpfern waren und bleiben Sunniten, die sich zur hanabalitischen Strömung des Islams bekennen.

2. Im Großen und Ganzen waren Versuche der Islamisten, Prozesse der Transformation im Nahen Osten zu befehligen, nur auf der ersten Etappe des „arabischen Frühlings“ erfolgreich und nur in einigen Ländern, vor allem in Tunesien und Ägypten. Dabei dauerten diese Versuche nicht lange.

3. [Farsnews.com/newtext.aspx.nn=13940630000440](http://Farsnews.com/newtext.aspx.nn=13940630000440) (in englischer Sprache), 21.9.15.

4. Unmittelbare Kampfhandlungen im Jemen werden vom Militärflügel der Huthi – der Organisation „Ansar Allah“ – geführt“.

5. In der Mitte der 2000er Jahre unterbreitete unser Land die „Konzeption der Sicherheit und Stabilität in der Region des Persischen Golfes“, die im Großen und Ganzen positiv in einer Reihe von Ländern in der Region aufgenommen wurde. Die Konzeption hat leider keine weitere Entwicklung im Zusammenhang mit der

Weigerung der anderen Länder erfahren, in Fragen der Sicherheit die Stütze auf äußere Kräfte abzulehnen.

**Schlüsselworte:** die sunnitisch-schiitische Konfrontation, „Islamischer Staat“ (IS), „der schiitische Bogen“ vom Irak bis an den Libanon, die sunnitische Opposition gegen die Regierung von B. Al-Assad, der konfessionelle Status quo in Syrien, die Huthi-Bewegung im Jemen, religiöse Kriege.

# **Naher Osten: Lehren aus der Geschichte ziehen oder die Fehler wiederholen?**

**Alexander JAKOWENKO**

Ausserordentlicher und Bevollmächtigter Botschafter Russlands in  
Grossbritannien

Der erfolgreiche Abschluss der Verhandlungen mit dem Iran über dessen nukleares Programm nimmt sich als ein seltener Lichtstrahl vor dem düsteren Hintergrund des nahöstlichen Geschehens aus. Das ist ein fundamentaler Durchbruch, darunter auch ein Durchbruch im Rahmen der politischen Psychologie, ein Durchbruch, auf dessen Basis – in der Theorie – sich eine stabile regionale Architektur aufbauen ließe.

Die Abmachung mit dem Iran kennzeichnet (besonders im Hinblick darauf, dass zahlreiche Möglichkeiten, einschließlich der Präsidentschaft M. Chatamis und der recht späten Einschaltung

Washingtons in den diplomatischen Prozess, versäumt worden waren) einen Triumph des gesunden Menschenverstandes, der westfälischen Prinzipien und diplomatischer Methoden über die Ideologie, die politische Konjunktur und die Drohungen der Gewaltanwendung. Gefördert wurde diese Vereinbarung, die zwischen den wichtigsten Antagonisten erreicht worden war, durch die multilaterale Umgebung und eine Biagsamkeit, die den Durchbruch zu einem wahren Kompromiss sichert. Diese Vereinbarung bekräftigt eine Binsenwahrheit, die heutzutage allgemeine Anerkennung gefunden hat: Probleme – sowohl internationale als auch innerstaatliche – kennen keine militärischen Lösungen. Recht verheißungsvoll ist der Umstand, dass alle fünf ständigen Mitglieder des UNO-Sicherheitsrates sowie die regionalen Mächte wie etwa Deutschland und der Iran eine solche Herangehensweise unterstützt haben.

Der Ausgang der Verhandlungen zerstreute zugleich unzählige Mythen, zu denen unter anderem der Glaube daran gehört, dass einseitige Handlungen, insbesondere militärische Interventionen,

wirksam sind. Alle einseitigen Aktionen der letzten 25 Jahre endeten mit dem völligen Fiasko, sei es im Iran, in Libyen oder auf der Arabischen Halbinsel. Das sind Aktionen, deren negative Folgen für die Region und die ganze Welt nach wie vor im Wachsen begriffen sind. Fürwahr kollektive internationale Bemühungen helfen – möglicherweise auf unergründlichen Wegen – einen nüchternen und pragmatischen hoffnungseinflößenden Kompromiss zu finden. Eine solche Handlungsweise bewahrt vor der Versuchung, unangenehme Angelegenheiten zu vereinfachen und zu übersehen, säubert den Weg zu einem vereinbarten Ziel von versteckten Tagesordnungen aller interessierten Spieler.

All das ist richtig auch im Hinblick auf die nächste kritisch wichtige Frage auf der regionalen und internationalen Tagesordnung. Diese Frage ist der Kampf gegen den „Islamischen Staat“, wo ebenfalls wahre internationale Bemühungen geboten sind. Strategien von der Art einer „doppelten Hinhaltung“ bewiesen ihre Unstichhaltigkeit im Arsenal der Weltmächte.

Welchen Grund gibt es für die Vermutung, dass sich regionale Spieler klüger erweisen, wenn sie sich selbst überlassen sind? Verantwortungslos wäre es deshalb, darauf zu hoffen, dass eine Spaltung in der islamischen Welt auf der Linie „Sunniten – Schiiten“ zu einer universellen Lösung aller Probleme der Region werden soll, zu einer Art „Feuerwand“, die die einen oder anderen Länder gegen schlechtes Wetter außerhalb ihrer Grenzen schützt. Wer mit dem innerislamischen Konflikt manipuliert, kann Brandröhren anzünden, deren Flamme auf sein eigenes Land überspringt. In jedem Fall würde so was zu einem wesentlichen Umkrempeln der Grenzen in der Region führen, zu einer massenhaften Verschiebung der Bevölkerung in einem Ausmaß, das bei der Teilung Indiens im Jahre 1947 zu beobachten war, sowie zu wirtschaftlichen Erschütterungen mit gewaltigen Folgen für globale Energie- und Finanzmärkte.

Russlands Präsident W. W. Putin hat vorgeschlagen, eine breite Koalition für den Kampf gegen dieses Übel zu bilden. Um wirksam zu werden, müssen ihr alle regionalen Spieler – vor allem

die Türkei, Saudi-Arabien und der Iran – angehören, die über ein bedeutendes Potential verfügen, das es ihnen ermöglicht, einen Beitrag zu diesen Bemühungen zu leisten. Alle internationalen Spieler, die an einer Regelung dieser Situation interessiert sind, müssen ihnen helfen, während der Sicherheitsrat der UNO die Legitimität dieser Handlungen mit dem Mandat sichern wird.

Alle sind damit einverstanden, dass allein die Luftangriffe den „IS“ und „Dschabhat an-Nusra“ sowie diejenigen, die ihnen beistehen, nicht aufhalten werden. Das muss eine Koalition Gleichgesinnter sein, einschließlich derjenigen, die gegen die Extremisten vor Ort kämpfen, das heißt die syrische und die irakische Armee, die Streitkräfte der Kurden und des Landes, die in diesem Kampf einen Beistand leisten könnten. Inzwischen gewährt Russland einen solchen Beistand dem Irak und Syrien. Als sich der Präsident W. W. Putin mit dem Nachfolger des Erbprinzen und Verteidigungsminister Saudi-Arabiens Mohammed Salman ibn Abd al-Aziz im Juni dieses Jahres in Sankt Petersburg traf, meinte er gerade das: einen Einheitsfront

des Kampfes gegen Terrorismus. Gleichzeitig ist es erforderlich, dem Prozess der politischen Regelung in Syrien auf realistischer Basis ein neues Leben einzuhauchen. Das waren Moskaus Hauptziele im Zuge der diplomatischen Runde in Doha (Katar). Verheißungsvoll ist, dass unlängst zwei Dokumente über Syrien – die Resolution 2235 des Sicherheitsrates der UNO über die Ermittlung der Schuldigen an den chemischen Angriffen und die Erklärung des Vorsitzenden des Sicherheitsrates zur Unterstützung der Anstrengungen des Sondervertreters des Generalsekretärs der UNO (UN-Gesandter für Syrien) S. de Mistura über die Wiederaufnahme des politischen Prozesses – eines nach dem anderen verabschiedet worden sind.

Russland, das seinen Kurs auf den Aufbau einer Einheitsfront des Kampfes gegen die terroristische Gefahr in der nahöstlichen Region steuert, hat während seines Vorsitzes im Sicherheitsrat der UNO im September dieses Jahres eine ministerielle Sitzung des Rates zum Thema „Aufrechterhaltung des internationalen Friedens und der Sicherheit: Beilegung von Konflikten im Nahen Osten



und in Nordafrika und der Kampf gegen die terroristische Gefahr“ geplant. In der Region entsteht eine äußerst komplizierte – ohne Übertreibung kritische – Situation. Zu eingewurzelten Konflikten gesellen sich neue Krisen. Die Region ist von großangelegten blutigen Konflikten erfasst, die einander nähren und Bedingungen dafür schaffen, dass die Instabilität auf Nachbarländer übergreift. Eine Reihe von Staaten ist mit der realen Gefahr konfrontiert, ihre territoriale Integrität einzubüßen. Zu einem Ergebnis der andauernden Instabilität in Irak und sodann auch der Versuche einer äußeren Einmischung in den Konflikt in Syrien, darunter auch durch das Liebäugeln mit der bewaffneten Opposition, wurde die Entstehung einer – nach ihrem Ausmaß beispiellosen – Gefahr: Islamischer Staat im Irak und in Syrien (ISIS) Eine dringende Notwendigkeit ist unter diesen Bedingungen die Durchführung einer umfassenden und ehrlichen Analyse der Natur von Konflikten im Raum des nahen Ostens und Nordafrikas mit der Festlegung von Richtungen für eine kollektive Arbeit der internationalen Gemeinschaft auf Grund des UNO-Statuts zwecks

des Aufbaus einer wirksamen Architektur der regionalen Sicherheit.

Viele Menschen stellen sich die Frage, wie eine solche Situation in der nahöstlichen Region hätte entstehen können. Generalleutnant Michael T. Flynn, vormaliger Direktor der Defence Intelligence Agency (DIA) sagte in einem Gespräch mit „Al Dschasira“ („Al Jazeera“) im August dieses Jahres, dass der militärische Abwehrdienst schon im Jahre 2012 ein Memorandum über die Gefahr vorbereitet hatte, dass die Salafisten im Irak ihre Enklave bilden. Eigentlich hat es sich darum gehandelt, was später als „Islamischer Staat“ bekannt geworden ist. Das Weiße Haus ignorierte dabei diese Information damals in der eindeutigen Absicht, dass die Extremisten die Lage der syrischen regierungstreuen Streitkräfte erschweren würden. Das bestätigt die Ausrichtung auf die Beseitigung des Präsidenten B. Assad um jeden Preis. Offensichtlich wollte man auf diese Weise auch den Standpunkt Russlands beeinflussen, das die legitimen Behörden in Syrien konsequent unterstützte. Nicht von ungefähr figurierte als

Hauptargument der Amerikaner (und nicht nur der Amerikaner) in Gesprächen mit russischen Vertretern in diesem Jahr über Syrien stets die These, dass es gilt, zwischen einer „Ablösung des Regimes“ (seiner Spitze aus mehreren Dutzend Personen) und seinem Sturz unter dem Ansturm von „IS“ zu wählen. Daraus folgt, dass sich unsere westlichen Partner wieder einmal von ihren Phantastereien hinreißen ließen (oder – einfacher gesagt – ihre Bescherung hatten). Dafür müssen die Syrer, die Völker der nahöstlichen Region und nun, wie sich herausgestellt hat, auch die Länder der Europäischen Union büßen, die mit einem beispiellosen Ansturm der Flüchtlinge aus den Ländern des Nahen Ostens, einschließlich Syrien, konfrontiert sind.

Wenn es auf die Geschichte des Problems ankommt, so sind diesbezüglich unzählige Untersuchungen, darunter auch in Büchern, erschienen. Ihre Autoren geben eigentlich zu (wie es Patrick Cockburn, Journalist der britischen Zeitung „The Independent“, in seinem Buch „Aufstieg des Islamischen Staates: „ISIS“ und eine neue sunnitische Revolution“ tut), dass

Washington beim Sammeln seiner Koalition gegen „ISIS“ die Arbeit mit denjenigen vernachlässigt hat, die über wahre Motive verfügen, gegen dieses Übel zu kämpfen. Zu ihnen zählte er den Iran, die syrische Regierung, die libanesische Hisbollah und die Arbeiterpartei Kurdistans. Alle Autoren stellen fest, dass die kaltgestellten Aktivisten der irakischen Baath-Partei und die Armeemoffiziere mit ihren Erfahrungen und „Gehirnen“ in Verein mit dem religiösen Fanatismus der Islamisten eine gefährliche Brennmischung bilden, die die sunnitisch-schiitische Konfrontation in der arabisch-islamischen Welt missbraucht und mehrt und rund um sie die ganze regionale Politik aufbaut. Die Analytiker der Zeitung „Financial Times“ kommen zu dem Schluss, dass die westliche Einmischung in den islamischen Ländern der nahöstlichen Region die Dschihadisten schon deshalb begünstigte, weil Regimes beseitigt worden waren, die früher die religiöse Opposition unterdrückt hatten, was die Thesen der Islamisten bezüglich der Aggressivität der westlichen Zivilisation noch mehr nährt.

In der Region entstand ein „graues“ (vielleicht aber bereits ein „schwarzes“) Loch, das sich bestens dafür eignete, illegale Migranten nach Europa zu schicken. Die Krise in Syrien und der Starrsinn derjenigen, die glauben, dass der Weggang B. Assads als eine Vorbedingung der politischen Regelung wichtiger als der Kampf gegen den Islamischen Staat ist, sind das, was die jetzige Krise in Europa vertieft. Schließlich ist erforderlich, das Prinzip der Unannehmbarkeit jeglicher Zusammenarbeit mit extremistischen und äußerst radikalen Kräften zu formulieren.

Jetzt ist wohl nicht die Zeit, sich auf Diskussionen über die Quellen der heutigen Situation in Irak und Syrien einzulassen. Man muss handeln. Was Bedeutung hat, ist die tödliche Gefahr, die von dieser Situation ausgeht. Die sogenannten Situationsallianzen mit zweifelhaften Gruppierungen oder Versuche, die potentiellen Verbündeten an anderen Fronten zu bekämpfen, würden das ganze Unternehmen zum Scheitern bringen. Niemand in der nahöstlichen Region wäre imstande, seine Sicherheit auf diese Weise zu gewährleisten. Im Gegenteil:

das würde zu einer Selbstvernichtung führen. Nicht von ungefähr wird heutzutage in der politischen Analyse der Begriff „Selbstzerstörung“ umfassend verwendet. Für die Unterstützung unseres Standpunkts sprach sich praktisch auch Roula Khalaf, Chefexpertin der Zeitung „Financial Times“ für die nahöstliche Region, aus. Am 31. August schrieb sie in der Zeitung, dass heute „eine Priorität der USA der Kampf gegen den Islamischen Staat ist, wie es auch für deren sämtliche Verbündete der Fall sein muss“.

Wie S. W. Lawrow während seiner Begegnung an der MGIMO (russ. Abk. für die Moskauer Staatliche Hochschule für internationale Beziehungen) am 1. September 2015 festgestellt hat, kann die Zerstrittenheit größerer Staaten, darunter auch der Staaten der nahöstlichen Region, teuer zu stehen kommen. Wie es scheint, steht die Erreichung des gemeinsamen Nenners im Kampf gegen den Islamischen Staat kurz vor der Tür. Wenn wir aus dieser Gleichung die konterproduktive Forderung des Rücktritts B. Assads als einer Vorbedingung des Kampfes gegen den

Terrorismus entfernen, können wir alle durchaus wirksam arbeiten.

Schon im Rahmen einer Demonstration der Demut muss man sich den europäischen Erfahrungen in der Periode zwischen den Weltkriegen zuwenden. Schuld an allem war die Ideologie sowie die Absicht, die sich im Nachhinein zwar als lächerlich ausnimmt, in der Praxis aber katastrophale Folgen für die Region und die ganze Welt hatte. Die Besänftigung Nazi-Deutschlands mit dem Ziel, einen Feuerschutzwall gegen die Sowjetunion und den Kommunismus aufzubauen, endete mit einem traurigen Fiasko, einschließlich der Tragödie von Dünkirchen und des Zusammenbruchs Frankreichs und anderer europäischer Staaten. Das Ausbleiben des gegenseitigen Vertrauens und ideologische Ängste trübten das Wasser und entstellten eine politische Analyse. Die Notwendigkeit, sich gegen die existentielle Gefahr des Nazismus zu stellen, hat jedoch letzten Endes geholfen, diese Meinungsverschiedenheiten und Ängste zu überwinden.

Auch heute ist der Nahe Osten mit der ähnlichen Gefahr einer regionalen Katastrophe konfrontiert. Geboten ist, dass sich alle Spieler rund um ein klares Ziel scharen. Wie die Aufgaben innerer Umgestaltungen, die ja unvermeidlich sind, auch sein mögen, wäre es leichter, sie gemeinsam, mit Hilfe von außen und unter günstigeren Bedingungen zu meistern. Der Kampf gegen den Islamischen Staat kann nicht als ein Ersatz für Reformen dienen, ist eher eine Voraussetzung und Vorbedingung der Umsetzung dieser Reformen. Alle Länder der nahöstlichen Region sind mit dieser Herausforderung konfrontiert.

Es sieht danach aus, dass unsere westlichen Partner die Erfahrungen Iraks berücksichtigen wollen, wo unter den Bedingungen der amerikanischen Besatzung die Strukturen der regierenden Baath-Partei und die Streitkräfte aufgelöst worden waren, wodurch das Land Regierbarkeit eingebüßt hatte. Es kommt aber darauf an, dass niemand ein Beispiel zitieren kann, wenn die „Spitze des Regimes“ erfolgreich abgelöst wäre, während alle Strukturen der staatlichen Verwaltung, einschließlich



der bewaffneten Strukturen, nicht zusammenbrechen. Das ist eine gefährliche Phantasie, eine Utopie, für die alle wieder teuer zahlen müssen. Sogar unsere eigenen, russischen Erfahrungen zeigen, dass zum unumkehrbaren Punkt auf dem Weg zum Zusammenbruch des Landes im Jahre 1917 die Abdankung des Zaren Nikolai II. und mit ihm auch der ganzen Dynastie Romanow geworden ist. Praktisch alle Angehörigen der bewaffneten Strukturen wurden von ihrem Eid entbunden. Etwas ähnliches war im großen und ganzen auch in der europäischen Geschichte zu beobachten: wenn den alten Strukturen eine massierte Säuberung erspart blieb, geschah deren Desorientierung und Zersetzung mit entsprechenden Folgen für die Wirksamkeit der Staatsmacht in vollem Ausmaß angesichts der inneren und äußeren Gefahr.

Alle sind damit einverstanden, dass die nahöstliche Region in einem katastrophalen Zustand ist, ob man es nun mit bloßem Auge sieht oder nicht. Schuld daran ist natürlich die Politik aus den Zeiten des Kalten Krieges. Die erste Welle der politischen

Erwachung, die sich bald nach dem Zweiten Weltkrieg erhob, wurde im Keime erstickt. Sinnbilder dieser Kontertransformation waren der Sturz der Regierung von M. Mossadegh im Iran und der Mord an Patrice Lumumba im Kongo. Nach der Beendigung des Zweiten Weltkrieges blieb jedoch keine rationelle Rechtfertigung für die Nichtergreifung von Maßnahmen zur Umgestaltung in den Ländern der nahöstlichen Region. Die Führung von Geschäften auf alte Weise, einschließlich einer Stagnation in der arabisch-israelischen Regelung, lässt sich nur durch die Selbstzufriedenheit und die Euphorie im Geiste des „Endes der Geschichte“ erklären, was die Trägheit und die vergebliche Hoffnung darauf nährte, dass sich alles von selbst zum Besten wenden wird.

Jetzt, da es auf der Hand liegt, dass keinerlei äußere „strategische Aufsicht“ über die nahöstliche Region möglich ist, könnten außerregionale Spieler, falls sie im Einvernehmen wirken, einen Beistand bei der Suche nach regionalen Lösungen für regionale Probleme leisten. Es handelt sich nicht um eine Bevormundung, wie es in der Vergangenheit der Fall gewesen ist,

sondern um ein reifes und ehrliches Gespräch darüber, was zu tun wäre und welcher Art Hilfe erwiesen werden kann. Für äußere Spieler würde das die Lösung der eigenen Probleme an ihrer Quelle bedeuten, insbesondere bezüglich der terroristischen Gefahr und einer unkontrollierbaren Migration.

Falls eine reale Zusammenarbeit in der nahöstlichen Region fehlt, wird es keine Hoffnung auf etwas Besseres oder auf Stabilität und Entwicklung geben. Wie viele Menschen bereits einsehen, ist die Zusammenarbeit die einzige Methode, eine stabile Lösung der Migrationskrise in Europa zu finden. Die Bevölkerung der Länder der nahöstlichen Region, insbesondere die Jugend, der sich keine Möglichkeiten bieten, Bildung zu erlangen und Arbeit zu finden, ist mit der unerbittlichen Wahl zwischen der Emigration und dem Anschluss an extremistische Gruppierungen konfrontiert.

Die alte Politik bietet keine Lösungen für heutige Probleme. Um so größer ist für uns der Grund, den anderen zu helfen, für alle Menschen gemeinsam Lehren aus der Geschichte zu ziehen und

unseren Zeitgenossen nicht zu überlassen, die Fehler zu wiederholen. Die äußeren Spieler haben in der Vergangenheit die nahöstliche Region im Stich gelassen. Wir dürfen es heute nicht tun.

**Schlüsselwörter:** Naher Osten, Islamischer Staat, Einheitsfront des Kampfes gegen Terrorismus.

**Willst du Frieden – bereite dich auf den Frieden vor  
Überlegungen vor dem Hintergrund der gegenwärtigen  
politischen Krise**

**Sergej KASJONNOW**

Leitender wissenschaftlicher Mitarbeiter des Instituts für  
Weltwirtschaft und internationale Beziehungen an der Russischen  
Akademie der Wissenschaften, Kandidat (Doktor) der  
Wirtschaftswissenschaften

**Wladimir KUMATSCHJOW**

Wissenschaftlicher Mitarbeiter des Instituts für Weltwirtschaft und  
internationale Beziehungen an der Russischen Akademie der  
Wissenschaften

Der Weg zum Frieden war, im Unterschied vom Weg zum Krieg, zu allen Zeiten dornenreich: Es ist stets leichter, auf einer Neigung nach unten zu gehen, und die Erwartungen erweisen sich in vielen Fällen viel froher als die erzielten Ergebnisse, natürlich wenn man sich nicht die Selbstdarstellung auf der Kapitänsbrücke eines Flugzeugträgers, die Demonstration der siegreichen Flagge über Bagdad oder „den schweren Sieg über Gegner der Demokratie“

am Vorabend der nächsten Wahlen im eigenen Land zum Ziel gesetzt hat.

Wir sind überzeugte Anhänger der Herangehensweise „willst du Frieden – bereite dich auf den Frieden vor“, doch unter verschiedenen Umständen, in verschiedenen historischen und geopolitischen Abschnitten, kann und muss man sich auf verschiedene Weise „vorbereiten“. In einer Situation wird die Reduzierung des Militärpotentials, die „Abrüstung“ von den Opponenten, den Partnern und Konkurrenten als das Streben nach einer Milderung der internationalen Spannung, nach dem Aufbau neuer Beziehungen mit neuem Inhalt, mit „freundschaftlichen“ Proportionen des positiven und konfrontativen Zusammenwirkens betrachtet. Wie die Praxis zeigt, können sie gleichzeitig, parallel zueinander existieren, das eine schließt das andere nicht aus. Doch unter anderen, den heutigen Bedingungen wird das Streben nach Friedensliebe oft als Schwäche, Unentschlossenheit, als „Opfer-Komplex“, als Bereitschaft, „Prinzipien aufzugeben“, als ein Schritt rückwärts in wichtigen geopolitischen Situationen wahrgenommen. Und dann wird man Russland auf dem Wellenkamm einer solchen „Friedensliebe“ „bis ans Ende der Welt treiben“. Die Welt aber wird einem großen Krieg immer näher sein.

## **Alte und neue Herausforderungen**

Die moderne Welt ist ein Bermuda-Dreieck der Potentiale, Absichten und Drohungen, in der Russland seine nationalen Interessen behaupten muss, die sehr „dazu taugen“ zu reifen, darin das Virus der Spannung und Konfrontation, nicht nur einer militärischen, sondern auch zur wachsenden Rolle der militärischen Stärke in den internationalen Beziehungen zu kultivieren. Wo selbst unbedeutende Knoten von Widersprüchen, einzelne Provokationen fähig sind, viele Probleme für das System der internationalen und nationalen Sicherheit zu schaffen. Das hat ein ganzes Bündel von Erklärungen. Vor allem ist es die globale Systemkrise, es sei betont – nicht nur die Finanz- und Wirtschaftskrise. Sie wird rezidiven Charakter mit „vielen Buckeln“ besitzen und mindestens bis zum Ende dieses Jahrzehnts anhalten, mit wachsender Turbulenz und mit ungewissen, aber eindeutig destabilisierenden Folgen für die Sphäre der internationalen Sicherheit.

Die Strategien zur Überwindung der Krise können unterschiedlich sein. Entweder ist es die traditionelle Militarisierung der Wirtschaft und die Schaffung einer Reihe „aufwärmender“ Konflikte und der Wahrscheinlichkeit, „unbeabsichtigt“ in einen großen Krieg „abzugleiten“. Oder, im Gegenteil, man verkündet quasi einen „Wasserfrieden zu Zeiten einer Dürre“ und sucht die Umriss eines Zusammenwirkens mit anderen, weniger blutrünstigen

Mitteln. Die Welt neigt heute leider zur ersten und, wie manchem scheint, einfacheren Variante.

Die Politpsychologen behaupten, die Menschheit „sehne sich nach einem Krieg“, es sei die Generation einer „großen Welle“ herangewachsen, die zu ihrer Selbstbehauptung, zur Erneuerung des Blutes und der Gene ihren „eigenen“ Krieg brauche. Und überhaupt, die Menschheit sei durch den Frieden verwöhnt, sie verliere den Selbsterhaltungsinstinkt (den „Lemming-Komplex“) und sie müsse an den Abgrund eines Weltkrieges gelangen, dort hineinschauen und zurückschrecken, bis zu einem neuen Höhepunkt des Geschichtsvergessens. Es sei ebenso die übermäßige Empfindlichkeit gegenüber Kränkungen, realen wie eingebildeten, darunter aus der Tiefe der Vergangenheit, sowie der sengende Drang nach Revanche. Und da „scherzen“ auch noch die Astrophysiker. Sie meinen, die Erde sei in einen Gürtel zerstörerischer kosmischer Vibrationen eingetaucht, die nicht nur vulkanische Kataklysmen wecken, sondern auch das Kriegerische und Aggressive im Menschen. Aber wie dem auch sei, die Weltentwicklung verläuft zyklisch auf einer Spirale, und man würde es sich sehr wünschen, dass die Meinung des angesehenen britischen Historikers und Geopolitikers Arnold Toynbee, der behauptete, die Geschichte der Welt sei in erster Linie die Geschichte von Kriegen, zumindest teilweise veraltet wäre.



Zweifellos kann man den Lauf der Geschichtszyklen beeinflussen, ihre Amplitude dämpfen, die „Wellenlänge“ vergrößern, den Zyklus flacher, in der Zeit geöffnet machen. Aber erstens wird das nicht völlig gelingen, die Menschheit ist irgendwo sogar „dazu verdammt“, die heutige äußerst schwierige Etappe zu meistern, möglichst mit den geringsten Verlusten. Und hierzu sind maximale Zurückhaltung, Weisheit und Vernunft erforderlich. Zweitens ist das Vorhandensein von „in der Luft schwebenden Ideen“ und Ansichten erforderlich, in denen man den allgemeinen Bedarf daran, aber ebenso die Ausarbeitung der entsprechenden Herangehensweisen und Mechanismen spürt.

Das hätte passieren können, doch unter den Bedingungen der neuen „vereinten Nationen“ und der neuen Ideologie des globalen Überlebens, nicht unbedingt, wie in der Vergangenheit, auf der Brandstätte großer Schlachten. Aber wollen das und sind die wichtigsten „handelnden Personen und Ausführenden“ heute dazu fähig? Die ernsthafte Gefahr der heutigen globalen Krise – das sind die starken Schwankungen, die Möglichkeit, plötzlich „ins Trudeln zu geraten“ (der „Schwelleneffekt“) nicht nur in der Wirtschaft, sondern auch in der Politik, in der Psychologie des politischen Verhaltens und im Treffen von Entscheidungen zu schicksalhaften Problemen.

Leider gibt es in der modernen Politik viel zu viele Glücksspieler, verantwortungslose Radikale und gleichgültige Beamte. Es gibt auch genug solche, die meinen, „wirre Zeiten“ seien am bequemsten für die „endgültige Lösung“ ihrer geopolitischen Aufgaben, indem man die Welt „umkrepelt“ oder nicht einfach die Führung, sondern auch die Hegemonie behauptet. Das bezieht sich auch (wenn nicht in erster Linie) auf die USA mit ihrem messianischen Komplex des von vielen „nicht verstandenen“ Retters der Welt. Selbst für sie ist es unmöglich, unter den Bedingungen des globalen Chaos, zudem eines nicht so sehr regierbaren, wie man vermuten könnte, zu lange die „Stadt auf dem Hügel“ zu bleiben. In der Tat stellt sich heraus, dass es eine zum Scheitern verdamnte Strategie ist, und überhaupt bedeutet teilen nicht immer herrschen.

In Ergänzung zu den traditionellen geopolitischen Bedrohungen, die nirgendwohin verschwunden sind (der Kampf um Ressourcen, um Einfluss usw.), ist heute ein starkes Wachstum der Rolle zusätzlicher „störender Faktoren“ zu verzeichnen, die das Kräftegleichgewicht zerstören und die Illusion „ungestrafter Siege“ wecken. Zum Beispiel in Gestalt nichtstaatlicher Powerstrukturen, des religiösen Extremismus, der Praxis „bunter Revolutionen“, neuer und erneuerter Mittel des bewaffneten Kampfes und neuer Sphären der Gegenüberstehens (der Cyberraum, die noch nicht in Einflussphären geteilte Arktis). Das sind ebenso neue Vorstellungen

über den Krieg, das Verwischen der Grenzen zwischen Krieg und Frieden, zwischen realen und virtuellen, zwischen verschiedensten Kriegstypen im Rahmen „hybrider“, kombinierter, disperser Kriege, der „Kriege im Voraus“, bei der Kombination „harter“ und „milder“ Stärke (übrigens ist der Streit nicht entschieden, ob ein Cyberkrieg die Offenbarung einer „harten“ oder „milden“ Stärke sei).

Angesichts der risikoreichen und auch ökonomisch gesehen nicht effektiven „großen“ Kriege ist ein Übergehen in „kleine Formen“, in Kriege auf Vollmacht und aus ihnen der Aufbau einer gewissen Konstruktion eines flexiblen Gegenüberstehens, einer Zügelung zu beobachten, darunter im Rahmen der sogenannten erdrückenden „Anakonda-Strategie“. Das alles vermehrt um die demographischen Probleme, die Migration, die Armut, die Zunahme der Kontraste und Widersprüche, den harten Nationalismus und die informationelle Maßlosigkeit.

Eine Art Multiplikator der Risikofaktoren, der möglichen Eskalation der Spannung und Konflikte in der Vertikale und Horizontale sind die Globalisierungsprozesse und die damit verbundene gesteigerte gegenseitige Abhängigkeit und gegenseitige Verletzbarkeit. Ziehen wir eine wichtige Schlussfolgerung: In der Epoche der Globalisierung bringen die Politik (und die Wirtschaft) des Isolationismus, der Wunsch, „in Sicherheit abzuwarten“, nicht

die nötige Wirkung, umso mehr, wenn es Russland betrifft, dass sich an der zivilisatorischen Nord-Süd-Hauptbruchlinie befindet.

Aber zutiefst falsch ist auch ein anderes Verhaltensmodell – das Streben, sich bemerkbar zu machen, „teilzuhaben“ in dieser oder jener Eigenschaft an viel zu vielen Weltangelegenheiten, selbst an Konfliktsituationen. Das ist perspektivlos und in wirtschaftlicher, politischer und militärischer Hinsicht kostspielig, umso mehr für das Land in der heutigen Lage. Eine solche Politik erwies sich seinerzeit sogar für die Vereinigten Staaten als zu belastend, welche sich heute auf der Suche nach neuen Bedingungen für die Partnerschaft in den verschiedensten Regionen der Welt, aber auch auf der Suche nach dem neuen alten gemeinsamen Feind – in Gestalt Russlands – befinden.

Bei dem oben Gesagten sollte man aufmerksam innehalten, um ein übriges Mal zu betonen: Die heutige Welt ist möglicherweise seit Mitte der 60er Jahre des vergangenen Jahrhunderts so gefährlich und angespannt wie nie zuvor, sie sucht einen Trost, einen „Abwurf“ dieser Spannung in Waffen und Konfrontation. Und diese Situation berührt direkt (mancher sagt sogar, mit vollem Recht, vor allem) die Sicherheit Russlands, die Politik einer Zügelung und selbst eines Zurückwerfens ihm gegenüber.

## **Die russische Dimension**

Unter diesen Bedingungen wäre es für Russland verantwortungslos, keine zielgerichtete Politik zur Festigung und Vervollkommnung seines Verteidigungspotentials und zum Aufbau der militärischen Tätigkeit zu betreiben. Wo in der Welt die Sprache der Stärke und des Drucks, nicht nur des rein militärischen, so modern geworden ist, gewinnen Wladimir Putins Worte über das „Gesetz der Taiga“ und die Entschlossenheit, sie zu beschützen, eine besondere Bedeutung. Und es handelt sich keineswegs um „jugendliche Überheblichkeit“, nicht um eine Bedrohung der Weltgemeinschaft. Russland wird verständlich, vernünftig und umsichtig seine Außen- und Militärpolitik im Interesse der nationalen Sicherheit des Landes realisieren. In der entstandenen Situation – ebenso im Interesse der weltweiten und regionalen Sicherheit und Stabilität, der Erhaltung des heute so zerbrechlichen geopolitischen Gleichgewichts. Wobei es unter anderem jenen Kräften präventiv entgegenwirkt, die, augenblickliche Aufgaben lösend, auf jegliche Weise versuchen, dieses Gleichgewicht zu stören, es zu brechen, ohne an die Konsequenzen zu denken.

Für den Aufbau eines effektiven Systems der Sicherheit ist äußerst wesentlich zu verstehen, dass die nationale und internationale Sicherheit ganzheitlich und unteilbar ist. Sie ist komplex, besitzt viele Komponenten, und sie ist asymmetrisch. Ihre Komponenten sind austauschbar und ergänzen einander, sie überschneiden sich,

sie konkurrieren miteinander, darunter um Ressourcen und um die Aufmerksamkeit seitens des Staates und der Gesellschaft. Dabei ist die militärische Sicherheit heute zweifellos die wichtigste, aber trotzdem nur eine von ihnen. Die nicht ausreichende Stärke einer dieser Komponenten kann, bis zu einem gewissen Maße, durch andere ausgeglichen werden, zum Beispiel die konventionellen Zügelungskräfte durch nichtkonventionelle. Und nichtmilitärische Bedrohungen können durchaus durch das Reagieren mit Stärke, durch ein Wachstum der Vorbereitung auf die Verteidigung an den entsprechenden Grenzen – und umgekehrt – pariert (oder verstärkt) werden.

Darin besteht im Grunde genommen das Prinzip der „asymmetrischen Zügelung“, das heute bei der Gewährleistung der unteilbaren nationalen und militärischen Sicherheit der Russischen Föderation die Priorität besitzt. Im Zuge des direkten Dialogs im April hatte Wladimir Putin die Position Russlands ganz klar formuliert: Wir wollen mit niemandem kämpfen und wir wollen keine Konfrontation, aber wir müssen hinreichend stark sein, damit bei keinem einzigen potentiellen Opponenten (möglicherweise wollen sie es gerade in diesem Fall für die Russische Föderation „plötzlich nicht werden“) der Wunsch auftaucht, gegen uns zu kämpfen oder Druck auf uns auszuüben. Und deshalb

werden wir unbeirrt unsere militärische Sicherheit, und nicht allein die militärische, festigen.

Wie soll man in der gegebenen Situation vorgehen, damit die Herausforderungen keine Bedrohungen und Gefahren werden, wie kann man sie „stoppen“, kupieren – und zusätzliche ernsthafte Ausgaben zum Parieren auf sie vermeiden? Erstens, und es sei wiederholt, Russland muss eine Politik zur Konterzügelung, darunter einer militärischen, realisieren, indem es seine militärische Stärke vervollkommnet. Zweitens, unter den entstandenen Umständen, angesichts der unzähligen inneren und äußeren Einschränkungen, kann es das nur asymmetrisch tun. Drittens, es müssen Wege zur effektiven Umverteilung der Funktionen zur Gewährleistung der nationalen und militärischen Sicherheit der Russischen Föderation zwischen der militärischen Stärke und den anderen Komponenten der gesamten Stärke des Staates gesucht werden. Man muss ebenso nicht triviale Antworten auf die gestellten Aufgaben suchen, indem man geopolitische und militärtechnische Ecken abschneidet.

Man meint gewöhnlich, die militärische Tätigkeit sei eine Art „Speerspitze“ der Geopolitik. Heute ist sie jedoch in vielen Fällen ein Hilfsmittel, sogar ein ablenkendes Mittel, ein Instrument zum Aufbrechen, zur Lockerung und Vorbereitung des Bodens, und die „Hauptarbeit“ übernehmen dann ganz andere Mittel. Das

wiederum gibt einen weiteren Anlass, sehr aufmerksam an die Erörterung des Verhältnisses unterschiedlichster Aspekte der Gesamtstärke, der Nutzung ihrer verschiedensten Komponenten und der Ausgaben für sie heranzugehen, darunter für solche „virtuellen“, wie es der informationell-psychologische, der zivilisatorische Faktor ist. Deshalb sind auch die humanitär-zivilisatorische Stabilität und die Selbstgenügsamkeit (nicht die Selbstisolierung) als Faktoren des Gegenüberstehens in den modernen hybriden Kriegen so wesentlich.

Hybride Kriege sind auf der Tagesordnung

Ziel eines modernen Krieges, unter Berücksichtigung seiner hohen Risiken und ungewissen Folgen, ist nicht einfach die Vernichtung des Gegners. Wichtig ist, ihn neu zu kodieren, ihn zum Mutieren zu zwingen, um ihn in der Eigenschaft eines „nützlichen Teils des allgemeinen Ganzen“ einzuschalten, ohne dabei seinerseits irgendwelche nicht kontrollierbaren, „störende“ Handlungen zuzulassen. Optimal ist hierfür gerade ein hybrider Krieg: „weder Krieg noch Frieden“, ein Verwischen der Grenze zwischen ihnen, ein Verwischen der Vorstellungen über die Bedrohungen und eine Dämpfung des Gefühls für Gefahr. In immer mehr Fällen besteht das Wesen der militärischen Komponente hybrider Kriege deshalb in der Ausnutzung von Konflikten verringerter Intensität, deren Aufgabe es ist, dem Gegner in erster



Linie die Möglichkeit zu nehmen, sich im geopolitischen Raum und in der Zeit zu orientieren, die Kräfte zu untergraben, die Motivierung zum Widerstand schwinden zu lassen.

Somit ist die Hybridität nicht einfach die Vereinigung verschiedener Mittel der Einwirkung, der „milden“ und „harten“ Stärke, quasi „in einer Flasche“. Es ist unbedingt der Erhalt eines synergetischen Effekts, einer neuen Eigenschaft der kumulativen, koordinierten Einwirkung mit verringerten, regulierbaren Risiken. Das alles – in einem kontrollierbaren Regime, mit einem System von Tests und Messungen, um „es nicht zu weit zu treiben“ und keine „übermäßige“ Reaktion auszulösen, besonders wenn es um einen Atomraketen-Opponenten geht. Das Maß für die Effektivität, das Ergebnis des Einwirkens in einem hybriden Krieg ist auch sein Preis, nicht nur der militärische. Und dieser Krieg endet nicht mit einer „Flagge über Bagdad“, mit einer Parade an Bord eines Flugzeugträgers, sondern mit anderen, viel komplizierteren Folgen.

Das alles muss bei der Ausarbeitung von komplexen Maßnahmen zur Neutralisierung, Deeskalation, Umformatierung der Bedrohungen und Herausforderungen an die nationale Sicherheit der Russischen Föderation beachtet werden. Und zwar mit minimalen Kosten – politischen, ökonomischen, militärischen – sowie unter der Wahrung aller Aspekte der „technischen Sicherheit“. *Diese Politik ist einfach verpflichtet, asymmetrisch zu sein, ohne*

jegliche spiegelartige und nicht immer effektive Antworten, unter optimaler Berücksichtigung der aktuellen Aufgaben und der Aufgaben für die Perspektive sowie der Möglichkeiten, sie zu meistern.

In erster Linie ist es der nicht direkte Einsatz der militärischen Stärke als Zügelungsmittel: ein erfolgreiches „Stehen an der Ugra“ ist viele erfolgreiche Schlachten wert. In der heutigen explosiven Atmosphäre heben wir die Wichtigkeit seiner Ausrichtung hervor – sozusagen die Einhaltung eben jener „sechs Meter bis zum NATO-Aufklärungsflugzeug“. Und überhaupt, *Russland braucht eine starke Armee, um nicht zu kämpfen.*

Die Möglichkeiten des partnerschaftlichen und Koalitionszusammenwirkens, der Faktor der militärtechnischen Zusammenarbeit sowie der gemeinsamen Verteidigungs- und Verteidigungsindustrie-Tätigkeit müssen in vollem Umfang und effektiv genutzt werden. Übrigens kann auch die Partnerschaft „hybrid“ sein, heute ist möglicherweise gerade die Flexibilität für sie die Hauptsache. Es müssen nicht unbedingt harte formale Strukturen, „ewige“ gemeinsame Interessen und Verpflichtungen sein. Das bedeutet keineswegs die Verneinung der strategischen Planung, doch die heutige Welt ist situativ, sie verändert sich zuweilen sehr schnell, zumindest auf informationeller Ebene. Die heutige „Hütte“ dreht zu überraschend jemandem seine Frontseite

oder seine Hinterseite zu, zuweilen auch alle Seiten gleichzeitig. Zudem ersetzen viele Staaten, darunter auch der ersten Reihe, und unter ihnen die USA, die Strategie ihrer Außen- und Militärpolitik durch eine Summe von Taktiken, indem sie diese zum Beispiel zur Geisel der nächsten Wahlkampfkampagne in ihrer Heimat machen.

Wichtig ist, sich die natürlichen, zu verteidigenden Grenzen, das Perimeter der Sicherheit, die Zone der wirklich lebenswichtigen Interessen gut bewusst zu machen und sie zu „fühlen“, sowie eine auserwählte Politik zu betreiben, ohne es zu erlauben, sich in jene Intrigen hineinziehen zu lassen, in denen kein Sieg errungen werden kann. Es ist ebenso die Nutzung der Besonderheiten der geopolitischen „Landschaft“, der „Geländefalten“, der Systeme von Zügelung und Gegengewichten in der globalen Sicherheitsstruktur sowie in den regionalen Sicherheitsstrukturen. Lassen wir es zu, wenn es nicht direkt ins Mark reichende, prinzipielle Fragen unserer nationalen und militärischen Sicherheit und nationale Interessen betrifft, dass unsere Freunde-Opponenten „nicht erzwungene Fehler“ begehen, in einem weiteren Konflikt ertrinken und sich diskreditieren. Möglicherweise wird dann auch China mehr Aktivität offenbaren und Russland nicht in manchen Fällen als „Aufklärer“, als vorderste Linie betrachten.

Man muss die unterschiedlichsten, einschließlich „exotischen“ Vorgehensweisen erschließen, solche wie „das Pfannkuchen-

Prinzip“ („Ich bin der Großmutter entkommen...“), „das Gegenfeuern“, die „leere Hand“, „weiser Affe“ und andere. In diesem Sinne sei den Neomalthusianern, die davon träumen, die Erdbevölkerung mehrfach gerade mit „Feuer und Schwert“ zu reduzieren, Folgendes gesagt: Nach der Installierung von Fernseh-Satellitenschüsseln im Amazonasgebiet war die Geburtenrate unter der indigenen Bevölkerung um das Dreifache gesunken. Die Regeln des großen Spiels bestehen ewig und sind unerschütterlich, aber selbst in sie können die Epoche, die Umstände und „interessierte Seiten“ Korrekturen einbringen, sie an ihre Aufgaben, laufende wie langfristige, anpassen.

### **Der Zügelungsfaktor**

Unter den gegenwärtigen Umständen wächst die Bedeutung der Atomraketen- und strategischen Waffen als eine Art Versicherungsschein. Ebenso wie die Bedeutung des sorgsamem Umgangs mit ihnen. Heute ist das leider keine dekorative „Kirsche auf einer Torte“, die des Ansehens als Supermacht zuliebe aufgelegt wird, an was wir gewöhnt waren, aber auch nicht die „Zarenkanone“ auf dem Postament im Kreml, die gewiss, wie alle hoffen, niemals schießen wird. Leider kehrt die atomare Zügelung in das Kräftegleichgewicht und in die Absichten, sie als praktisches Instrument und nicht nur als Verhandlungsgegenstand zu nutzen,

zurück. Noch unlängst konnte eine derartige „nicht friedliebende“ Schlussfolgerung als marginal wahrgenommen werden – doch nicht jetzt. Dabei sind zutiefst jene im Recht, die meinen, dass die Russische Föderation politisch weitsichtig und sparsam in der Sphäre der strategischen Waffen sein müsse. Wichtig ist die genaue Einschätzung dessen, was tatsächlich für die zuverlässige strategische Zügelung und die Gewährleistung der Stabilität der Atomstreitkräfte in der absehbaren Perspektive erforderlich ist. Das zweifellos unter Berücksichtigung der wahrscheinlichen Bemühungen anderer Mitglieder des Atomraketensklubs, in erster Linie der USA, in der gegebenen Sphäre, aber ebenso der realen Möglichkeiten und Absichten zum Bruch des entstandenen strategischen Gleichgewichts, und danach auch des Systems der Sicherheit insgesamt.

Die aktuelle Situation hat die noch unlängst scheinbar unerschütterlichen Vorstellungen, dass ein Atomkrieg in beliebigen seinen Erscheinungen unmöglich sei, deblockiert. Eigentlich schien das vor drei Jahrzehnten endgültig bewiesen, als durch gemeinsame Bemühungen die Zügelung durch Atomraketen im Grunde genommen aus den realen Sicherheitsbedrohungen in Verbindung mit ihrer absoluten Zuverlässigkeit als Mittel der Zügelung und Vergeltung, aber ebenso mit der Ausarbeitung

effektiver Maßnahmen des Zusammenwirkens, der Kontrolle und des Vertrauens ausgeklammert worden war.

Heute ist die Nachfrage nach Spezialisten (eben nach Spezialisten, nicht aber nach „Schlangenbeschwörern“) in der Sphäre der Atomwaffen stark und real gestiegen, und das nicht etwa für Symposien. Die vor ihnen stehende Aufgabe ist, eine eindeutige Antwort zu geben: Ist unter den wesentlich veränderten politischen, militärtechnischen Bedingungen ein Atomkrieg möglich, oder ist er nach wie vor nicht adäquat, sieht man es aus der Position der Schwelle des gegenseitig nicht zu akzeptierenden Schadens, des Multiplikators der Folgen, der Aufgaben des Überlebens der Menschheit und schließlich auch aus der Sicht der Moral in ihrer „fortschrittlichen“ Auffassung unserer Zeit? Oder sind Voraussetzungen für irgendein Führen eines „zivilisierten“ Atomkriegs, eines Austausches von Atomschlägen „nach Regeln“ entstanden? Diese Antwort ist besonders aktuell angesichts der qualitativen Vervollkommnung der strategischen Atomstreitkräfte, des Ausbaus der strategischen „Triade“ zu einer „Pentade“, anderer militärtechnischer Neuerungen, darunter in der Sphäre der supertreffsicheren Waffen und der Cyberwaffe.

Das alles ist begleitet von einer aktiven Suche nach Methoden eines entwaffnenden und ungestraften Schlags, eines grundlegenden Bruchs des strategischen Gleichgewichts. In derselben Reihe

stehen auch der Verzicht oder der Versuch eines Verzichts auf mehrere wichtige stabilisierende Verträge in der Sphäre der Atomraketenwaffen, aber ebenso die Appelle, ohne die gebührende Versicherung zur Erörterung der weiteren Reduzierung dieser Waffen überzugehen.

Die Interessen von Russlands Opponenten sind durchaus verständlich: Sie wollen es in eine neue Runde der Reduzierung der Atomwaffen, darunter auch der taktischen, hereinziehen, es mit einem Netz der Raketenabwehr umgeben (man sagt, wenn es heute nicht funktioniert, dann morgen oder übermorgen), in der boden-, schiffs- und weltraumgestützten Variante, ebenso in einer Cybervariante („blenden und abschalten“). Und nachdem man Russland den „Atomstachel“ gezogen oder aber abgestumpft hat, wird man mit ihm ganz anders reden können. Und überhaupt wird seine weitere Existenz auf der Weltkarte, wenn auch in der Eigenschaft einer Regionalmacht, dann sehr in Frage gestellt sein, was nebenbei bemerkt ein Scheitern der Weltpolitik bedeuten würde.

Ein solches „schwarzes Loch“ könnten weder die USA noch China noch sonst jemand stopfen. Das zur Information für jene, die heute mit Hingabe eine bunte „Flicken“-Karte des Post-Russlands zeichnen. Dabei ist es für die einheimischen Analytiker wichtig, nicht den typischen Fehler der vergangenen Zeiten zu

wiederholen: im Grunde genommen die „Abgrenzung“ der Atomraketensicherheit von der ganzen „übrigen“ Problematik der internationalen und nationalen Sicherheit, ohne Berücksichtigung des engen asymmetrischen Zusammenwirkens der Atomraketensicherheit und konventionellen Zügelung, der militärischen und allgemeinen Bedrohungen der Sicherheit.

Für die richtige Einschätzung des gegenwärtigen Zustands und der Perspektiven der nationalen Sicherheit der Russischen Föderation ist die genaue Analyse der existierenden und künftigen Bedrohungen (der „Rose der Bedrohungen“) von verschiedenen Richtungen und Vektoren her, nicht nur der geografischen, nach ihren Maßstäben und, was sehr wesentlich ist, nach ihrer Dynamik wichtig. Unter Berücksichtigung der Tatsache, dass wir es mit einem ganzheitlichen System zu tun haben: Zieht man an einem Ende, so deformiert sich die ganze „Decke“ der Partnerschaften, Möglichkeiten, Bedrohungen und Herausforderungen. Mancher sieht zum Beispiel in China eine Bedrohung für Russland, zumindest angesichts seiner „Größe“ und des Bestrebens, die Russische Föderation, wenn nicht zu einem jüngeren, so doch aber zu einem mehr nachgiebigen Partner zu machen, besonders unter den heutigen Bedingungen. Doch China ist in erster Linie an Russland als an einem stabilen Partner in der Weltarena beim Aufbau der multipolaren Welt der Zukunft interessiert, und zwar



in der Eigenschaft einer ihrer Tragstützen. Und hierfür bedeutet die Sicherheit der Russischen Föderation mehr als vieles Übrige, darunter als die Möglichkeit, mit der Volksrepublik China nicht einfach strategische partnerschaftliche, sondern auch engere und dabei gleichberechtigte Beziehungen aufzubauen.

### **Der westliche Vektor für Russland**

Andererseits, wir wollen uns nicht täuschen, die Beziehungen zwischen Russland und dem Westen/der NATO besaßen „ihre Fragen“ im Laufe der gesamten postsowjetischen Periode, mit Ausnahme der kurzen Euphorie zu Anfang der 1990er Jahre. Heute ist ihre Dynamik tatsächlich bedrohlich negativ und muss die entsprechende Reaktion in der Sicherheitssphäre seitens der Russischen Föderation auslösen. Dabei war nicht etwa Russland der Initiator und die treibende Kraft bei der Verschlechterung dieser Beziehungen. Man gewinnt den Eindruck, dass die russisch-westlichen Beziehungen an der Börse der Weltpolitik heute klar unterbewertet sind, und zwar in der Eigenschaft eines Stabilisators des Systems der internationalen Sicherheit, nicht allein in der Atomraketensphäre, sondern auch als Faktor einer Vertiefung der ohnehin angespannten Lage, an die man aus irgendeinem Grund die Menschheit konsequent „gewöhnen“ will. Selbstverständlich mit der Korrektur, dass die Zeiten des bipolaren Gegenüberstehens

vorbei sind und die Welt immer komplizierter, mannigfaltiger und viel mehr voneinander abhängig wird.

Der Westen ist nicht nur ein geografischer Begriff, man sagt sogar (wobei man zumindest die Länder der BRICS vergisst), unter den Bedingungen der Globalisierung „sei er überall“, was die Möglichkeiten des Einflusses, des positiven wie negativen, betrifft. Und von den Beziehungen zum „gesamten Westen“ (seine Probleme und Widersprüche muss man lernen zu nutzen) hängen in sehr wesentlichem Maße der Zustand der nationalen und militärischen Sicherheit der Russischen Föderation und folglich auch der Aufbau ihrer Verteidigungspolitik, der aktuellen wie der künftigen, des Umfangs und der Struktur der Ausgaben für sie ab. Besitzt Japan als Mitglied des „gesamten Westens“ die Möglichkeit, eine zutiefst „eigenständige“ Politik gegenüber der Russischen Föderation zu betreiben, und ist das gut oder schlecht für Russland?

Unter Berücksichtigung des „Faktors des Westens“ werden in vielem die Beziehungen in den regionalen Sicherheitskonstruktionen aufgebaut. Es ist zum Beispiel unzulässig, ohne ihn die Bedrohung durch die sogenannte „radikale islamische Welle“ von Süden her, in Richtung Russlands und des postsowjetischen Raumes, darunter auch der Bündnispartner der Russischen Föderation in der OVKS, zu betrachten. Man darf den Einfluss des Westens auf die Situation in Russland, die Möglichkeit einer Destabilisierung (die

Krim wird man Russland trotzdem „nicht verzeihen“) nicht unterschätzen, und das nicht allein auf die national und religiös gefärbten Regionen. Dabei sind die Prozesse der Destabilisierung, wir betonen es, die unterschiedlichsten, sie können unter einer vielschichtigen Deckung erfolgen, wobei jede „Schicht“ ihre eigene Motivation besitzt, es aber sehr schwer ist, den Hauptauftraggeber und Benefiziar festzustellen und auf frischer Tat zu ertappen.

Man erinnert sich da an die emotionalen Worte von Wladimir Putin nach den tragischen Ereignissen in Beslan über den Genossen Wolf, der „zuhört und frisst“. Russland und der Westen haben ernsthafte Schranken für den gemeinsamen Kampf gegen Terrorismus und Extremismus: Wir haben manchmal sehr „verschiedene“ Terroristen und ein „unterschiedliches“ Verstehen der von ihnen ausgehenden Bedrohungen für die nationale und internationale Sicherheit. Man glaubt, und nicht unbegründet, dass der sattsam bekannte „Islamische Staat“ teilweise auch ein Produkt der Politik der USA sei, das in der Eigenschaft einer Art „Maulkorb“ wohl fast für alle (für jeden auf eigene Art) Teilnehmer der regionalen geopolitischen Gleichung im Nahen Osten genutzt wird.“

Zur Verringerung wahrscheinlicher destruktiver, destabilisierender Offenbarungen in der inneren Arena und des Schadens durch sie braucht die Russische Föderation unbedingt schnell die Schaffung

einer funktionierenden gesamtnationalen Staatsideologie, eine ernsthafte Steigerung der Qualität in der Tätigkeit der Rechts- und Rechtsschutzstrukturen, ein besonderes Verhältnis zu den Fragen der Gesetzlichkeit und „Gerechtigkeit“, nicht nur der sozialen, zu den Nöten des „einfachen Volkes“. Dabei vermuten wir, dass man eine gesteigerte Vorsicht bei der Regelung der Frage hinsichtlich einer Realisierung des heute modernen Konzepts der sogenannten „territorialen Kräfte der Selbstverteidigung“ in Russland offenbaren sollte. Das könnte die Verwischung der primären Rechte und Verpflichtungen der föderalen Behörden bei der Wahrnehmung der Powertätigkeit und bei der Bildung entsprechender Strukturen fördern.

Ein systemischer, grober Fehler (wenn er nicht mutwillig gemacht wird) nicht nur der westlichen, sondern auch mancher einheimischer Politiker und Politikwissenschaftler ist folgender: Das Unglück der Beziehungen der Russischen Föderation zum Westen sehen sie vor allem in der Ukraine-Politik der Russischen Föderation oder letztendlich im nicht richtigen „Sich-Aufrichten Russlands“. Aber hätte es nicht die Ukraine gegeben, so hätte man einen anderen Anlass gefunden. Leider hatten das Ende des Kalten Krieges und die frühe postsowjetische Periode die Russische Föderation zu sehr als jüngeren Partner des Westens aussehen lassen. Dann aber war Russland einfach die Kleidung zu eng

geworden, die der Westen für durchaus bestimmte Aufgaben sorgsam bereitgelegt hatte. Und das ist nicht etwa „Undankbarkeit“ von Seiten Russlands, sondern ein natürliches geopolitisches Erwachsenwerden wie in jeder Familie.

Schon kraft seiner Rückkehr in die erste Reihe der weltweiten Geopolitik im Zuge der Überwindung des postsowjetischen Syndroms wird die Russische Föderation nicht nur unabhängiger in ihrem Verhalten und in der Wahrung der eigenen Interessen, sondern auch unbequemer als Partner im früheren Verstehen des Sinns dieser Partnerschaft durch Russland und auch durch den Westen. Russland ist weder „gut“ noch „schlecht“, es ist in jeder Beziehung „groß“ – als Partner und Opponent. Hier muss man an die Worte von Peter Ustinov, des „treuen Freundes“ noch der UdSSR, denken: „Wie soll man euch nicht lieben, schaut auf die Karte, ihr seid so viele“. Und je früher der Westen auf seine Stereotype hinsichtlich Russlands verzichtet, desto besser und sicherer ist es für alle.

Dieser Prozess des neuen „Gewöhnens“ kann sich als schmerzhaft und schwierig erweisen, wesentlich ist, dass er sich nicht in eine permanente Feindschaft verwandelt. Vorerst ist Russland, in der gegebenen Übergangsperiode, genötigt, Maßnahmen zur Gewährleistung der eigenen Sicherheit zu ergreifen, darunter auch mit militärischen Mitteln. Wer „uns nicht in weiß liebt, wird uns in schwarz lieben“,

und überhaupt, wie Wladimir Putin beim Waldai-Forum in Sotschi sagte, wenn sie uns fürchten würden, so würden sie uns achten.

Es sei besonders betont: Das oben Gesagte bezieht sich auf ein beliebiges Russland – auch auf das konservative, das liberale, deshalb sei es perspektivlos, irgendwelche grundlegenden Veränderungen in der Außen-, Verteidigungs- und sogar Innenpolitik der Russischen Föderation mit einem möglichen Machtwechsel im Kreml abzuwarten. Russlands Kurs nach vielen Jahren des Schwankens und der „Anprobe“ verschiedener Entwicklungs- und Verhaltensmodelle ist hinreichend ausgewogen, und wenn er korrigiert werden muss, so eher taktisch, „verbal“, als strategisch. Und überhaupt bestimmen wie immer die geopolitischen Gesetzmäßigkeiten den Charakter der internationalen Beziehungen in nicht geringerem Maße als ideologische Ähnlichkeiten oder Widersprüche.

Nicht etwa aus propagandistischen Überlegungen heraus löst die europäische Grenze, besonders angesichts der ukrainischen Krise und des starken qualitativen, nicht etwa demonstrativen Aufstockens der militärischen Aktivitäten der NATO nahe der Grenzen zu Russland, darunter im postsowjetischen Raum, eine erhöhte Unruhe aus. Man scheint irgendwie schon vergessen zu haben, dass gerade im zivilisierten Europa im vergangenen Jahrhundert zwei Mal ein Weltkrieg ausgebrochen war. Ja, eine frontale Kollision Russlands mit dem Westen in Gestalt eines

umfangreichen Krieges ist bislang undenkbar, allein schon unter Berücksichtigung des Atomraketen-Faktors. Und ebenso wie zu Zeiten der UdSSR wird der Westen Russland „zum Wettstreit einladen“ auf anderen, weniger gefährlichen (und nicht sehr kostspieligen) Ebenen an der Peripherie. Wo ist diese geopolitische Peripherie jedoch jetzt, unter den Bedingungen der Globalisierung? Heute bildet sich jedoch eine Lage heraus, wo eine der Seiten alles tut, um das geopolitische und militärische Gleichgewicht zu stören, um die entstandene Balance der Interessen, nicht nur der militärischen, darunter in für Russland sehr sensiblen Sphären, zu brechen, indem er Letzteres zu Gegenhandlungen provoziert. Wladimir Putin hat recht, es existiert das unerbittliche Bündel „Möglichkeiten – Absichten – Bedrohungen“ mit der Wahrscheinlichkeit ihres gegenseitigen Aufpumpens, Hinüberfließens.

Der „Abzug“ für ein „Ableiten“ zu einem großen Krieg über eine Rallye kleinerer Konflikte und Konfrontationen können die verschiedensten Ereignisse sein, in erster Linie im Zuge der gegenwärtigen ukrainischen Krise. Seien wir zynisch, ohne eine Nahrung aus dem Westen ist sie schrecklich vor allem wegen des Partisanentums und der Verwandlung in ein gesamteuropäisches „freies Feld“, in ein kriminelles Loch schlimmer als das Kosovo. Obwohl es in jedem Fall auch für Russland ein großes Problem darstellen wird, darunter in der Verteidigungssphäre. Doch unter

Bedingungen einer starken Zunahme der Unterstützung (politisch und ökonomisch, aber leider auch militärisch) Kiews von Seiten des Westens kann sich die Situation grundlegend ändern. Das kann massierte Waffenlieferungen, selbst aus zweiter-dritter Hand, bedeuten, die wie immer und überall ergänzt werden durch Berater und Instruktoren, durch ein weiteres Hineinziehen in den Konflikt und durch dessen Eskalation. Schon ganz zu schweigen davon, dass es die revanchistischen Stimmungen der einheimischen Radikalen nährt, sie zu einem Gegenüberstehen mit der Russischen Föderation provoziert.

Ein solcher „Abzug“, und das ist ganz offensichtlich, hätte schon die Krim werden können. Und zwar die Maßstäbe des Konflikts und die Einschaltung der verschiedensten äußeren Kräfte und der modernsten Waffen hätte ungeheuerlich sein können. Allein Russlands Entschlossenheit, die Entschlossenheit der Bürger der Krim, sich der Destabilisierung zu widersetzen und die eigenen Rechte zu behaupten, hatte im Grunde genommen die Situation gerettet. Aber offensichtlich hatten auf der gegenüberliegenden Seite manche „verantwortlichen Kräfte und Leute“, darunter auch in der Ukraine selbst, die Logik eines Konflikts gut durchgerechnet und es vorgezogen, kein Risiko einzugehen. Man vermutet, dass gerade damit zum Beispiel das „Durchsickern“ relativ gegenständlicher Pläne zur Verdrängung



des militärischen Blocks der Russischen Föderation aus der Krim und statt ihrer das Kommen ganz anderer Kräfte verbunden ist. Das betrifft auch die quasi „zufällig veröffentlichte“ Information über die vom Pentagon im Voraus kalkulierten Ausgaben für die Anpassung der Infrastruktur der Halbinsel an die eigenen Nöte.

Es muss völlig offensichtlich sein – ohne das Erlangen eines qualitativ neuen Niveaus im Zusammenwirken Russlands mit dem Westen zur Krise in der Ukraine (und hier wird man ohne einen echten „Neustart“ keineswegs auskommen) wird ihre Regelung bei beliebigen „Fahrplänen“ nicht realistisch sein. Und es geht hier nicht um die Formate und die Ebenen, sondern um den Inhalt der Versprechungen und um den Wunsch, die gegenseitigen Interessen und Befürchtungen zu verstehen. Es geht auch um den Wunsch, übereinzukommen, nicht aber die ukrainische Krise als eine Konfrontationsressource auszunutzen. Selbstverständlich unter Berücksichtigung jener Veränderungen, möglicherweise sogar irreversibler, die in der letzten Zeit im ukrainischen politischen und geopolitischen Raum erfolgt sind – und die von allen letztendlich anerkannt werden müssen. Wie auch die Tatsache, dass das „Projekt Ukraine“ in seinem heutigen Format nicht funktioniert hat und nicht funktionieren wird, demnach also seine wesentliche Überarbeitung und Anpassung an die Lösung der

Aufgaben zur realen Gewährleistung der Sicherheit und Stabilität erforderlich sind.

### **Die Perspektive**

Es existiert die Meinung, der Westen habe keine klare Strategie für die Perspektive hinsichtlich Russlands, seines Platzes und seiner Rolle in der Weltordnung der Zukunft, übrigens auch hinsichtlich der realistischen Umrisse dieser Weltordnung, wovon sehr vieles auch in den heutigen Beziehungen zwischen der Russischen Föderation und dem Westen sowie in den Beziehungen des Westens zu Russlands abhängt. Man kann zur Schlussfolgerung gelangen, dass der Westen die Russische Föderation gerade als Opponent und nicht als Partner braucht. Der „Kreuzzug“ gegen Russland kann angeblich den Westen im Vorfeld der neuen Runde des globalen Kampfes um die Führung zusammenschließen. Und Zbigniew Brzezinski erklärt sogar, die USA würden sich zum Beispiel nach Russland als Erbin der UdSSR in der Eigenschaft eines „würdigen Konkurrenten“ „sehnen“ und hätten „das Gespür verloren“.

Zugleich gibt es auch einen anderen Standpunkt: Ein Konflikt mit Russland ist nicht nur hinsichtlich der internationalen militärischen Sicherheit konterproduktiv. Er vertieft die globale Krise, treibt sie auch in eine ökonomische und geopolitische

Sackgasse. Er erwies sich als „viel zu teuer“, und überhaupt ist man seiner „schon müde“. Leider hatte der Westen im Zuge der Ereignisse vom August 2008 die Entschlossenheit der Russischen Föderation „nicht verstanden“, hart und konsequent die eigenen Interessen in dem kanonischen Raum, in der „Taiga-Zone“ zu behaupten. Die Krise in der Ukraine war in diesem Sinne eine Art „Augenblick der Wahrheit“. Der Westen überzeugte sich, dass eine „rote Linie“ existiert, hinter der die Verteidigungspolitik der Russischen Föderation keinem Tausch und keiner Einwirkung unterliegt, unter Nutzung beliebiger Methoden und Argumente.

Wird der Westen unter diesen Bedingungen seine Position Russland gegenüber korrigieren oder wird er eine andere Strategie wählen – höhere Einsätze und Risiken im Spiel? Und wird er sich bemühen, die „Schlinge der Anakonda“ zwecks Erdrücken Russlands enger zu ziehen, um ihm das geopolitische Manövrieren zu nehmen, die Entwicklung zu verlangsamen, vor allem die hochtechnologische und militärtechnische, und um die Reintegrationsprozesse im postsowjetischen Raum zu untergraben. Man kann über die Effektivität der Sanktionen gegen Russland streiten, wir wollen hier nur auf eine Folge dieser, unseres Erachtens, in eine Sackgasse führenden Politik eingehen, selbst wenn sie kurzfristige Dividenden bringen sollte. Unter den Sanktionsbedingungen wird das positive Einwirken in der

Weltarena durch militärische, konfrontative Faktoren, die zudem schwer regulierbar sind, kompensiert. In diesem Fall ist ein „Verlust des Partners“ nicht zu vermeiden, und in jedem Spiel bedeutet das den Verlust der Möglichkeit, mit ihm zusammenzuwirken, auf ihn und auf seine nächsten Züge Einfluss zu nehmen.

Somit gibt es zwei Hauptszenarien des weiteren Zusammenwirkens der Russischen Föderation und des Westens, einschließlich der Sicherheitssphäre. Der Westen versteht und nimmt, wenn auch ungerne, mit Vorbehalten, indem er sein Antlitz wahrt, die Positionen und Interessen Russlands, seinen Entwicklungsvektor und seine Ansprüche auf einen würdigen Platz als eigenständiger Pol der globalen Stärke (den auch der Westen selbst in dieser Eigenschaft braucht) als „natürliche“ und für alle akzeptable Hauptfaktoren der weltweiten Geopolitik wahr. Und er baut in entsprechender Weise die Beziehungen zur Russischen Föderation auf, indem er die Politik des Drucks und der Erpressung einstellt, wobei wir betonen, ohne irgendwelches „Einlenken“ von Seiten Russlands zu erwarten, zum Beispiel hinsichtlich der Krim oder der Ost-Ukraine.

Obwohl, wir wollen konsequent offen sein, in jedem Fall die Zusammenarbeit des Westens und der Russischen Föderation in der Sphäre der hohen Technologien und der Technologien mit doppeltem Verwendungszweck im Weiteren ernsthaft

traumatisiert und limitiert sein wird: Wie man im einheimischen Verteidigungsindustriekomplex sagt, kein CoCom – aber Obama. Eigentlich vermutet man, dass eines der Hauptziele der Verhängung der Sanktionen gegen die Russische Föderation (unter Auswahl eines passenden Vorwands) gerade die Politik sei, seine hochtechnologische Sphäre und die begleitende internationale Zusammenarbeit zu blockieren. Deshalb wird selbst im Fall einer Normalisierung des Zusammenwirkens der Russischen Föderation mit dem Westen „insgesamt“ die Sphäre der hohen Technologien und der Technologien mit doppeltem Verwendungszweck ausgeklammert bleiben. Folglich muss sich die Russische Föderation mehr „auf die eigenen Kräfte“ stützen, aber ebenso langfristige und stabile partnerschaftliche Beziehungen auf alternativer Basis aufbauen, einschließlich der Kooperationsbeziehungen, vor allem zu den Ländern der BRICS.

Es muss gesagt werden, laut dem gegenwärtigen Stand der Dinge gibt es auch ein entgegengesetztes anderes Szenarium in der Entwicklung der russisch-westlichen Beziehungen. Gerade ein solches Szenarium kann sich leider als dominierend und in der absehbaren Perspektive als funktionierend erweisen. Nach ihm bewertet der Westen das „Putin“-Russland und Russland überhaupt als untauglich und unwürdig für eine Partnerschaft (wie sehr man den Wolf auch füttern möge ...). Und er wird fortfahren, in vielem

die Versuche zu seiner Schwächung und Erniedrigung, sogar zur Desintegration, zur „Nötigung zum Frieden“ unter den eigenen Bedingungen zu verstärken. Die Ukraine-Krise wird in diesem Fall nach dem vollen Programm ausgenutzt werden als ein Instrument, als ein Druckhebel gegen Russland, das wird sehr ernsthaft und für sehr lange sein. Dabei ist dem Westen egal, ob die Ukraine national-radikal oder irgendwie anders ist, Hauptsache sie ist gegen Russland.

Ein für den Westen unerwünschter „Nebeneffekt“ einer solchen Politik ist, dass sie Russland noch mehr an China „drücken“ wird. Der Westen baut im Grunde genommen mit seinen eigenen Händen im Herzen und im Osten Eurasiens eine Konstruktion, die sich zu stark über der restlichen geopolitischen Landschaft erheben wird. Leider verdeckt der „Jagdinstant“ des Siegers im Kalten Krieg (da heute keine Erfolge zu verbuchen sind), das Streben, Russland „Unannehmlichkeiten zu bereiten“, völlig das Gefühl des gesunden Menschenverstands. Es muss völlig offensichtlich sein, dass dieses Szenarium einen gegenseitig akzeptablen Charakter tragen wird. Bestenfalls wird es eine „einfache Bauernfreude“ sein, dass „beim Nachbarn eine Kuh krepirt ist“. Und überhaupt kann die Hauptidee der internationalen Beziehungen die seinerzeit so populäre These sein, „wer wen zuerst unter die Erde bringt“.

Übrigens spricht man auch davon, es sei möglich, dass der Westen gegenüber der Russischen Föderation ein gewisses „kombiniertes Szenarium mit Peitsche und Zuckerbrot“ nutzen könne. So erklärt der Westen heute, er „beabsichtige nicht“, Russland im sogenannten „Erweiterungsprozess“ und der aktiveren Gestaltung der partnerschaftlichen Beziehungen zu den Ländern des postsowjetischen Raumes zu schaden. Darauf bestanden insbesondere Angela Merkel, Donald Tusk und Jean-Claude Juncker in Verbindung mit dem im Mai 2015 in Riga durchgeführten Gipfel „der Ostpartnerschaft“. Erstens müssen diese Behauptungen, besonders angesichts der Ereignisse in der Ukraine und angesichts der Sanktionen des Westens, ernsthafte Zweifel wecken. Zweitens zeigen die früher gegebenen Versprechen, die NATO nicht nach Osten zu erweitern und viele andere Ereignisse, dass der Westen tatsächlich „Herr seines Wortes“ ist – er gibt es und zieht es selbst zurück. Drittens hat niemand die Grundgesetze der Geopolitik, der räumlichen „Nähe“ aufgehoben, trotz der objektiven Globalisierungsprozesse und der sogenannten „Annihilation des Raumes“. Und im Zuge der geografischen „Erweiterung“ erfolgt eine Neuaufteilung der Zonen des Einflusses, der Partnerschaft und der Konkurrenz, so dass Russland quasi „automatisch“ ernsthaft geschadet werden kann.

Selbstverständlich ist es schwer, den Westen zu ermahnen, „keine Osterweiterung zu betreiben“. Obwohl das objektiv keineswegs völlig (gar nicht) seinen Interessen entspricht. Umso mehr, wo die Expansion in der heutigen Welt nicht mehr so deutlich wie früher den „Hauptinstinkt“ des politischen und ökonomischen Verhaltens zum Ausdruck bringt. Der Westen befasst sich heute mit dem, was er selbst Russland aktiv vorwürft. Die Erweiterung ist für den Westen zuweilen das Heranrücken an geopolitische Grenzen, an denen die Tätigkeit dem Westen nicht nur Vorteile, sondern auch unzählige Probleme bringt.

So vernichtet der Westen auf eigenen Willen die geopolitischen Puffer, die Spielräume in den Beziehungen nicht nur zu Russland, sondern auch zum Großen Nahen Osten. Außerdem bedeutet die „Erweiterung“, besonders unter den Bedingungen der verlängerten globalen Krise, auch zusätzliche Ausgaben (Partnerschaft ist stets nicht billig), die Zunahme der inneren Widersprüche des Westens, das Anwachsen der Lockerheit, der Heterogenität sowie den Verlust des Systemhaften. Davor rettet nicht einmal die bereits erwähnte Suche, auch nicht die künstliche Schaffung eines „Feindbildes“: Das kann den Westen nur über eine Zeitlang konsolidieren. Mehr noch, eine solche Herangehensweise ist keine zuverlässige Basis zur Überwindung der Krise und zum Ertasten der Umriss der neuen Weltordnung.



## **Die Tagesordnung für Russland**

Inwieweit ist Russland selbst „schuld“ an der erfolgenden Offensive im postsowjetischen Raum und an den Versuchen, es aus diesem Raum zu verdrängen, übrigens nicht allein von Seiten des Westens her? Offen gesagt entspricht das Tempo der Umwandlungen in der Russischen Föderation nicht ganz den Anforderungen der Gegenwart, und das sind nicht nur die „Ränke“ der Opponenten oder die Folgen der globalen Krise. Also ist ein Modernisierungssprung notwendig, aber er kann nicht in dem heutigen schlaffen und wortreichen inerten Regime ohne bestimmte „mobilisierende“ Maßnahmen verwirklicht werden. Obwohl, und das sei bemerkt, in der Praxis das virtuelle Bild zuweilen mehr bedeutet als das reale. Und die Möglichkeit dieser optischen Täuschung wird heute wie nie zuvor umfangreich genutzt, um die eigene Bedeutsamkeit in den Augen anderer zu steigern, aber ebenso um die Opponenten zu diskreditieren.

Man muss sehr ausgewogen an das Verhältnis der eigenen Entwicklung der Russischen Föderation und der Aktivierung der Erfüllung äußerer Faktoren herangehen. Es ist die gebührende Abstimmung nach Zielen und Aufgaben, nach Ressourcen, äußeren und inneren Schranken, nach der möglichen Gegenwirkung erforderlich, umso mehr, wenn man irgendwelche kostspieligen

Verpflichtungen außerhalb der unmittelbaren „Zone der lebenswichtigen Interessen“ Russlands übernimmt. Das betrifft auch jegliche gegen die Globalisierung gerichtete Projekte und Partnerschaften zum Voranbringen der Ideen einer alternativen Weltordnung. Für ihre Umsetzung ist eine entsprechende ideologische, finanzökonomische, geopolitische Basis erforderlich, und das darf nicht einfach auf eine gemeinsame „Negierung“ des Westens und seiner Werte, auf einen nackten Antiamerikanismus, auf die Unzufriedenheit mit der eigenen Lage in der Welt reduziert bleiben.

Es entsteht die Frage: Warum reagiert Russland gerade heute so hart auf den Übergriff auf seine Interessen und Sicherheit? Etwa nur, weil die Russische Föderation früher nicht genug Kräfte für eine würdige und klare Antwort hatte, und der Westen im Grunde genommen einfach das geopolitische Vakuum gefüllt hatte, das sich nach dem Zerfall der UdSSR und des europäischen sozialistischen Lagers gebildet hatte? Es wurde mehrfach betont, dass der heutige Zustand der russisch-westlichen Beziehungen keineswegs Russlands Wahl sei, dass die Russische Föderation genötigt sei (Kritiker sagen sogar – etwas verspätet), auf das Geschehen zu reagieren, das sich zudem immer näher an ihre unmittelbaren Grenzen und an ihren weichen Unterbauch, die kanonischen Territorien des postsowjetischen Raumes, heranschiebt.

Allerdings ist die harte Reaktion in vielem räumlich und historisch determiniert.

In den 1990er Jahren, nach dem Ende des Kalten Krieges, gab es Illusionen bezüglich einer geopolitischen Partnerschaft und sogar eines Bündnisses der Russischen Föderation mit dem Westen. Die NATO-Osterweiterung der „ersten Welle“ trug keinen so klaren und Russland gegenüber so unfreundschaftlichen Charakter. Und in den russischen Analytiker- und Politikerkreisen war bis in die jüngste Zeit eine recht ernsthafte Diskussion im Gange, ob die Annäherung der NATO an die russischen Grenzen eine Bedrohung für die nationale Sicherheit der Russischen Föderation darstellt. Also liegt es nicht einmal so sehr an der Nachgiebigkeit der „kosyrjewschen Diplomatie“ jener Zeit, was oft erwähnt wird, sondern an mehr allgemeinen und objektiven Ursachen. Es bestand die Hoffnung, dass die NATO „irgendwo Halt machen wird“, ohne eine solche aggressive Expansion in den postsowjetischen Raum und, im Grunde genommen, Russland einkreisend.

Was die gegenwärtige Situation betrifft, so ist sie für Russland völlig unakzeptabel und kann mit voller Berechtigung als die Schaffung eines Brückenkopfes für einen komplexen „hybriden“ Druck auf die Russische Föderation und für andere Ziele betrachtet werden. In diesem Sinne – über den möglichen Beitritt

zur Nato (oder sogar zur EU) der Ukraine, Georgiens und noch mancher postsowjetischer Länder, die „völlig eigenständig“ in ihrer Außen- und Verteidigungspolitik sind, dementsprechend auch im Treffen von Entscheidungen, ohne sie mit der Position der Russischen Föderation zu vergleichen. Nachbarn sind nicht unbedingt treue Freunde oder harte Opponenten, aber sie müssen die Interessen und Befürchtungen des anderen berücksichtigen, umso mehr in einer so schwierigen internationalen Situation, wie sie heute besteht.

Zweifellos darf man die NATO- und die EU-Erweiterung nicht auf eine Ebene stellen, aber zugleich muss man auch sehen, dass es in vielem miteinander verbundene Gefäße sind, die Mitgliedschaft in einer dieser Strukturen sieht bestimmte, wenn auch interne Verpflichtungen gegenüber der anderen vor. Zudem ist die EU nicht nur eine ökonomische, sondern auch politische Vereinigung, wobei sie sich in der letzten Zeit immer mehr „dafür begeistert“, militärpolitische und sogar militärische Funktionen zu übernehmen, besonders hinsichtlich der ukrainischen Krise.

Es lohnt sich kaum, das Auftauchen großer Risse zu erwarten, und erst recht eine Spaltung in den Positionen der westlichen Gemeinschaft hinsichtlich der Beziehungen zu Russland und der Krise in der Ukraine. Diese Linien der Zwietracht tauchen zweifellos auf, aber wohl eher zu anderen Fragen. Dennoch ist

klar, dass die Interessen verschiedener Länder des Westens, ebenso wie die Risiken (selbst neben der Gefahr einer „großen“ militärischen Konfrontation), in der „Ostpolitik“ unterschiedlich sind.

Eine besondere Frage an Europa. Es ist sehr verschieden, doch es besitzt eigene gemeinsame besondere Interessen hinsichtlich der Russischen Föderation, zumindest im Vergleich zum Hauptpartner im westlichen Block – den USA. Den „Splitter“ der ukrainischen Krise braucht im Großen und Ganzen nicht einmal das neue Europa, das sich auf große und kleine Provokationen spezialisiert hat, ohne oft andere Chancen zu haben, funktionell bedeutsam in der westlichen Welt zu sein. Der heute in Bau befindliche Sanitätskordon auf dem Wege in die Russische Föderation stellt die Ansprüche Europas auf einen würdigen Platz in der Weltordnung der Zukunft in Frage, und es geht hier natürlich nicht allein um die polnischen Äpfel für Russland. Bei einer weiteren negativen Entwicklung des Geschehens in der europäischen Richtung wird Russland möglicherweise schon „das Märchen über das arme Europa“ beenden müssen, welches Washington „zwingt“, eine destabilisierende Militärstruktur an den Grenzen zur Russischen Föderation zu stationieren, Sanktionen zu verhängen und Russland aufzuwiegeln. Und Moskau wird eine

entsprechende Verteidigungspolitik an dem dann wirklich bereits europäischen Abschnitt betreiben.

Russland ist nicht nur ein wichtiger, sondern auch ein verantwortungsvoller Teilnehmer des Systems der internationalen Sicherheit. Es ohne Russland, Russland zuwider aufzubauen, Russland als Feind zu haben, ist unrealistisch und verderblich. Doch unter den heutigen Umständen der höheren Gewalt (die, so hoffen wir, nicht ewig sind) muss dieses System eine zuverlässige Versicherung besitzen. Und wenn diese Rolle teilweise die militärische Stärke der Russischen Föderation erfüllt, so muss man das als gegeben akzeptieren. Natürlich kann man hysterisch von einer Rückkehr der Zeiten des Kalten Krieges sprechen und sagen, Butter wäre besser als Kanonen, und beobachten, wie die Stabilität und die Sicherheit, das militärstrategische Gleichgewicht zerstört werden.

Allerdings kann man beim vernünftigen Nachdenken auch zu einer anderen Schlussfolgerung kommen. Und zwar: In der gegenwärtigen Etappe und in der gegebenen konkreten Situation, solange die Welt „nicht zu sich kommt“, ist für Russland der „Kampf um den Frieden“, die Gewährleistung der effektiven und zuverlässigen nationalen, aber ebenso, wir betonen es, der internationalen Sicherheit in erster Linie die Arbeit zur Festigung und Vervollkommnung seiner militärischen Komponente.

Selbstverständlich, ohne dabei die anderen Komponenten der gesamten Stärke des Landes in ihrer Systemeinbindung (ebenso die Möglichkeiten eines positiven Einwirkens in der Weltarena) zu vergessen.

Heute, unter den Bedingungen der Krise, der Sanktionen, des beispiellosen Drucks auf Russland, der Folgen der Stagnation in der vorhergehenden Etappe ist die militärische Tätigkeit teilweise dazu berufen, jene Bresche zu schließen (sie muss noch liquidiert werden), die sich vor dem Hintergrund der ungelösten Probleme in der Gesamtstärke des Landes wegen ihrer nicht optimalen anderen Komponenten in der Sphäre der „weichen Stärke“ – der Wirtschaft, der technischen Sphäre, der Ideologie – gebildet hatte. Und solange das ganzheitliche und komplexe System der nationalen Sicherheit der Russischen Föderation, die die Entwicklung und den würdigen Platz Russlands in der Weltordnung der Zukunft bedingt, nicht zuverlässig aufgebaut sein wird, lastet auf der Verteidigungs- und Verteidigungsindustrie-Sphäre der Russischen Föderation eine ernsthafte zusätzliche und sehr große Verantwortung für die Geschehnisse des Landes.

Es sei wiederholt, wir missachten in keinem Fall die Möglichkeiten der Frieden stiftenden Tätigkeit, andere Kontakte im Rahmen der internationalen Beziehungen in der Verteidigungssphäre. Und selbst unter den jetzigen schwierigen Umständen müssen maximal

die Kanäle für Kontakte und die Teilnahme an gemeinsamen Programmen und Projekten erhalten bleiben. Das sind der Weltraum – die ISS, die Verhütung globaler Kriege, die gegenseitige Unterstützung auf hoher See usw. Zwischen den Möglichkeiten, Absichten und den realen Bedrohungen muss ein starker Puffer des positiven Zusammenwirkens existieren. Und zweifellos muss man über die Herausbildung einer Tagesordnung realer gemeinsamer Interessen, darunter zur Aufdeckung allgemeiner Bedrohungen der Sicherheit, zum Überleben der Menschheit nachdenken, was das politische und militärpolitische Zusammenwirken erwünscht und realisierbar machen würde. Das können auch traditionelle Fragen einer Begrenzung militärischer Vorbereitungen, einer Reduzierung des Niveaus der gegenseitigen Bewaffnung sein. Aber was ist zu tun, wenn es all das nicht gibt, oder es sich in einem eingefrorenen Zustand befindet, und erst recht, wenn es zielgerichtet zerstört wird, sich in eine Null und sogar in ein Minus verwandelt?

Es ist konterproduktiv, bei einer Analyse der Krisenerscheinungen in den russisch-westlichen Beziehungen alles auf die eine – die westliche – Seite zu schieben. Wie der König in einem bekannten Stück sagte, hätten wir alle irgendwo nicht recht gehabt. Russland wird heute ignoriert, dämonisiert, man bemüht sich, es nicht einmal deshalb einzuzäunen, weil es angeblich Fehler macht, sich



in der Weltarena „nicht dem Rang nach“ benimmt. Sondern deshalb, weil es ungenügend stark ist, und Schwäche verzeiht man in viel größerem Maße nicht als einen Mangel an Verträglichkeit und Toleranz.

In der erweiterten Kollegiums-Sitzung des Föderalen Sicherheitsdienstes (FSB) im März 2015 äußerte der Präsident der Russischen Föderation Wladimir Putin die Meinung, dass Russland vor allem nicht nur in militärischer Hinsicht stark sein müsse. Gerade dann werde es ein attraktiver und gewünschter Partner sein, darunter beim Aufbau der neuen multipolaren und multivektoralen Weltordnung. Die globale Krise werde nicht ewig sein, ebenso wie die Krise der russisch-westlichen Beziehungen. Und Russland müsse imstande sein, dieser neuen Entwicklungsetappe in voller, und nicht nur in Gefechtsbereitschaft, zu begegnen.

**Schlüsselworte:** Globale Systemkrise, hybrides Gegenüberstehen, asymmetrische Zügelung, „harte“ und „weiche“ Stärke.

# **Die schwere Rolle des gelobten Landes**

**Iwan KRAWTSCHENKO**

Zweiter Sekretär des Generalsekretariats des Außenministeriums

Russlands,

Kandidat der politischen Wissenschaften

Eine beliebige Krise ist eine Zerreißprobe des Staatssystems, die seine verborgenen Fehler und verletzbaren Stellen aufdeckt. Für die Staaten Europas, die wie Gott in Frankreich lebten, wurde heute der in seinem Ausmaß kolossale Zustrom von Zuwanderern aus der von Konflikten zerrissenen Region des Nahen Ostens und Nordafrikas eine solche Krise. Obwohl man an deren „spontanem Entstehen“ zweifeln kann: hatte sie doch viel zu plötzlich eingesetzt. Es offenbart sich eine Ursache-Folge-Verbindung, die Ströme haben eine Richtung, es ist ein Transitschema zu erkennen. Offensichtlich sieht sich der Westen, der es gewohnt ist,

kleine Probleme still zu regeln, und sich große, wie etwa die „russische Bedrohung“, laut auszudenken, mit einer solchen Herausforderung erstmals konfrontiert.

Die Praxis zeigt, dass in dem gemeinsamen gesamteuropäischen Glück alle Mitgliedsstaaten der EU gemeinsam glücklich sind, doch unter den Problemen, darunter eines gesamteuropäischen, makroregionalen Niveaus, leiden sie alle für sich allein, wobei sie oft versuchen, die Schuld, die Verantwortung oder einen Teil der Kosten zu dessen Regelung auf irgendeinen Nachbarn abzuwälzen. Sie beeilen sich auch nicht, die hilfreiche Hand zu reichen, da es für sie selbst nicht reichen könnte: alle haben sie Wahlen, innenpolitische Gegner, alle müssen sie sich an der Macht halten. Der gegenwärtige Migrationsstrom ist auch keine Ausnahme. Ein jeder baut seine eigene Arche, nur verfügt keiner über klare und erst recht nicht über universale Anleitungen zu ihrem Bau.

Die Problematik des gegenwärtigen Menschenzustroms aus den Ländern des Nahen Ostens und Nordafrikas, darunter im Kontext ihres europäischen Vektors, ist äußerst mannigfaltig. Hier

existiert der humanitäre Aspekt: ein Konglomerat persönlicher Tragödien der vom Krieg vertriebenen Menschen, die in ihrer Heimat keine Zukunft haben, denen die Existenzmittel genommen sind, die bis zum Äußersten getrieben sind und deshalb zu Verzweiflungstaten fähig sind. Bedenkt man, in welcher Welt wir leben, kann sich ein jeder von uns an ihrer Stelle erweisen.

Aus dem ökonomischen Blickwinkel sieht man es anders: Es ist ein praktisch unkontrollierbarer Bevölkerungszustrom, den man irgendwie unterbringen und auf Staatskosten, das heißt auf Kosten der Steuerzahler, also der Wähler, unterhalten muss.

Im soziokulturellen Sinn wächst damit stark die Zahl der Personen mit völlig anderer Religion und Kultur, mit anderen Traditionen, einer anderen Weltauffassung. Die erzwungene Nachbarschaft mit ihnen wird unvermeidlich die Unzufriedenheit der einheimischen Bevölkerung wecken, egal wie tolerant sie sein mag, und eine negative Reaktion der Einwanderer provozieren, indem sie den Weg für verschiedenste Radikale öffnet.

Vom Standpunkt der Sicherheit aus betrachtet werden mit dem schlecht kontrollierbaren Zustrom von Flüchtlingen aus dem Nahen Osten auch Anhänger des radikalen Islams in Europa eindringen, die Agenten des „Islamischen Staates“, die, indem sie konspirative Netzwerke schaffen, auf dem Territorium der EU eine Informations- und Propagandatätigkeit, eine Anwerbungs- und terroristische Tätigkeit entfalten werden. Es sei auch bemerkt, dass eine solche fließbandartige Bewegung von Menschen durch Transitstaaten und die EU-Grenze allem Anschein nach ein sehr einträgliches illegales Business ist, dessen Organisator oder Aktionär durchaus der IS sein kann. Schließlich wird sich mit dem ständigen Zustrom einer solchen Flüchtlingsmenge unvermeidlich auch die Zahl der sozialen Konflikte und Straftaten erhöhen: Verstöße gegen die öffentliche Ordnung, Schlägereien, Diebstahl u. a. Wie man den Nachrichtenreportagen entnehmen kann, sind bei weitem nicht alle Neuankömmlinge, gelinde gesagt, konstruktiv gestimmt.

Die oben aufgezählten Aspekte verschärfen die alten und schaffen neue Probleme, Faktoren der Instabilität, die es ohne überflüssiges Aufsehen zu neutralisieren gilt. Im Rahmen der politischen Dimension besteht die Hauptaufgabe darin, die Antwort auf die Frage zu finden: Was ist zu tun? (Auf die Frage, wer schuld sei, wird man später die Antwort finden.)

Nehmen wir zum Beispiel Deutschland, eines der am besten versorgten Staaten der EU, und folglich ein erwünschtes Ziel der Zuwanderer, ein gelobtes Land. Hier füllt die Krise um den Flüchtlingszustrom praktisch den gesamten Media-Raum.

Das ist kaum erstaunlich, denn die Situation wirkt freudlos und stimmt nicht optimistisch. In die BRD kommen 40 Prozent aller Asylsuchenden, die in Europa eintreffen. Die Tatsache, dass sich den Zuwanderern aus dem Nahen Osten und Nordafrika auf der Suche nach einem leichten Leben auch Leute aus Albanien, Bosnien und Herzegowina und dem Kosovo anschließen, verschärft das Problem zusätzlich. Nach den Angaben des Bundesinnenministers Thomas de Maizière kann die Zahl der

Flüchtlinge in der BRD bis auf 800 000 zum Jahresende 2015 ansteigen<sup>1</sup>. Die Flüchtlingslager und die Behörden vor Ort schaffen die Registrierung und Erfassung der Eintreffenden nicht mehr. Die Aufnahmezentren sind überfüllt. Die Behörden richten in aller Eile provisorische Aufnahmelager für Zuwanderer auf der Basis der sozialen und militärischen Infrastruktur ein. Um den anwachsenden Zustrom in die BRD „zu verdauen“, fehlt es an Mitteln.

Die finanzielle Seite ist – wenn auch inoffiziell, wohl der erste Punkt auf der Tagesordnung. Wie hoch der Unterhalt der Zuwanderer dem deutschen Steuerzahler zu stehen kommt, verschweigt die Regierung. Das sind die Ausgaben für die Unterbringung, die medizinische Versorgung, den Unterhalt, und jenen, die das Glück haben, bleiben zu dürfen, sind es auch die Auszahlungen für die Kinder – für Schule, Kindergarten u.a. Insgesamt sind es etwa 10 000 Euro je Flüchtling im Jahr.

Laut der deutschen Gesetzgebung sind die Regional- und Lokalbehörden für die Aufnahme der Asylsuchenden und ebenso

für die damit verbundenen Ausgaben verantwortlich. In der BRD haben die Flüchtlinge kein Recht auf Arbeit oder Ausbildung, Sprachkurse ausgenommen, das heißt, laut Gesetz können sie sich nicht selbst versorgen, schon ganz zu schweigen davon, dass sie irgendeinen Beitrag zum Staatsetat leisten. Demnach werden für diese Menschen unvermeidlich Milliarden Euro ausgegeben. Es sei bemerkt, dass das alles vor dem Hintergrund des realen Bedürfnisses Deutschlands an etwa 400 000 qualifizierten Arbeitskräften geschieht. Und praktisch sind es so viele, wie jetzt auf jegliche Weise in das Land einreisen.

Angela Merkel charakterisierte die Situation in ihrem ZDF-Interview am 16. August dieses Jahres als insgesamt unbefriedigend<sup>2</sup>. Dabei sprach sie von der BRD als auch von der EU insgesamt. Die Kanzlerin äußerte faktisch die allgemeine Position der deutschen Behörden: Allein werde man dieses soziale Unglück nicht meistern können, man müsse unweigerlich die Arbeit mit den Partnern in der Europäischen Union zur Aufteilung der Zuwanderer festigen, wo jedes Land einen Teil der Verantwortung



übernehmen müsse.<sup>3</sup> Nach der Rettung Griechenlands können das Thema der Zuwanderer und die Gewährleistung des Asylrechts ein neues europäisches Projekt werden, in dem die Mitgliedsländer der Europäischen Union ihre Fähigkeit unter Beweis stellen müssen, resultativ als ein Team zu wirken.

Die Regierung besitzt kein einheitliches Rezept zur Bekämpfung dieser Krise. Unter den Vorschlägen werden insbesondere die Erweiterung des Kontrollpersonals des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge sowie die Reduzierung der Bearbeitungsfrist der Anträge auf Zuerkennung des Flüchtlingsstatus genannt. Es werden Maßnahmen zur Verbesserung der Bedingungen für die Arbeitsmigration genannt.

Eine vernünftige Variante ist die Optimierung der Beihilfen und deren Ersatz durch Lebensmittel. Denn die Summen, die Flüchtlingen ausgezahlt werden, sind mit dem Durchschnittsgehalt zum Beispiel in Albanien und Kosovo vergleichbar oder sogar noch höher. Es wird ebenso vorgeschlagen, sie niedriger als das Arbeitslosengeld für deutsche Staatsbürger zu machen.

Es erklangen auch Ideen, den Status sogenannter „sicherer Herkunftsländer“ auf einige Balkan-Länder auszudehnen – auf Albanien, Montenegro, die Republik Kosovo, was erlaubt, den Bürgern dieser Staaten ein politisches Asyl zu verweigern und sie im vereinfachten Verfahren in ihre Heimat abzuschieben. Auf diese Weise soll der Flüchtlingszustrom um 40 Prozent reduziert werden. Es sei bemerkt, dass sich eine ähnliche Vorgehensweise hinsichtlich Serbiens, Bosniens und Herzegowinas sowie Mazedoniens nicht gerechtfertigt hatte – die Zahl der Zuwanderer aus diesen Ländern stieg um 23 Prozent.

Wie das alles funktionieren wird, was und in welchem Maße sich als effektiv erweist, wird die Zeit zeigen. Die wirtschaftlichen Fragen sind im gegebenen Fall nur halb so schlimm. Die Situation droht, die Sicherheit, die soziale Stabilität und die öffentliche Ordnung zu untergraben, und das nicht allein in der BRD, sondern im gesamteuropäischen Maßstab. Aus dem allgemeinen Strom der in Deutschland Eintreffenden die im „Auftrag des IS“ Gekommenen herauszufiltern, ist recht schwierig. Bisher haben sie nicht zu den

Waffen gegriffen, sie betreiben keine aktive Propaganda- und Anwerbungstätigkeit, sie sind ebensolche unglücklichen und elenden Flüchtlinge. Den Behörden ist bestens bewusst, dass diese Vertreter der neuen terroristischen Internationale Zeitbomben sind, deren Uhr bereits tickt.<sup>4</sup>

Es ist kaum erstaunlich, dass der anwachsende Zuwandererstrom mit der stark aktiver gewordenen Propaganda des „Islamischen Staates“ zusammenfällt, die nicht nur die traditionelle Infrastruktur der Moscheen und salafistischen Gemeinden nutzt, sondern immer mehr das Internet und die sozialen Netzwerke. Die Popularität des IS unter den Bürgern Deutschlands, darunter auch unter den Deutschen selbst, erstarkt. In den Reihen der muslimischen Jugend wird die Teilnahme am globalen Dschihad in diesem oder jenem Maße modern und die Grundlage der „Autorität“. Im Jahr 2015 erreichte die Zahl jener Islamisten, die aus Deutschland zur Teilnahme an den Kampfhandlungen und zu anderen „Arbeiten“ in den Irak und nach Syrien gefahren waren, die Rekordzahl von

700 Personen. Ein Drittel von ihnen ist erfolgreich in die BRD zurückgekehrt.<sup>5</sup>

Die deutschen Politiker und Massenmedien versuchen einmütig, den kumulativen Effekt der oben beschriebenen Probleme auf die Stimmungen in der Gesellschaft herabzumindern, um die soziale Stabilität zu erhalten, aber dennoch wächst das skeptische und oft auch feindselige Verhältnis der Deutschen gegenüber den Zuwanderern. Mehr noch, vor dem Hintergrund der sich mehrenden Zahl der Flüchtlinge in der BRD ist die Verbreitung rechtsextremistischer und rassistischer Stimmungen, die sich vor allem gegen den Islam und die Migranten richten, zu verzeichnen. Die Zahl der Überfälle auf Moscheen und andere muslimische Institutionen, ebenso auf Heime für Asylsuchende nimmt zu. Vor den Orten ihrer Unterbringung kommt es zu spontanen Meetings und Ausschreitungen. Die Diskriminierung im Alltag – in Schulen, bei der Einstellung von Arbeitskräften usw. nimmt zu.

Die Position der Behörden, die im Grunde genommen ein Verschweigen und Ignorieren des Problems ist, aber ebenso die

Versuche, alle Vorfälle den Neonazis und ultrarechten Marginalen zuzuschreiben, bleiben fruchtlos, oft bewirken sie das Gegenteil. Es geschieht, was unter Krisenbedingungen entschieden unakzeptabel ist – die Bürger gewinnen den Eindruck, dass die Regierung die Lage nicht kontrolliert, dass sie gegenüber den sich häufenden Problemen machtlos ist und deren Regelung ignoriert, indem sie den Kopf in den Sand steckt.

Die Proteststimmungen erlangen mit dem Maß der Konsolidierung der Unzufriedenen einen Systemcharakter, sie hören auf, sporadisch zu sein, und beschränken sich nicht mehr ausschließlich auf die Alltagsebene. Ein deutliches Beispiel ist hierfür die deutsche Bürgerinitiative „Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes“ (PEGIDA). Es ist eine junge Bewegung, sie wurde im Oktober 2014 in Dresden geschaffen (hier sei bemerkt, dass Dresden nach Angaben von 2012 eine Stadt mit dem niedrigsten Ausländeranteil ist – 7 Prozent, und in Sachsen leben mit 2,8 Prozent der Bevölkerung die wenigsten Zuwanderer).<sup>6</sup>

Doch in nur einem Jahr gelang es ihr, sich aus einer Vereinigung der Gegner der Einwanderungspolitik der Behörden in eine gesamt-nationale Protestplattform zu verwandeln, die Unzufriedene mit diesen oder anderen Aspekten der Innen- und Außenpolitik der Bundesregierung vereinigt.<sup>7</sup>

Die Bewegung zieht immer mehr Anhänger an, indem sie eine Nische für die Oppositionäre zu den Parteien der rechten und linken Mitte wird. Nach den in der Zeitung „Die Zeit“<sup>8</sup> veröffentlichten Angaben sympathisieren 49 Prozent der befragten BRD-Bürger der Bewegung, 39 Prozent sind mit ihren Aktivitäten völlig solidarisch. Dabei sind 73 Prozent der Bürger wegen der Gefahr des radikalen Islams besorgt.

Bemerkenswert ist, dass die Basis der Dresdener Initiative nicht etwa Vertreter ultrarechter marginaler Gruppen darstellen, sondern die Tragstütze der deutschen Stabilität – die hochgebildete Mittelklasse. Nach den Angaben einer soziologischen Umfrage sind 70 Prozent der Teilnehmer Arbeiter und Staatsbeamte, das Durchschnittsalter beträgt 48 Jahre. Als Grund für ihren Anschluss

an diese Bewegung nannten nur 15 Prozent der Befragten die Unzufriedenheit mit der Migrationsgesetzgebung und dem Zustrom von Flüchtlingen aus muslimischen Ländern. Die überwiegende Mehrheit – 54 Prozent – sind mit der Politik der Bundesbehörden insgesamt und 20 Prozent – mit der mangelnden Objektivität der Massenmedien unzufrieden.<sup>9</sup>

Am 12. Januar 2015 fand in Dresden die umfangreichste Aktion der Bewegung statt, die mehr als 25 000 Menschen versammelte.<sup>10</sup> Von gewissen politischen Erfolgen spricht auch jene Tatsache, dass bei den Wahlen des Dresdener Oberbürgermeisters am 7. Juni 2015 die Kandidatin der PEGIDA, Tatjana Festerling, 9,6 Prozent der Stimmen erhielt, wobei ihr bei zuvor durchgeführten Umfragen nur 1-2 Prozent vorausgesagt worden waren.<sup>11</sup> Eine Hauptlosung der Festerling im Zuge des Wahlkampfes war die „Wiedergeburt“ der deutschen Kultur und die Kritik der Zuwanderer und Flüchtlinge, ihre Heimat des leichten Lebens und der staatlichen Zuwendungen zuliebe aufzugeben zu haben.<sup>12</sup> Vor fünf bis zehn Jahren wären derartige öffentliche Erklärungen über

die „Wiedergeburt“ im Geiste der frühen 1930er Jahre überhaupt undenkbar gewesen, nun aber gelangen sie allmählich, Schritt für Schritt in den politischen Mainstream.

Derartige populistische Losungen untermauert in seinem Artikel „Germany: PEGIDA is ‚an unexpected flash of patriotism‘“ der Leiter des Projekts „Jihad Watch“ Robert Spencer: „Nach dem Zweiten Weltkrieg und dem Holocaust lehrte man die Deutschen, ihr Land und sich selbst zu hassen ... Jetzt ist bei ihnen das Gefühl aufgetaucht, dass Deutschland ein Land ist, in dem man mit Würde leben kann, und dass die Deutschen ein Volk sind, das das Recht auf ein gutes Leben im mit eigener beharrlicher Arbeit wiedergeschaffenen Land verdient haben ... Ihr Patriotismus – das ist keine Feindseligkeit gegenüber den Zuwanderern, es ist die Liebe zu ihrem Vaterland.“<sup>13</sup> Als subjektive Ansicht besitzt das natürlich eine Existenzberechtigung, und daran ist auch etwas wahr. Doch ich muss sagen, dass praktisch ein beliebiger gebildeter Deutscher, der derartige Worte hört, sie als grobe Provokation einschätzen würde.



Diejenigen, die die PEGIDA unterstützen, vermuten, dass die Kritik der Bewegung in den deutschen Medien schablonenhaft, nicht objektiv sei und sich negative Einschätzungen nicht auf Fakten stützen würden. Es wird insbesondere nicht erwähnt, dass bei den Aktionen neben antiislamischen Losungen eine Kritik an der Europa-Politik der BRD, an der Teilnahme der Bundeswehr an Nato-Einsätzen, an der Migrationspolitik der EU – an den Verteilungsquoten zur Aufnahme von Flüchtlingen unter den europäischen Staaten, an den Privilegien, die Einwanderer vor dem Hintergrund der Kürzung finanzieller Zuwendungen für die einheimischen Bürger genießen, erklingt. Es wird auch die Tatsache ignoriert, dass die Bewegung die Politik negativ einschätzt, im Fahrwasser der Interessen der USA zu folgen, oft zum Schaden der eigenen Interessen, darunter auch in der russischen Richtung.<sup>14</sup>

Das von der deutschen Führung gewählte und über die Massenmedien realisierte Schema gegen die PEGIDA trägt nur dazu bei, weitere Anhänger in ihre Reihen zu bringen, insbesondere jene, die sich in der Opposition zu den Kräften der Mitte befinden.

Die harte Kritik von Seiten Angela Merkels<sup>15</sup>, der nicht vorhandene Wunsch der Bundesbehörden, Kontakt zu den Protestierenden aus der PEGIDA aufzunehmen, um politische Punkte zu verdienen und einen Teil der potentiellen Wählerschaft aus der antiislamischen Bewegung herauszuziehen, schätzen selbst Kollegen der Kanzlerin in der Parlamentsfraktion als Fehler ein.<sup>16</sup>

Allein für sich genommen sind das Entstehen der Dresdener Bewegung und ihre ersten Erfolge als Schirmstruktur für Unzufriedene mit dem aktuellen Kurs der Landesführung nicht nur die Antwort der politisch aktiven Öffentlichkeit auf den starken Zuwandererstrom, sondern auch die direkte Folge der gescheiterten Multikulti-Politik der Führung der BRD.

Schon im Jahr 2010 hatte Thilo Sarrazin in seinem Buch „Deutschland schafft sich ab“<sup>17</sup> geschrieben, die Macht in Deutschland interessiere sich weder für die Zuwanderer noch für deren Probleme. Für die Eliten, die in einer relativ geschlossenen Sphäre eines hohen materiellen Wohlstands leben, sind die Zuwanderer jene, die den Müll wegräumen und den Fußboden

wischen, aber ebenso ein gewisser Hintergrund bei einer zufälligen Fahrt durch den Berliner Stadtbezirk Neuköln. Real wurde für die Lösung der Probleme der Einwanderer, für ihre erfolgreiche Assimilation in der deutschen Gesellschaft nichts getan. Der Multikulturalismus und die Toleranz bestanden darin, die mit den Flüchtlingen, den Zuwanderern, die kompakt in Diaspora siedeln, verbundenen Probleme zu mildern oder noch besser stillzuschweigen. Das heißt, man ignorierte die Problematik der zwischenethnischen und interreligiösen Beziehungen. Die deutsche politische Elite, die die aktuellen Probleme des Landes im untrennbaren Zusammenhang mit ihren Ratings interessierten, handelte zugunsten der augenblicklichen Konjunktur. Sie konzentrierte ihre Bemühungen und den Blickwinkel der Medien vor allem auf jene Aufgaben, deren Regelung keine langfristigen Bemühungen und Mittel ohne sichtbares Ergebnis in der kurz- und mittelfristigen Perspektive erforderten.

Doch damals war der Maßstab der Schwierigkeiten gering – man konnte sie einfach nicht beachten und den Sarrazin als

schwachsinnigen, verrückten alten Mann abstempeln und ihn dann einfach vergessen. Und das wurde auch getan. Heute, so sehen wir, wird es nicht gelingen, den leichten Weg zu gehen. Die Probleme haben stürmisch solche Maßstäbe angenommen, wo es teuer zu stehen kommt, sie zu verschweigen. Und eine Regelung erfordert kolossale Mittel und viel Zeit. Dabei garantiert keiner das gewünschte Ergebnis.

Trotzdem befindet sich die Situation noch nicht in einem unkontrollierbaren Trudeln. Diese Prüfung stellt noch keine Existenzgefahr für Deutschland dar. Einem außenstehenden Beobachter scheint natürlich, dass die deutschen politischen Eliten und die Massenmedien in ihrer aggressiven Political Correctness und Toleranz bis zum Absurden gehen. Aber so scheint es nur: Hier gibt es ein Element der gesunden politischen Heuchelei. Dort sind durchaus vernünftige Leute an der Macht, die verstehen, dass das Problem geregelt werden muss. Und zwar möglichst schnell. Ansonsten wird sich, grob gesagt, die Macht nicht am Ruder halten können, und die sie unterstützenden Financiers und

Industriellen werden unter den Bedingungen einer sozialen Instabilität mehr verlieren als verdienen.

Diesem muss auch deshalb große Aufmerksamkeit geschenkt werden, weil bis zu den nächsten Bundestagswahlen in der BRD zwei Jahre verbleiben. Die Triebräder, die den Wahlkampf in Schwung bringen, sind bereits angekurbelt. Der mit den Migranten verbundene Fragenkomplex verwandelt sich in eine Waffe innenpolitischer Kämpfe: Jeder will der Humanste, Fürsorglichste, Gerechteste, Sparsamste und Scharfsichtigste sein, wobei die Opponenten mit Schmutz beworfen werden. Hauptsache, das es, sollte es notwendig werden, nicht stört, wenn auch insgeheim, aber dennoch die Bemühungen zu vereinigen und das Problem zu lösen, das Deutschland ernsthafte finanzielle und soziale Kosten zu bringen droht.

Die Partie muss schön gespielt werden, alles muss ohne überflüssiges Aufsehen getan werden, um zu zeigen, dass die Regierung fest auf ihren Füßen steht und sich der Kritik nicht beugt. Der Durchschnittsbürger wird natürlich etwas fürs

Vaterland leiden müssen. Aber dafür ist die Mittelklasse ja auch die Stütze des deutschen Prosperierens, um als lebendiger Schild alles Unheil vom Vaterland abzuwenden. Für die Fehler der Herrscher wird sich jedoch das Volk verantworten müssen. Die Geschichte wird von den Siegern geschrieben.

1. De Maiziere rechnet mit 800.000 Flüchtlingen // Zeit Online. 2015. 19 August // [www.zeit.de](http://www.zeit.de)

2. Amtliche Site des ZDF // [www.heute.de/bundeskanzlerin-angela-merkel-im-zdf-sommerinterview-39729302.html](http://www.heute.de/bundeskanzlerin-angela-merkel-im-zdf-sommerinterview-39729302.html)

3. Siehe ebenso: «Flüchtlingskrise ist Jahrhundertaufgabe». Interview mit Frank-Walter Steinmeier // Rheinische Post. 2015. 8 August // <http://www.rp-online.de/politik/deutschland/frank-walter-steinmeier-im-interview-fluechtlingskrise-ist-jahrhundertaufgabe-aid-1.5296433>

4. Todehöfer Jürgen. Eine Fünf-Säulen-Strategie zur Bekämpfung des IS // Berliner Zeitung. 2015. 21 Juli // [http://www.berliner-](http://www.berliner-zeitung.de)

zeitung.de/politik/gastbeitrag-zur-terrorbekaempfung-eine-fuenf-saeulen-strategie-zur-bekaempfung-des-is,10808018,31267630.html

5. Antwort der Bundesregierung auf die Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen / Deutscher Bundestag // <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/053/1805351.pdf>

6. Germany's anti-Islam Pegida makes surprise gains in first election bid // The Guardian. 2015. 8 June // <http://www.theguardian.com/world/2015/jun/08/germanys-anti-islam-pegida-makes-surprise-gains-in-first-election-bid>

7. Gärtner M. Der PEGIDA-Put: Merkels gefährliche Wette. 2015. 5 Januar // <http://info.kopp-verlag.de>

8. Jeder Zweite sympathisiert mit Pegida // Die Zeit. 2014. 15 Dezember // <http://www.zeit.de/politik/deutschland/2014-12/islam-pegida-fluechtlinge-deutschland-umfrage>

9. Vorländer H. Wer geht zu PEGIDA und warum? // Technische Universität Dresden. 2015. 20 Januar // <http://tu->

dresden.de/die\_tu\_dresden/fakultaeten/philosophische\_fakultaet/  
ifpw/poltheo/news/vorlaender\_herold\_schaeller\_pegida\_studie

10. Arnett George. German anti-immigration movement is still only a minor force // The Guardian. 2015. 13th January // <http://www.theguardian.com/news/datablog/2015/jan/13/german-anti-immigration-party-only-minor-force-pegida>

11. agerwahlkampf zur zweiten Runde der OB-Wahl in Dresden // Focus Online. 08.06.2015 // [http://www.focus.de/regional/dresden/wahlen-ob-wahl-in-dresden-bereits-18-prozent-wahlbeteiligung\\_id\\_4733375.html](http://www.focus.de/regional/dresden/wahlen-ob-wahl-in-dresden-bereits-18-prozent-wahlbeteiligung_id_4733375.html)

12. Germany's anti-Islam Pegida ...

13. Spencer Robert. Germany: PEGIDA is «an unexpected flash of patriotism»/ Jihad Watch // <http://www.jihadwatch.org/2015/01/germany-pegida-is-an-unexpected-flash-of-patriotism>

14. Paul Henry. Pegida steht auf gegen Regierungslügen // Contra Magazin. 22. Januar 2015 // <http://www.contra-magazin.com/2015/01/pegida-steht-auf-gegen-regierungsluegen/>



15. Neujahrsansprache der Kanzlerin: Merkel prangert Hass bei Pegida-Märschen an // Spiegel Online. 31.12.2014 // <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/merkel-kritisiert-pegida-bei-neujahrsansprache-scharf-a-1010785.html>

16. Friedrich macht Merkel für Pegida verantwortlich // Die Welt. 27.12.2014 // <http://www.welt.de/politik/deutschland/article135786197/Friedrich-macht-Merkel-fuer-Pegida-verantwortlich.html>

17. Sarrazin Thilo. Deutschland schafft sich ab: Wie wir unser Land aufs Spiel setzen. München: Deutsche Verlags-Anstalt, 2010.

**Schlüsselworte:** Deutschland, Einwandererzustrom, IS, PEGIDA.

# **Die Welt stabil und sicher machen**

**Sergej LAWROW**

Außenminister Russlands

Der 70. Jahrestag der Gründung der Organisation der Vereinten Nationen wurde das größte internationale Ereignis des Jahres. Zur Jubiläumssitzung der Vollversammlung der UNO kamen mehr als 150 Staats- und Regierungschefs. Allein diese Tatsache zeugt von der breiten Anerkennung der einmaligen Rolle, die die UNO, gebildet mit dem Hauptziel, eine Wiederholung der Tragödie des Zweiten Weltkrieges nicht zuzulassen, in den heutigen internationalen Beziehungen als deren zentraler koordinierender Mechanismus spielt.

Die Atmosphäre bei den politischen Diskussionen in der Vollversammlung war in diesem Jahr in bedeutendem Maße vom Einfluss der Rede des Präsidenten der Russischen Föderation

Wladimir Putin geprägt. Der russische Staatschef gab eine klare Einschätzung der nicht einfachen Situation in der heutigen Welt, er umriss die wichtigsten „Schmerzpunkte“ der internationalen Beziehungen und schlug konkrete Maßnahmen zur Regelung der akutesten Konflikte in der Welt vor. Das Leitmotiv der Rede von Wladimir Putin wurde der Aufruf zur Vereinigung der Bemühungen, um die Welt stabil und sicher zu machen, um günstige Bedingungen für die nachhaltige Entwicklung aller Staaten zu schaffen.

Viele stimmen darin überein, dass die gegenwärtige Etappe der weltweiten Entwicklung gekennzeichnet sei durch eine Zuspitzung der Konkurrenz im Prozess der Herausbildung des neuen internationalen Systems, das berufen ist, den Realitäten des 21. Jahrhunderts zu entsprechen. Die Welt verändert sich, es erfolgt eine Umverteilung des globalen Gleichgewichts in Richtung der Kraft- und Einflusszentren, die sich außerhalb des westlichen Areals befinden, das jahrhundertlang gewohnt als tonangebend in Politik und Wirtschaft betrachtet wurde.

Allerdings ist der sogenannte „historische Westen“ vorerst nicht bereit, sich mit der relativen Verringerung seines Gewichts in den globalen Angelegenheiten abzufinden. Die USA fahren fort, darauf zu bestehen, dass nur sie imstande seien, die Führung in Entscheidungen zu, im Grunde genommen, beliebigen internationalen Problemen zu gewährleisten, und dass es den anderen beschieden sei – in den Spuren der von Washington geführten westlichen Allianz zu folgen. Das widerstrebt jedoch jenen Völkern – und sie sind heute in der Mehrheit, die ihre Zukunft selbst bestimmen, die die Modelle der eigenen Entwicklung frei wählen und ihre Kultur und Traditionen behüten wollen.

Die Konkurrenz in internationalen Angelegenheiten ist eine gewöhnliche, normale Erscheinung. Es ist völlig natürlich, dass ein jeder Staat bestrebt ist, seinen Beitrag zur Bestimmung der Umriss der sich herausbildenden Weltordnung einzubringen und die Gewährleistung der eigenen Interessen zu erwirken. Prinzipiell ist jedoch wichtig, dass diese Prozesse im zivilisierten Rahmen

bleiben, den für alle geltenden Regeln entsprechen, das heißt, dass sie, wenn man von den internationalen Angelegenheiten spricht, in den Rahmen des Völkerrechts passen, dessen Fundament die Satzung der UNO ist. Das bedeutet, dass alle Akteure in der Weltpolitik die zentrale Rolle der UNO, die Hauptverantwortung ihres Sicherheitsrates in Fragen der Erhaltung des Friedens und der Sicherheit anerkennen müssen. Das Wesen der Tätigkeit des Sicherheitsrates der UNO besteht nicht darin, eine völlige Ideenharmonie zwischen seinen Mitgliedern herzustellen – in der heutigen so widersprüchlichen Welt ist das einfach unmöglich, – sondern darin, ausgewogene Entscheidungen auszuarbeiten, die die gegenseitigen Interessen berücksichtigen.

Leider betrachten bislang nicht alle Staaten die UNO durch das Prisma solcher Vorstellungen. War in der Zeit des Kalten Krieges die Tätigkeit des Systems der UNO in bedeutendem Maße durch das Gegenüberstehen der zwei Weltsysteme gehemmt, so zeichnete sich in der letzten Zeit seitens einiger westlicher Staaten, vor allem der USA, die Tendenz ab, die Mechanismen der UNO,

einschließlich des Sicherheitsrates, in Instrumente zur Bedienung der eigenen Interessen zur Gewährleistung der eigenen Dominanz in der Welt zu verwandeln. Gelingt das aber nicht, so werden Handlungen unter Umgehung der UNO unternommen, einschließlich gewaltsamer Mechanismen und der Einmischung in die Angelegenheiten souveräner Staaten bis hin zur Förderung von Staatsumstürzen, zum Machtwechsel auf nicht verfassungsmäßigem Wege.

Wie in New York Wladimir Putin betonte, sei das ein gefährlicher Weg. Die Versuche, an der Autorität und Legitimität der UNO zu rütteln, können zu einem Zusammenbruch der ganzen Architektur der internationalen Beziehungen, zur Zunahme der Konflikte, zur Erweiterung des Raumes von Chaos und Gesetzlosigkeit führen. Die Ereignisse der letzten Zeit zeugen davon, dass praktisch in keinem einzigen Land, wo derartige Methoden angewandt wurden, die zu Beginn der entsprechenden Kampagnen deklarierten Ziele erreicht wurden.

Und umgekehrt, wenn die führenden Staaten, vor allem die ständigen Mitglieder des UN-Sicherheitsrates, eine gemeinsame Sprache finden, gewährleisten sie ein Zusammenlegen der Bemühungen zugunsten einer Durchsetzung der abgestimmten Ziele, und in der Regel gelingt es, positive Ergebnisse zu erreichen. Die jüngsten Beispiele sind der Erfolg der koordinierten Tätigkeit zur Liquidierung der syrischen Chemiewaffen sowie die im Ergebnis langwieriger und schwieriger Verhandlungen erzielten Vereinbarungen zur Regelung der Situation um das iranische Atomprogramm. Gerade auf diese Erfahrung stützt sich die Initiative von Wladimir Putin zur Bildung einer breiten Anti-Terror-Koalition mit dem Ziel, auf der Basis des Völkerrechts die Bemühungen aller zu vereinigen, die der Terrormiliz Islamischer Staat und anderen terroristischen Strukturen im Nahen Osten gegenüberstehen.

Am 30. September haben wir eine Ministersitzung des Sicherheitsrates der UNO durchgeführt, die der Komplexanalyse der damit verbundenen Probleme gewidmet war. Im Auftrag des

Präsidenten Russlands haben wir den Partnern einen Resolutionsentwurf über die Koordinierung der Aktivitäten aller Kräfte vorgeschlagen, die gegen den IS und andere terroristische Strukturen kämpfen. Er stützt sich auf früher verabschiedete Dokumente des Rats mit dem Schwerpunkt auf dem Aufbau abgestimmter konterterroristischer Aktivitäten auf der Grundlage der Prinzipien des Völkerrechts.

Bislang gelingt es jedoch nicht, den Weg zur Ausarbeitung gemeinsamer Herangehensweisen an das Problem einer starken Zunahme des Terrorismus und Extremismus in der Region des Nahen Ostens und Nordafrikas einzuschlagen. Wir sehen uns weiterhin mit Versuchen konfrontiert, die Prioritäten zu tauschen, wo zum Beispiel nicht die Aufgabe einer Zerschlagung der terroristischen Gruppierungen in den Vordergrund gestellt wird, sondern das Bestreben, einen Wechsel des Baschar-Assad-Regimes in Syrien durchzusetzen, oder wo versucht wird, terroristische Gruppen zu nutzen, um Einfluss auf das sich in der gegebenen Region herausbildende neue Kräfteverhältnis zu



nehmen. Letztendlich zeugt das von einer Unterschätzung des Ernstes der extremistischen Gefahr, von den immer noch vorhandenen Illusionen, dass man mit den Terroristen später „fertigwerden“ könne, wenn sie zur Durchsetzung politischer Ziele nicht mehr gebraucht werden. Erneut, schon zum wievielten Mal, sehen wir eine deutliche Überschätzung der eigenen Möglichkeiten, Einfluss auf den Lauf des Geschehens zu nehmen.

Viele Historiker stimmen darin überein, dass man den ersten und auch den Zweiten Weltkrieg hätte verhindern können, hätte es den klaren politischen Willen und das Verstehen gegeben, auf welche Katastrophen sich Europa – und mit ihm die ganze Welt – zubewegte. Nebenbei sei bemerkt, dass unser Land auch in der Nachkriegszeit konsequent nach der Erhaltung der Grundlagen der unteilbaren Sicherheit im europäischen Raum strebte. Schon 1954 hatte die UdSSR vorgeschlagen, einen Vertrag über die kollektive Sicherheit in Europa auszuarbeiten, um eine militärpolitische Spaltung des Kontinents zu verhindern. Diese Ideen wurden abgelehnt. Man schenkte auch unter den neuen Bedingungen

unseren Vorschlägen kein Gehör, als statt des Aufbaus eines gesamteuropäischen Raumes der Sicherheit der konfrontative Weg der NATO-Osterweiterung gewählt wurde.

Eine Offenbarung der in Europa angehäuften systemhaften Probleme, das Ergebnis des Verzichts der westlichen Länder auf eine Arbeit, die sich auf echte Gleichberechtigung und Partnerschaft stützt, wurde die ukrainische Krise. Wir gehen davon aus, dass ihre Regelung auf der Grundlage einer allseitigen und konsequenten Erfüllung der Minsker Vereinbarungen vom 12. Februar 2015 die Suche nach gemeinsamen Antworten auf die realen Herausforderungen, die für alle europäischen Staaten gleich sind, fördern würde.

Ich will keine direkten Parallelen ziehen – es geht um die Bedrohung einer anderen Art, aber man kann die Terroristen, die auf dem riesigen Raum von Portugal bis hin nach Pakistan an die Macht streben, nur stoppen, nachdem man klar die Ziele bestimmt und die Reihen geschlossen hat. Die UNO wurde vor 70 Jahren gerade deshalb gegründet, um das zu ermöglichen.

Es ist offensichtlich, dass die Gewährleistung der internationalen Stabilität die erforderliche Bedingung für eine nachhaltige Entwicklung ist. In der UNO wurde ein beispielloses globales Projekt in der Sphäre der Entwicklung gestartet – im Jahr 2000 verabschiedeten die Mitgliedsländer eine anspruchsvolle Tagesordnung, die in konkreten Verpflichtungen formuliert wurde – die Ziele der Jahrtausendentwicklung. In bedeutendem Maße ist es gelungen, sie zu erfüllen – die Maßstäbe der Armut und des Hungers, die Kinder- und Müttersterblichkeit konnten reduziert werden, der Zugang zu den Dienstleistungen des Gesundheits- und Bildungswesens wurde erweitert. Zugleich ist der erzielte Fortschritt ungleichmäßig. Beeindruckende Erfolge konnten hauptsächlich dank des hohen Wachstumstempos mehrerer großer sich entwickelnder Wirtschaften gewährleistet werden.

Wir hoffen, dass die Umsetzung der in New York verabschiedeten neuen Globalen Tagesordnung in der Entwicklungssphäre für den Zeitraum bis 2030 es nicht nur erlauben wird, die Ergebnisse der 15-jährigen Bemühungen der

Weltgemeinschaft zu festigen, sondern die Arbeit auch auf ein qualitativ neues Niveau zu bringen. Im Ergebnis intensiver Verhandlungen wurden 17 Ziele der nachhaltigen Entwicklung – die Hauptorientierungspunkte des multilateralen Zusammenwirkens, um eine friedliche und harmonische Entwicklung der modernen Zivilisation zu gewährleisten, – sowie 169 Aufgaben in dieser Sphäre bestimmt. Für jedes Ziel wurden konkrete Maßnahmen zur Mobilisierung innerer und äußerer finanzieller Ressourcen, zur Entwicklung der Zusammenarbeit im Handel und in der Investitionssphäre, zur Übergabe von Technologien, zur Erleichterung der Schuldenlast, zur Vervollkommnung des internationalen Finanzsystems festgelegt.

Aber diese Aufgaben können – ich betone es – nur unter friedlichen Bedingungen realisiert werden. Um ihre Bewältigung zu garantieren, existiert nur ein Weg – man muss sich absprechen. Man kann natürlich davon ausgehen, dass jemandes wirtschaftliche und militärische Überlegenheit es erlaubt, die Interessen der Partner nicht zu berücksichtigen und alles nach

eigenem Ermessen zu tun. Die internationale Situation untergraben heute Versuche, soziale Experimente in anderen Ländern zu realisieren, Veränderungen in anderen Staaten gemäß den eigenen ideologischen Richtlinien anzuregen. Das führt zu tragischen Folgen, die ganze Regionen erfassen.

Die Geschichte – vom Römischen Reich bis in die Gegenwart – beweist jedoch, dass solche Hoffnungen stets vergeblich sind, und dass ein Traum von der Weltherrschaft nichts als eine schädliche Chimäre ist. Und wenn es so ist, so muss man, wie schwer und mühevoll es auch sein mag, Kompromisse suchen und gemeinsam gegenseitig akzeptable Umriss des neuen internationalen Systems bestimmen. In den vorangegangenen Jahrhunderten wurde es mehrmals getan. Die heutige Situation zeichnet sich dadurch aus, dass es nicht mehr um die dominierende Lage Europas geht, und dass die Vereinbarungen eine globale Dimension haben müssen. Zweifellos sind die UNO und ihr Sicherheitsrat, die ja ursprünglich als Mechanismen einer kollektiven Steuerung der

polyzentrischen Welt geschaffen wurden, die beste Plattform für eine solche Arbeit.

Selbstverständlich braucht die UNO Reformen, denn in den sieben Jahrzehnten hat sich in der Welt vieles radikal verändert. Ein Prozess der Anpassung der Organisation an die neuen Bedingungen ist im Grunde genommen stetig im Gange. Eine dringende Aufgabe ist die Weiterentwicklung der Organisation im Interesse der Herausbildung einer globalen Leitung, die den Bedürfnissen des 21. Jahrhunderts entspricht. Sie kann nur auf der Grundlage einer Zustimmung der führenden Kraft- und Einflusszentren der heutigen Welt, einer Anerkennung ihres Zivilisationsreichtums, einer Einbeziehung eines maximal breiten Kreises an Akteuren, einer Entwicklung der Netzdiplomatie gewährleistet werden, die die Schaffung flexibler Strukturen für ein partnerschaftliches Zusammenwirken in den Weltangelegenheiten voraussetzt.

In der UNO werden neue Institute geschaffen, die Tagesordnung wird vervollkommenet, die Friedentätigkeit wird

effektiver. Es wurden einige wichtige Organe des Systems der Vereinten Nationen gegründet. Es geht zum Beispiel um die Kommission für Friedensaufbau – ein koordinierendes Glied in den Bemühungen zur Unterstützung von Ländern, die „heiße“ Krisen überwinden, aber ebenso um den Fonds für Friedensaufbau. Im Ergebnis der Reform im Menschenrechtssystem wurde der UNO-Menschenrechtsrat gebildet.

Dabei ist hinsichtlich der Reform des Sicherheitsrates angesichts jener Rolle, die dieses Organ im System der UNO erfüllt, äußerste Vorsicht geboten. Wir treten für die Fortsetzung des Verhandlungsprozesses zu allen vorhandenen Vorschlägen ohne künstliche Schmälerung der Tagesordnung, ohne Aufstellung von Zeitplänen und ohne Festlegung äußerster Fristen auf. Im Rahmen von Regierungsverhandlungen muss die Suche nach einem solchen Modell der Ratserweiterung fortgesetzt werden, das die breite Zustimmung der Staaten – der Mitglieder der UNO – genießt und viel bedeutender als eine Zwei-Drittel-Mehrheit ist, die formell für das Treffen von Entscheidungen in der

Vollversammlung erforderlich sind. Ein Orientierungspunkt bleibt für uns die Aufgabe, den Rat durch die Präsenz der Entwicklungsländer repräsentativer zu machen.

Das Vetorecht ist kein Privileg und auch kein Instrument, um Druck auszuüben. Dieser Mechanismus ist eine Garantie dafür, dass die vom Sicherheitsrat verabschiedeten Entscheidungen maximal ausgeglichen und ausgewogen sind. Damit wird die Möglichkeit blockiert, dass politisierte Herangehensweisen, diktiert von engstirnigen Interessen einzelner Ratsmitglieder, durchgedrückt werden.

Das Vetorecht ist eine der fünf Kernfragen bei der Reform des Rats, wie sie im Beschluss der Vollversammlung der UNO im September 2009 bestimmt wurden und die, unserer Überzeugung nach, in untrennbarem Zusammenhang erörtert werden müssen. Beliebige Versuche, das Veto-Thema „herauszuzerren“ und seine Erörterung außerhalb des Rahmens der Regierungsverhandlungen zu initiieren, sind konterproduktiv und können nicht nur zur Untergrabung dieses Formats und zum Auswaschen der ihm



zugrundeliegenden und von allen abgestimmten „paketweisen Herangehensweise“ führen, sondern auch zum Torpedieren der langjährigen Arbeit zur Annäherung der Positionen der Staaten – der Mitglieder der UNO – hinsichtlich einer Reform des Sicherheitsrates.

Das verantwortungsvolle Verhältnis zum Vetorecht besteht nicht nur darin, sich dessen Nutzung ohne Notwendigkeit zu enthalten, sondern auch darin, andere Mitglieder dazu nicht zu provozieren. Leider sind derartige Situationen keine Seltenheit. Man nehme zum Beispiel die jüngste Abstimmung im Sicherheitsrat der UNO zum Resolutionsentwurf über Srebrenica, als sich unser Land genötigt sah, die Verabschiedung des Dokuments zu verhindern, welches unausgewogene Einschätzungen historischer Ereignisse enthielt, – denn dann wäre es schwer gewesen zu verhindern, dass der Sicherheitsrat politisierte Einschätzungen der Vergangenheit trifft, und das hätte den Rat von der Erfüllung seiner in der Satzung verankerten Mission weggeführt. Eine ebensolche Provokation war der

Versuch im Juli 2015, den Sicherheitsrat zu zwingen, mit seiner Entscheidung ein Tribunal zur Verurteilung der Schuldigen am Absturz der malaysischen Boeing zu schaffen, obwohl die Untersuchung noch nicht zu endgültigen Schlussfolgerungen gelangt war und unter völliger Ignorierung der Forderungen der Resolution des Rates Nr. 2166 durchgeführt wurde, laut der der Sicherheitsrat regelmäßig über den Gang der Ermittlungen hätte informiert werden und die ICAO die führende Rolle hätte spielen müssen. Weder das eine noch das andere wurde getan.

Man muss aufhören, die UNO für enge eigennützige einseitige Ziele zu nutzen. Wie Präsident Wladimir Putin betonte, seien wir alle verschieden, und das müsse man achten. Keiner sei verpflichtet, sich nach einem Entwicklungsmodell zu richten, dass irgendjemand zum einzig richtigen erklärt habe.

Als eine Herausforderung im planetarischen Maßstab betrachtet Russland den globalen Klimawandel. Im Kontext der Vorbereitung zur Pariser Klimakonferenz im Dezember dieses Jahres orientieren wir uns auf die Ausarbeitung eines

allumfassenden juristisch verbindlichen Dokuments unter der Beteiligung ausnahmslos aller Länder, das die stabile Grundlage für eine gerechte langfristige Klimaregelung werden kann, die in all ihren Aspekten – dem wirtschaftlichen, wissenschaftlichen, ökologischen und politischen – ausgewogen ist. Wir haben die Parameter der eigenen möglichen Verpflichtungen in der neuen Vereinbarung genannt: die Begrenzung der anthropogenen Emission von Treibhausgasen zum Jahr 2030 bis auf das Niveau von 70-75 Prozent der Emissionen des Jahres 1990 unter den Bedingungen einer maximal möglichen Berücksichtigung der Aufnahmefähigkeit der Wälder.

Im Rahmen der UNO beabsichtigen wir, die besondere Aufmerksamkeit weiterhin der zwischenstaatlichen Zusammenarbeit in der Sphäre des Schutzes und der Förderung der Menschenrechte zu schenken. Diese Fragen werden zuweilen als Schutzschild genutzt, wenn es gilt, diese oder jene Handlungen zu rechtfertigen, die im Rahmen der international-rechtlichen Normen nicht begründet werden können. Es wird eine

Politisierung des gesamten Arbeitsspektrums der UNO in der sozialwirtschaftlichen, humanitären, menschenrechtlichen, ökologischen und kulturellen Richtung betrieben. Hypertroph werden die Geschlechterproblematik und die Rechte der LGBT behandelt. Mehr noch, man nutzt diese Instrumente, um Druck auf Staaten – auf Mitglieder der UNO – auszuüben.

Wir erachten es als erforderlich, die Weltgemeinschaft in der Menschenrechtssphäre vom Messiasium, von Versuchen, irgendein einziges Wertesystem als „goldenen Standard“ zu bestätigen, zu erlösen. Es gibt und kann keinen anderen Weg geben, außer der Entwicklung eines gleichberechtigten, gegenseitig achtungsvollen Dialogs.

Seit vielen Jahren tritt Russland konsequent für die Rückkehr zu einer echten Partnerschaft auf der Grundlage des Völkerrechts auf. Heute ist unter den Bedingungen der Herausbildung einer neuen polyzentrischen Weltordnung die Zeit gekommen, große Schritte in Richtung einer Gesundung der Situation in der Welt zu tun, zurückzukehren zur Kultur der Suche nach Kompromissen im

Interesse der Bewältigung globaler Herausforderungen. Russland, das sich der Verantwortung für die Zukunft der Menschheit bewusst ist, ist bereit zu einer Vereinigung der Bemühungen.

**Schlüsselworte:** 70-Jahr-Feier der UNO

# **Vierteljahrhundert „Grosser Bundesrepublik Deutschland“**

## **Die Deutschen und die Lehren der Geschichte**

**Igor MAKSIMYTSCHEW**

wissenschaftlicher Chefmitarbeiter des Europa-Instituts der

Akademie der Wissenschaften Russlands,

Doktor der politischen Wissenschaften

Der 25. Jahrestag des Beitritts der Deutschen Demokratischen Republik zur Bundesrepublik Deutschland entfiel entfällt auf den 70. Jahrestag des Großen Sieges, der die Welt von der Nazi-Gefahr befreit hatte. Das ist ein weiterer Anlass dafür, um sich Gedanken darüber zu machen, welche Schlussfolgerung die Deutschen aus den Ereignissen zogen, die die Wendepunkte nicht nur ihrer eigenen Geschichte, sondern auch der Weltgeschichte gewesen waren. Man könnte die heutige Bundesrepublik

Deutschland mit ihrem ausschlaggebenden Einfluss auf die Politik der Europäischen Union als eine Mini-Großmacht bezeichnen, von deren Verhalten vieles in der Welt abhängt. Die historischen Etappen, als Deutschland einfach eine Großmacht – ein Kaiserreich oder das Reich unter dem Zeichen des Hakenkreuzes – war, endeten mit Katastrophen von Weltformat. Haben denn diese derart schmerzlichen Lehren der Geschichte den Deutschen irgendetwas beigebracht? Ohne eine Antwort auf diese Frage wäre eine sogar recht vage Vorhersage der Zukunft unseres Kontinents unmöglich.

### **Die „alte“ Bundesrepublik Deutschland**

Am 3. Oktober 1990 erreichte die Bundesrepublik Deutschland ein außenpolitisches Ziel, das von dem im Jahre 1949 von ihr verabschiedeten Grundgesetz festgelegt worden war. Die verfassungsmäßige Bestimmung des westdeutschen Staates war von Anfang an eine Erweiterung gen Osten mit dem Ziel, das

ehemalige Deutsche Reich wiederherzustellen: entweder durch die Ausdehnung der Wirkung des Grundgesetzes auf entsprechende Gebiete oder durch den Aufbau eines neuen deutschen Staates im Ergebnis einer Übereinkunft zwischen den Teilen des früher geeinten Landes.

Das „nationale Problem der Deutschen“ entstand nach dem Zweiten Weltkrieg hauptsächlich infolge des Verzichts des von außen verwalteten Westdeutschlands auf den Aufbau eines geeinten Staates, der die Interessen aller Deutschen berücksichtigen würde. Die zur Schau gestellte Sorge um eine Wiederherstellung der deutschen Einheit musste als Alibi für die Bonner Politiker dienen. Die in die Wiege der Bundesrepublik Deutschland gelegte Verpflichtung zu einem „Drang nach Osten“ entsprach den Plänen der USA, den westdeutschen Staat zur wichtigsten Schlagkraft im Kampf gegen die UdSSR in Europa zu machen. Der Westen war schon damals bereit, gegen die Russen bis zum letzten deutschen Soldaten zu kämpfen. Die Erwähnung einer vertraglichen Wiedervereinigung war nicht ein Zeugnis des politischen



Realismus. Die Einstellung der westlichen Deutschen zur DDR ähnelte eher nicht einem Kalten Krieg, sondern einem „heißen“ Krieg, obwohl die Ausrufung der ostdeutschen Republik lediglich eine Antwort auf die Gründung der Bundesrepublik Deutschland war. Der Appetit beschränkte sich nicht auf die DDR, die von den meisten westdeutschen Politikern Mitteldeutschland genannt wurde. Für die Bundesrepublik Deutschland bestand nach wie vor Ostdeutschland – das Territorium des ehemaligen Reichs, das auf Grund des Potsdamer Abkommens dem Bestand Polens und der UdSSR angegliedert worden war. Eben für sie war die obenerwähnte vertragliche Variante bestimmt. Mit der Forderung einer Wiederherstellung der deutschen Grenzen von 1937 schuf die Bundesrepublik Deutschland die Atmosphäre einer totalen Konfrontation mit der UdSSR und anderen sozialistischen Ländern.

Die Besonderheiten der Teilnahme der Bundesrepublik Deutschland am europäischen außenpolitischen Prozess nach dem verlorenen Krieg zeugten davon, dass die westlichen Deutschen nichts vergessen und nichts dazugelernt hatten. Nicht nur sie

befassten sich mit der Wühltätigkeit auf dem Territorium der sowjetischen Besatzungszone und später der DDR. Aber aus der Befürchtung, dass der Westen die „Befreiung“ deutscher Ostterritorien vergisst, war das politische Establishment der Bundesrepublik Deutschland ständig bestrebt, den europäischen Kontinent in eine Arena der unmittelbaren Konfrontation zwischen den beiden Polen einer bipolaren Welt zu verwandeln. Wenn die Sowjetunion mit einer Milderung der Spannungen in den Beziehungen mit dem Westen begann, ging die Bundesrepublik Deutschland – selbständig oder infolge einer Anstiftung von außen – auf irgendeine Provokation ein, die alles beim Alten ließ.

Als Beispiel kann die Reaktion der Westdeutschen auf den Versuch der neuen Führungsspitze der UdSSR, die nach dem Tod J. W. Stalins im März 1953 an die Macht gekommen war, dienen, das internationale Klima zu verbessern. Unter anderem begann damals im Kreml eine vorsichtige Diskussion über die Frage, ob es zweckmäßig wäre, in der „einzeln genommenen“ DDR den Sozialismus aufzubauen, der in Zukunft eine Wiedervereinigung

der deutschen Staaten stören könnte, die ein offizielles Ziel der Politik der UdSSR blieb. Der allmächtige L. P. Berija beharrte auf einer Überprüfung des Kurses der DDR-Spitze auf sozialistische Umgestaltungen in der Republik, wenn die Neutralität des künftigen geeinten deutschen Staates gewahrt wäre. Über die innerstaatliche Diskussion in Moskau wusste man in Bonn, was kein Wunder war, weil es in den beiden deutschen Staaten von Doppelagenten nur so wimmelte.

Unter dem Einfluss der Illusion, dass von nun an die UdSSR von nun an vom Standpunkt der Schwäche aus handeln wird, beeilte sich die Bundesrepublik Deutschland, zu einem Volksaufstand die – Mitte Juni 1953 ausgebrochenen – Streiks und Demonstrationen der Ostberliner Bauleute zu erklären, die infolge undurchdachter Handlungen der DDR-Behörden ausgelöst worden waren. Um ein Defizit des Staatsbudgets zu verringern, dekretierte damals die Regierung der DDR eine Vergrößerung der Arbeitsnormen im Bauwesen bei der gleichzeitigen Erhöhung von Preisen für eine Reihe von Nahrungsmitteln. Die Bauindustrie spielte damals eine

wichtige Rolle in der Wirtschaft der DDR, weil die Republik Wohnhäuser und Industriebetriebe wiederaufbauen musste, die während des endgültigen Vormarsches der Roten Armee nach Berlin fast allerorts zerstört worden waren. Die westdeutsche Propaganda trug in hohem Maße dazu bei, dass die Streiks und Demonstrationen, die inzwischen auf die ganze DDR übergriffen, einen regierungsfeindlichen und antisowjetischen Charakter annahmen. Die Hauptrolle bei der Hetze und gesetzwidrigen Handlungen fiel damals dem Westberliner Rundfunksender RIAS („Rundfunk im amerikanischen Sektor“) zu, der stark genug war, um seine Sendungen für das gesamte Territorium der DDR auszustrahlen.

Die Gefahr von Unruhen in größeren Städten der DDR zwang sowjetische Militärkommandanten (das Besatzungsregime wurde erst im Jahre 1957 voll und ganz abgeschafft), in den Straßen Panzer auffahren zu lassen. Als erster gab den entsprechenden Befehl der Kommandant von Ostberlin. Die Panzer schossen nicht, wälzten niemanden nieder. Registriert wurde kein einziger

Fall einer Kollision zwischen den Panzern und den Demonstranten. Allein der Anblick bepanzelter Fahrzeuge reichte aus, damit sich die Lage normalisierte. Endgültig wiederhergestellt wurde die Ordnung von der Polizei der DDR, die sich inzwischen gefasst hatte.

Die Ereignisse des Jahres 1953 ergänzten die reichhaltige Sammlung deutscher historischer Mythen durch die Legende über einen allgemeinen – von sowjetischen Panzern bestialisch niedergewälzten – Aufstand der Bevölkerung der DDR gegen ein ihr aufgezwungenes Regime. Auch heute noch wird der 17. Juni in der Bundesrepublik Deutschland als ein denkwürdiges Datum von gesamtnationaler Bedeutung begangen. Was die UdSSR anbelangt, so wurde die Losung einer Wiedervereinigung Deutschlands sehr bald durch die Unterstützung der sozialistischen DDR ersetzt, die man damals zu den wichtigsten verbündeten Staaten in Europa zählte und als einen Eckstein des gesamten Systems der Sicherheit auf der europäischen Arena betrachtete.

Den Platz eines Politikers in der Geschichte bestimmen dessen Entscheidungen in krisenbeladenen Augenblicken. Der Besuch Adenauers in Moskau, der entgegen den Zweifeln der USA und des ganzen Westens stattgefunden hatte, bewirkte im September 1955 die Herstellung diplomatischer Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der UdSSR. Adenauer, der zu den Schöpfern des heutigen Europa gehörte, war sich bestens bewusst, dass ohne eine Normalisierung der Beziehungen mit Russland die Deutschen nicht mit einem Einfluss auf dem europäischen Kontinent rechnen können, der ihrem spezifischen Gewicht in der europäischen Wirtschaft und Politik Rechnung trägt. Die Zusammenarbeit der Bundesrepublik Deutschland mit der Sowjetunion hat zu Adenauers Lebzeiten keine breitangelegte Entwicklung erfahren, aber die Grundlage für das Zusammenwirken ist geschaffen worden. In diesem Sinne war der erste Kanzler der Bundesrepublik Deutschland auch der Autor ihrer „Neuen Ostpolitik“.

Die westlichen Strategen hielten die DDR nach wie vor für einen besonders verwundbaren Abschnitt des sowjetischen

Verteidigungswalls in Osteuropa und konzentrierten ihre Anstrengungen auf die allseitige und maximal mögliche Schädigung der Republik. Die Spitze des Angriffs richtete sich gegen Berlin: die Hauptstadt der DDR hatte keine normale Grenze mit dem westlichen Teil der Stadt, der einen fremdartigen Körper im Herzen Ostdeutschlands darstellte. So lange es ging, bemühte sich die UdSSR, zumindest formelle Merkmale eines besonderen Status der ehemaligen Reichshauptstadt als einen möglichen Ausgangspunkt dafür zu bewahren, um das Problem der Wiederherstellung der staatlichen Einheit der Deutschen auf die Tagesordnung der Weltpolitik zu setzen. Der Schaden wegen der fehlenden Grenzbarriere überwog jedoch erheblich hypothetische Vorteile einer – praktisch unkontrollierbaren – Bewegung der Menschen über die Linie, die den sowjetischen Sektor Berlins von den westlichen Sektoren trennte, deren deutsche Verwaltung von Politikern geleitet wurde, die die einheitlichen Organe der Stadtverwaltung gespalten hatten.

Da Westberlin mit dem Territorium der Bundesrepublik Deutschland durch Luftkorridore verbunden war, in denen die Flüge – laut den Vereinbarungen zwischen den Alliierten aus dem Jahre 1945 – für die Behörden der Sowjetzone unkontrollierbar blieben, stand das Tor für das Eindringen aller möglichen feindseligen Agenten in die DDR weit geöffnet. Von den Stützpunkten in Westberlin aus wirkten nicht nur offizielle Sonderdienste westlicher Länder, sondern auch zahlreiche private Wühlorganisationen, die niemandem Rechenschaft schuldeten und deshalb besonders gefährlich waren. Hinzu kam, dass sich Westberlin in eine Art des gigantischen Staubsaugers verwandelt hatte, der aus der DDR Arbeitskräfte hoher und mittlerer Qualifizierung abpumpte, an denen die Republik einen dringenden Bedarf litt und für deren Ausbildung sie gewaltige Mittel verbrauchte. In der bestehenden Situation konnte die DDR aus eigener Kraft nichts ändern: der Lebensstandard in der Bundesrepublik Deutschland, die praktisch keine Reparationen zugunsten der Länder zahlte, die der Nazi-Aggression ausgesetzt



gewesen waren, übertraf wesentlich den Wohlstand der DDR, die alle Reparationszahlungen leisten musste.

Der Wunsch Moskaus, für Ordnung im Zentrum eines verbündeten Landes zu sorgen, für das die Sowjetunion – auch als eine ehemalige Besatzungsmacht Verantwortung trug, war natürlich und verständlich. Selbstverständlich trug die 1958 von N. S. Chruschtschow aufgestellte Forderung, West-Berlin in eine entmilitarisierte Freistadt zu verwandeln, einen exotischen Charakter: die neueste Geschichte kennt keine erfolgreichen Beispiele der Existenz solcher Staatsbildungen. Allerdings würde der Status einer Freistadt nicht nur die Einführung einer normalen Grenzkontrolle an ihren Grenzen, sondern auch eine Garantie dafür bedeuten, dass eine solche Freistadt von der DDR nicht einverleibt wird: eine solche Absicht wurde der UdSSR und dem ganzen sozialistischen Lager von der westlichen Propaganda beharrlich unterstellt.

Die nachfolgenden Verhandlungen – sowohl im Rahmen der Kontakte zwischen den vier Mächten, die die Verantwortung für

Berlin und Deutschland als Ganzes trugen, als auch unmittelbar zwischen der UdSSR und den USA – wurden nicht von Erfolg gekrönt. Die DDR musste im August 1961 die Berliner Mauer errichten: es gelang nicht, eine andere Möglichkeit zu finden, um das wirksame System der Kontrolle auf der Linie der Abgrenzung von Sektoren in dicht bebauten und besiedelten Gebieten der Multi-Millionen-Metropole Berlin aufzubauen. Die für die Gewährleistung der Sicherheit der DDR und der ganzen sozialistischen Gemeinschaft erforderliche Ebene der Kontrolle wurde auf einem Weg realisiert, der für die Opponenten schonend war: zum Einsatz kamen nicht die Panzer, sondern Baukräne.

Aber atemberaubend hoch war der propagandistische Preis dieser Aktion von ausreichend prosaischem Charakter. Die Grenzen und deren Kontrolle bereiten immer unzählige unangenehme Empfindungen für alle, die mit Ihnen zu tun haben. Keine Grenzen wurden jedoch so eifrig zu einer Ausgeburt der Hölle erklärt wie die Verteidigungsanlagen der Berliner Mauer. Die westliche Propaganda verwandelte sie für lange Jahre in das weltweite

Symbol der Missachtung von Menschenrechten, der Unterdrückung aller bürgerlichen Freiheiten und der heraufziehenden Apokalypse. Ausländische Politiker, die Westberlin besuchten, wurden an die Aussichtsplattformen an der Wand gebracht, um ihnen dort eine Verurteilung der in der DDR praktizierten «Zügellosigkeit» abzuverlangen. Es war möglich, in die Bundesrepublik Deutschland aus der DDR auf verschiedenen Wegen zu gelangen: sowohl illegal (über Drittländer) als auch legal (auf dem langen und steinigen Weg der Überwindung bürokratischer Hindernisse), wobei das Ausmaß der legalen Ausreise mit jedem Jahr wuchs. Aber die Mauer zog die Liebhaber der scharfen Empfindungen wie ein Magnet an. Versuche, die Mauer zu überwinden, vereinigten in sich das sportliche Interesse, die Aufwallungen einer Sucht nach kitzelnden Erlebnissen, eine hohe Dosis von Adrenalin, die Aussicht auf bundesweite Berühmtheit wie auch eine erhebliche materielle Entschädigung in dem Fall, wenn es möglich war, unversehrt die Mauer zu überqueren. Nicht alle brachten es fertig.

Was soll da schon gesagt werden: die Mauer gehörte nicht zu den Objekten, auf die man bedingungslos stolz sein konnte (obwohl sie ein Meisterwerk aus ingenieur-technischer Sicht war). Die Mauer wäre nie entstanden, wenn der Westen eine minimale Bereitschaft gezeigt hätte, normale Beziehungen mit dem Osten zu pflegen. Und doch erwies sich Ihr Beitrag zum Prozess der Minderung der internationalen Spannungen als wesentlich. Zusammen mit der Karibik-Krise im Oktober 1962 hat die Mauer bewiesen, dass man von der Sowjetunion und der sozialistischen Gemeinschaft mit grober Gewalt nichts erreichen kann. Die Notwendigkeit der Verhandlungen wurde sogar für diejenigen offenbar, die sich gerne Hals über Kopf in etwas stürzen lassen.

### **Groll im Bösen**

Die Schärfe von Verhandlungsprozessen aus der Periode des Kalten Krieges wurde dadurch bestimmt, dass die Parteien globale gesellschaftliche Systeme vertraten, die einander gegenseitig

ausschlossen. In diesem Sinne waren erzielte Vereinbarungen eher Waffenstillstand als Friedensschluss und erforderten eine unermüdliche Kontrolle darüber, wie genau festgelegte Bedingungen umgesetzt werden. Der positive Inhalt der Veränderungen in den Positionen der Parteien bestand in einer Verringerung des Risikos, dass ein heißer Krieg in unmittelbarer Zukunft ausbricht, den negativen Inhalt bildete die Aufrechterhaltung einer grundsätzlichen Ausrichtung auf die Vorbereitung von Bedingungen, die dafür passten, dass der Partner letzten Endes beseitigt wird.

Die Berliner Mauer führte zu keinen Änderungen im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland, aber ein Wechsel der Strategie der Erweiterung gen Osten ist geschehen. Im Juli 1963 hat der Sozialdemokrat Egon Bahr vorgeschlagen, die alte Force-Konzeption «Schlag in die Stirn» in den Beziehungen mit den sozialistischen Ländern durch die Politik einer «Veränderung durch Annäherung» zu ersetzen. Sie sah eine Milderung des Tons im Umgang mit ihnen vor. Äußerlich rief diese Linie die Illusion hervor, als ob es um die Zukunft der gegenseitigen Annäherung der Vertragsparteien

geht, die sich irgendwo in der Mitte treffen würden. Das heißt, es ging um den Aufbau einer Ordnung, die die Vorteile des Sozialismus und des Kapitalismus vereinigen soll. Aber das Projekt zielte nicht so sehr auf eine Konvergenz wie auf eine Veränderung osteuropäischer Regimes in den osteuropäischen Ländern, die zu den Partnern des Westens geworden sind, «von innen». Bevor stand eine Erwürgung des europäischen Sozialismus in einer Umarmung der Marktwirtschaft und der grenzüberschreitenden Finanzoligarchie.

Das Rezept von «Friendly Capture» hatte Erfolg. Die «Neue Ostpolitik» wurde konsequent betrieben. Nicht nur von den sozialdemokratischen Kanzlern, die die Politik der Bundesrepublik Deutschland nach 1968 bestimmten (Willy Brandt, Helmut Schmidt), sondern auch von der CDU/CSU nach ihrer Rückkehr an die Macht im Jahre 1982 (Helmut Kohl). Später wurde die positive Linie dieser Politik im Hinblick auf die Aufrechterhaltung der guten Beziehungen mit Russland vom Sozialdemokrat Gerhard

Schröder fortgesetzt, die negative, antirussische Linie – von der der CDU-Chefin Angela Merkel.

Den von Egon Bahr entwickelten Weg einer «Freundschaft» mit der sozialistischen Gemeinschaft benutzten auch und andere westliche Mächte. Die Bundesrepublik Deutschland, die sich bescheiden „Weltmacht der zweiten Reihe“ nannte, lebte sich leidenschaftlich in die Rolle der europäischen Spitze der amerikanischen Politik ein. Parallel mit dem Aufbau einer Vielzahl von Kontakten mit der UdSSR, der DDR und anderen sozialistischen Ländern schritt das verdeckte Mehrkanal-Sponsoring der inneren oppositionellen Kräfte einher. Diese Kräfte sollten in absehbarer Zukunft das in den sozialistischen Ländern bestehende politische System zerstören. Die mehrschichtige Struktur der Politik des Westens erlaubte es ihm, zu eigenem Gunsten die von der UdSSR unterbreitete Idee des gemeinsamen europäischen Hauses umzukrempeln, der die Aussicht auf die Bereitstellung von komfortablen Wohnungen für alle Europäer zugrunde lag.

Auf den ersten Blick wurden die 1970er Jahre und die frühen 1980er Jahre Zeugen der triumphalen Erfolge der sowjetischen Außenpolitik. Was die Beziehungen mit der Bundesrepublik Deutschland anbelangt, beeindruckten der Moskauer Vertrag über Gewaltverzicht (1970), dem ähnliche Verträge Bonns mit Warschau und Prag folgten, sowie der Vertrag über die Grundlagen der Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR, der die Beziehungen der beiden deutschen Staaten untereinander normalisierte (1972). Nach der Logik der Dinge gehörten dazu auch das Vierseitige Abkommen über (West-)Berlin (1971), das mit der ununterbrochen lodernden Berliner Krise Schluss machte, obwohl die Bundesrepublik Deutschland mit diesem Abkommen nichts zu tun hatte (rechtlich blieb West-Berlin ein von drei Westmächten besetztes Gebiet). Zum Höhepunkt der diplomatischen Erfolge Moskaus wurde das Schlussdokument der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa – Schlussakte von Helsinki (1975), das Europa zu einem Kontinent des Friedens



erklärte. Es schien, dass Moskau es geschafft hat, die Ergebnisse des Zweiten Weltkrieges in Europa zu zementieren.

Solange die wichtigsten Richtungen der außenpolitischen Tätigkeit der Sowjetunion sich unter der harten persönlichen Kontrolle von A. A. Gromyko („Mr. Nein“ nach der westlichen Klassifikation) befanden, unterschied sich die äußere Erscheinung der erreichten Ergebnisse nicht wesentlich von Ihrem wirklichen Inhalt. Ziemlich lange blieb im Schatten aber die Tatsache, dass die Weigerung der Bundesrepublik Deutschland, die ihr vom Grundgesetz vorgeschriebene Verpflichtung, in den Osten unter der Flagge der deutschen Einheit zu schreiten, eine Zeitbombe bleibt, die unter der kontinentalen Stabilität liegt. Sobald aber die erneuerte Sowjetführung, die sich auf die Stabilität des Erfolgs ihrer Vorgänger verließ, mit selbstgefälligen Experimenten in der Außenpolitik begann, kamen alle – früher versteckten – Mängel der mit dem Westen erzielten Abkommen zum Vorschein. An ernsthaften Verfehlungen mangelte es nicht. Die Schlussakte von Helsinki – wie Art Quintessenz der Periode der internationalen

Entspannung – erwies sich als Mittelpunkt der begangenen Fehlschläge.

Den Sinn der Schlussakte beinhaltete der sogenannte Dekalog – die zehn Prinzipien (Zehn Gebote), die die gegenseitigen Beziehungen der Teilnehmerstaaten regelten. Einzelnen betrachtet klangen diese Grundsätze ganz anständig, aber gemeinsam sendeten sie ein recht umstrittenes Signal aus. Für die UdSSR war der dritte Punkt «Unverletzbarkeit der Grenzen» von größter Bedeutung: «Die Teilnehmerstaaten betrachten als unerschütterlich sowohl alle gegenseitigen Grenzen als auch die Grenzen aller Staaten in Europa, und werden sich – jetzt und in Zukunft – jeglicher Angriffe auf diese Grenzen enthalten. Sie werden – entsprechend – auch auf jegliche Forderungen oder Handlungen verzichten, die auf die Besetzung und Usurpation der Teile oder des gesamten Hoheitsgebiets jedes Teilnehmerstaats abzielen». Nach Ansicht sowjetischer Diplomaten bedeutete dies einen Schlussstrich in der Frage über die Grenzen in Europa.

Doch bereits im ersten Punkt der Schlussakte («Souveräne Gleichheit, Achtung der Rechte, die der Souveränität innewohnen») war neben dem Recht eines jeden Staates «auf die territoriale Unversehrtheit, auf Freiheit und politische Unabhängigkeit» vorgesehen, dass sich die Grenzen der Staaten «im Einklang mit dem Völkerrecht, friedlich und nach Vereinbarung ändern können». Die Möglichkeit einer Überprüfung der bestehenden Grenzen figurierte vor Helsinki nicht in den von der UdSSR abgeschlossenen internationalen Verträgen. Eine unmissverständliche Erwähnung der Realisierbarkeit einer Änderung von Grenzen entwertete die Verpflichtung, sie bedingungslos einzuhalten. Die gegenseitige Unverträglichkeit dieser Punkte setzte die ganze spätere Entwicklung in Abhängigkeit von den sich schnell ändernden Machtverhältnissen. Von dem formal-juristischen Standpunkt aus waren der Anschluss der DDR an die Bundesrepublik Deutschland, der Zusammenbruch Jugoslawiens und der Zerfall der Sowjetunion in der Schlussakte von Helsinki – wie ein Huhn im Ei – enthalten.

Verheerende Auswirkungen wurden durch die Verabsolutierung der Menschenrechte und deren Erhebung in den Rang des höchsten Wertes in den zwischenstaatlichen Beziehungen (der achte Punkt des Dekalogs)<sup>1</sup> ausgelöst. Im Weiteren verwandelte der Westen willkürlich das Thema der Menschenrechte in ein Universal-Kriterium für die Festlegung des Charakters seiner Beziehungen mit dem Osten und in die wichtigste Grundlage für die Einschätzung der Situation in den sozialistischen Ländern. Im Namen der Menschenrechte in ihrer westlichen Interpretation hätte die propagandistische wie auch jede andere Einmischung in die inneren Angelegenheiten der sozialistischen Länder gleichsam einen Segen der internationalen Gemeinschaft bekommen. Falls ein auffallender Anlass für gerechte Empörung fehlte, konnte man immer einen kleinen Vorfall aufbauschen, jede Entscheidung der Verwaltungs- oder Justizbehörden bemängeln. Jede Anklage an unsere Adresse seitens irgendeiner westlichen oder prowestlichen Nichtregierungsorganisation wurde in der UdSSR während der Perestroika und nach der Perestroika – umso mehr im liberalen

Russland – als ein Ruf aus dem Himmel aufgefasst, der sofortiges Gehorsam gebot.

In der Zeit nach Helsinki haben die UdSSR und ihre Verbündeten Zugeständnisse über lebenswichtige Fragen gemacht, ohne sich um Ihre Ausgewogenheit, Gegenseitigkeit und Gleichwertigkeit zu kümmern. Die sozialistische Gemeinschaft verließ sich – ohne Sicherheitsnetz und verlässliche Garantien – auf mündliche Zusicherungen der westlichen Politiker, was letztlich zur totalen Enttäuschung führte. Vielleicht zum überzeugendsten Beweis dafür, dass Helsinki alle unsere Hoffnungen getäuscht hatte, wurde die jüngste Ablehnung Finnlands, das Einreise-Visum den Mitgliedern der russischen Delegation zum Jahrestag der Sitzung der Parlamentarischen Versammlung der OSZE zu erteilen, die dem 40-jährigen Jubiläum der Schlussakte gewidmet war, sowie die auf dieser Sitzung verabschiedete antirussische Resolution.

Unsere Bereitschaft, Schlagdamespiel zu üben, fand keine Nachahmer im Westen. Russland hat weder eine Wohnung im gesamteuropäischen Haus bekommen noch das gesamteuropäische

Haus selbst erlebt. Das einzige, was wir erlebt haben, ist die NATO an unseren Grenzen und eine neue Welle des Kalten Krieges, die uns aus dem Westen überrannte.

### **Wiederholung der Vergangenheit?**

Der übereilte Beitritt der DDR zur Bundesrepublik Deutschland in den Jahren 1989 – 1990 erklärte sich sowohl durch die Schwäche der Nach-Honecker-Führung der in der DDR regierenden Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands als auch durch die skrupellose westdeutsche Einmischung. Die Ereignisse entwickelten sich im Einklang mit einem leicht modernisierten Szenarium aus dem Jahr 1953: nur fehlten diesmal sowohl das Besatzungsregime als auch die sowjetischen Militärkommandanten mit Panzern unter ihrem Befehl. Überraschend war eine fast militärische Disziplin von Massendemonstrationen in der DDR, die den Anspruch erhoben, spontan zu sein. Bis zur Abschaffung der Kontrolle am Grenzübergang der Berliner Mauer am späten

Abend des 9. November 1989 verkündeten die Demonstranten auf den Straßen der Städte der DDR keinerlei Forderungen einer Wiedervereinigung. Nach dem 9. November wurde die Losung über das «geeinte Volk» allgegenwärtig. Aber ein Referendum über die Wiedervereinigung fand dennoch nicht statt. Es handelte sich darum, dass im Oktober 1990, als die Zeit gekommen war, die DDR einzuverleiben, unter den Ostdeutschen bereits ein Erkenntnisprozess begann, dass etwas Wertvolles und Nichtwiedergutzumachendes verloren geht.

Die „Große Bundesrepublik Deutschland« hat aus ihrem Grundgesetz Punkte über die weitere territoriale Ausdehnung ausgeschlossen. Jetzt begann das Wachstum der Sphäre des deutschen Einflusses, sich auf andere Faktoren zu stützen. Es muss zugegeben werden: wir haben unsere sozialistischen Verbündeten im Stich gelassen, indem man den politischen Eliten der USA, der Bundesrepublik Deutschland und anderer Schlachtschiffe des Westens Handlungsfreiheit gewährte. Dabei haben wir endgültig Freunde verloren, eine Weltmacht

zertrümmert und die eigene Sicherheit geopfert, ohne etwas dafür zu bekommen. Den Trost kann man darin suchen, dass wir hinters Licht geführt, hereingelegt und mit leeren Versprechungen abgespeist wurden. Aber eine Binsenwahrheit der Politik ist die Regel: wer sich an den Mittagstisch mit einem Schlaufuchs setzt, muss sich einen langen Löffel verschaffen. Es ist ein leeres Schaumschlagen, sich mit der Melodeklamation zum Thema zu befassen, dass der Zusammenbruch der UdSSR, der DDR usw. so wie so unvermeidbar wäre: die Unmöglichkeit, ewig zu leben, hat nie einen Selbstmord gerechtfertigt.

Für die Aufgabe der Positionen wartete die sowjetische Führung auf keine besonderen Versprechungen. Als Helmut Kohl in Moskau am 10. Februar 1990 angekommen war, erhielt er das überraschendste und wertvollste Geschenk seiner langjährigen politischen Karriere. Dabei versprach er nur: «Oh, was für Freunde werden wir in Zukunft sein!» Gleich danach wurde die DDR – ohne jegliche Bedingungen – in seine Hände gelegt.



Der Kanzler begann das entscheidende Gespräch mit M. S. Gorbatschow mit der Mitteilung, dass die Regierung der Bundesrepublik Deutschland der UdSSR die Gewährung eines Kredits für den Erwerb von Lebensmitteln genehmigt hatte, und fügte hinzu, er sei bereit, immer zu helfen, wenn es nötig ist. Dann folgte eine Anspielung darauf, dass die Westliche Gruppe der sowjetischen Truppen eigentlich die Geisel der Instabilität in Ost-Deutschland ist: «In der DDR sind sowjetische Truppen mit einer Stärke von etwa 400000 Mann stationiert. Dort leben auch Frauen und Kinder der sowjetischen Offiziere. Ihr Schutz ist die Pflicht der sowjetischen Führung. Das ist eine elementare Logik, ein legitimes Interesse, und ich unterstütze es». Danach sprach Kohl über das Projekt einer Währungsunion der Bundesrepublik Deutschland und der DDR, dessen Realisierung eine Vereinigung «durch die Hintertür» bedeutete: die Einführung der D-Mark der Bundesrepublik Deutschland als einziges Zahlungsmittel in Ost-Deutschland führte unvermeidlich zu einer – praktisch augenblicklichen – Aufhebung der Souveränität der DDR.

Aber Gorbatschow hatte nicht genügend Zeit, um sich ausreichend darüber informieren zu lassen, was die Währungsunion mit sich bringt. Er erklärte: «Die zentrale Frage des Status des geeinten Deutschland besteht in der militärischen Sicherheit», worauf Helmut Kohl sorglos bemerkte: «Hier kann man eine Lösung finden». Das war ausreichend, damit Gorbatschow eine Äußerung machte, die seinen Gesprächspartner unverfälscht frohlocken ließ: «Wahrscheinlich kann man sagen, dass zwischen der Sowjetunion, der Bundesrepublik Deutschland und der DDR keine Meinungsverschiedenheiten über die Frage der Einheit der deutschen Nation bestehen und die Deutschen selbst diese Frage entscheiden». Offenbar aus Angst, dass Helmut Kohl die Bedeutung des Geschenks für ihn nicht begreift, wiederholte Gorbatschow einige Zeit später seine Aussage in noch deutlicherer Fassung: «Die Sowjetunion und die Bundesrepublik Deutschland stellen unter Berücksichtigung der Meinung des [Vorsitzenden des Ministerrates der DDR Hans] Modrow fest, dass sie keine Meinungsverschiedenheiten über die Probleme der deutschen

Einheit und des Rechts der Deutschen haben, ihre Wahl zu treffen». Und noch einmal, damit bei niemandem irgendwelche Zweifel bleiben: «Ich und der Bundeskanzler vertreten die gemeinsame Auffassung, dass die Frage über die Zukunft des deutschen Volkes – und diese Zukunft nähert sich, die Frage seiner Staatlichkeit und die Frage der Wahl, die dieses Volk treffen will, natürlich die Wahl der Deutschen ist». Als Ergänzung wurde die Mitteilung gemacht, dass sich die UdSSR anschickt, Ihre Truppen aus der DDR einseitig abzuziehen<sup>2</sup>.

Die DDR, die wirtschaftlich unvergleichlich schwächer als die Bundesrepublik Deutschland war, durch interne Meinungsverschiedenheiten unter den Bedingungen des wachsenden propagandistischen Drucks aus der Bundesrepublik Deutschland und der direkten Einmischung westdeutscher Politiker hin- und hergerissen wurde, nach der Aufhebung der Kontrolle an der Berliner Mauer offene Grenzen hatte, ein Land, dessen Organe der Staatssicherheit aufgelöst wurden, ein Land, dessen Armeeingehörige nach Hause gingen und dessen Polizei völlig demoralisiert war,

hätte – zumindest in gewissem Maße – die Wahrung seiner Interessen nur gestützt auf die sowjetische Unterstützung durchsetzen können. Die Wirksamkeit einer solchen Unterstützung hingte vom Format der Verhandlungen über die Bedingungen der Vereinigung der Bundesrepublik Deutschland und der DDR ab. Besonders resultativ wäre das Format «Vier-plus-Zwei» gewesen: die Verhandlungen der vier Großmächte mit der Teilnahme der beiden deutschen Staaten. Aber Moskau stimmte – auf Bitte Bonns – dem Format «Zwei-plus-Vier» zu, bei dem alle konkreten Fragen des Beitritts der DDR durch die Deutschen selbst gelöst wurden, das heißt, allein durch die Bundesrepublik Deutschland. Den vier Großmächten verblieb die Bestimmung von äußeren Bedingungen der Erweiterung West-Deutschlands, wobei hier die UdSSR allein blieb (praktisch das Format «Fünf-plus-Eins»): nach den sowjetischen Zugeständnissen demonstrierten die übrigen Teilnehmer der Verhandlungen ihre Treue zu den USA, die sich in den Herrscher der Welt endgültig verwandelten.

Im Ergebnis ist eine Kapitulation in der Frage der Mitgliedschaft der «Großen Bundesrepublik Deutschland» in der NATO unvermeidlich geworden. Moskau gab sich mit dem Verbot zufrieden, das – vor dem Abschluss des Abzugs der sowjetischen Truppen – in den neuen Bundesländern die Stationierung von Kontingenten der Bundeswehr untersagte, die direkt dem Kommando der NATO unterstellt waren, als ob das irgendeine praktische Bedeutung haben könnte. Die Frage der generellen Nichtausdehnung der Allianz nach Osten blieb überhaupt hinter den Kulissen.

Die „Große Bundesrepublik Deutschland« hat das – dem sowjetischen Leader Gorbatschow versprochene – Große Europa mit unserer Beteiligung ersetzt. Man hat uns lediglich eine freundliche Haltung seitens des Westens in Aussicht gestellt. In der Charta von Paris für ein neues Europa, die auf dem KSZE-Gipfeltreffen am 21. November 1990 beschlossen wurde, hieß es: „Das Zeitalter der Konfrontation und der Teilung Europas ist zu Ende gegangen. Wir erklären, dass sich unsere Beziehungen

künftig auf Achtung und Zusammenarbeit gründen werden<sup>3</sup>. Sind aber „Achtung und Zusammenarbeit“ während des vorangegangenen „Zeitalters“ nicht bereits wiederholt in Aussicht gestellt worden? Etwas eindeutiger war die Ausdrucksweise des Vertrages über gute Nachbarschaft, Partnerschaft und Zusammenarbeit zwischen der UdSSR und der Bundesrepublik Deutschland vom 9. November 1990. Aber auch dort ging es lediglich darum, dass die Seiten von der Notwendigkeit überzeugt sind, „ein neues, durch gemeinsame Werte vereintes Europa aufzubauen und eine dauerhafte und gerechte europäische Friedensordnung – einschließlich stabiler Strukturen der Sicherheit – zu schaffen“<sup>4</sup>. Diese guten Worte brauchten einen nicht weniger guten Inhalt. Aber gerade in dieser Frage gab es kein Vorankommen.

Die Vorstellungen des Westens, einschließlich der «Großen Bundesrepublik Deutschland», über ein neues Europa veranschaulichte eindeutig der Beschluss über eine Erweiterung der NATO nach Osten, anberaumt an den Abschluss des Abzugs der Westlichen Gruppe der Sowjettruppen im Jahre 1994. Wie der Westen eine

gerechte Friedensordnung begreift, spiegelte sich in den Nato-Luftangriffen auf Jugoslawien im Jahre 1999 und in den internationalen Räubereien im Nahen Osten und in Nordafrika zu Beginn des 21. Jahrhunderts. Der Slogan einer Partnerschaft mit Russland verwandelte sich in eine absolute Missachtung der russischen Meinung und der russischen Interessen. Im Laufe des ganzen zurückliegenden Viertels des Jahrhunderts reifte die derzeitige angespannte Situation rund um Putschisten an der Macht in Kiew heran. Die Warnungen Moskaus über die unvermeidlichen Folgen des russenfeindlichen Kurses sind kein einziges Mal erhört worden. Auch jetzt sind in den herrschenden Eliten des Westens die Merkmale der Einsicht außerordentlich schwach. Demütiger als je zuvor begnügen sich die Länder Westeuropas, deren Geschichte lang und ruhmreich ist, mit der Rolle gehorsamer Handlanger der Potentaten aus Übersee. Der Prozess der Fäulnis der Europäischen Union schreitet voran.

Und dennoch lohnt es sich nicht, in Verzweiflung zu verfallen. Die Westeuropäer haben einen Bezugspunkt, von dem sie sich

leiten lassen können, wenn die Zeit einer Wende zugunsten einer Politik der Vernunft und der Sicherheit für alle kommt. Das erfolgreiche Vorgehen der deutsch-französisch-russischen «Troika» in den Jahren 2003 – 2004, die die Realitäten einer Perspektive des Großen Europa als eines Zentrums der Einfluss im internationalen Geschehen bezeichnete, bleibt ein Beispiel dafür, was zu tun ist, wenn der Wunsch besteht, den allgemeinen Frieden zu sichern. Das «Normandie-Format» für die Suche nach Beilegung ukrainischer Probleme beweist, dass die «Troika» auch heute noch das einzige reale Werkzeug für die Lösung gesamteuropäischer Krisen bleibt. Die Lehren aus der Geschichte sind eindeutig: die „Große Bundesrepublik Deutschland“ ist durch die Logik der historischen Entwicklung selbst bestimmt, zur treibenden Kraft beim Aufbau des Großen Europa zu werden, und beliebige Abweichungen von diesem Szenario werden stets Misserfolge und Rückschläge für die Deutschen bewirken. Das Wohlergehen des geeinten Deutschlands ist untrennbar mit gesamteuropäischen Prozessen verbunden.



Allen Menschen, die gelegentlich Berlin besuchen, fallen die Veränderungen im Erscheinungsbild der Stadt auf. In letzter Zeit hinterlässt im historischen Teil Berlins den stärksten Eindruck der rasch wachsende Kasten eines Gebäudes, das das Stadtschloss der preußischen Könige darstellen muss. Das Original der Burg wurde beim Sturm auf Berlin 1945 zerstört, und die DDR stellte das Schloss nicht wiederher, sondern baute an der Stelle der Ruinen den Palast der Republik – ein kulturell-politisches Mehrzweckzentrum, in dem auch die Volkskammer – das Parlament der DDR – tagte. Die Behörden der „Großen Bundesrepublik“, die alle Spuren der ostdeutschen Republik ausmerzen, haben den beim Publikum beliebten Palast abgerissen und beschlossen, ihn durch ein Remake zu ersetzen, das äußerlich an die ehemalige königliche Residenz erinnert. Die Ergebnisse überzeugen kaum jemanden.

Georg Diez, Kolumnist der elektronischen Version der Zeitschrift «Spiegel», nannte dieses architektonische Opus der Merkel-Jahre einen „Anschlag auf die Sinne“, einen „grauen Grobian, der da aus tausend hohlen Augen auf Berlin schaut“. In

seinen Augen ist das Gebäude „plump, gewalttätig“, „ein ästhetisches Verbrechen“. Diez erläutert die Entstehung dieses Bauklotzes auf folgende Weise: „Man muss sich ja mal erinnern: Hier wurde wirklich Gleiches mit Gleichem bezahlt. Die DDR riss das Hohenzollernschloss ab, das nur noch eine Ruine war, weil das alte Deutschland den Zweiten Weltkrieg verloren hatte. Und das neue Deutschland riss dann das Parlament der DDR ab, den Palast der Republik, weil die DDR den Kalten Krieg verloren hatte“. Er ist überzeugt, dass das das Ergebnis der Bemühungen nicht lohnenswert war, und meint: „Es ist eine Mischung aus schludrigem Revanchismus und dem Primat des Ökonomischen, wie sie typisch ist für das Berlin der Merkel-Jahre“. Dann fährt er fort: „Hier kann man sehen, wie so etwas passiert, wie etwas entsteht, das vollkommen sinnlos ist, das niemand wirklich will und sich niemand leisten kann: Es ist ein Stück absurdes Theater mitten im Merkel-Land, das sich, so ist die herrschende Meinung, durch „Pragmatismus“ und „Realismus“ auszeichnet – was sich aber, schaut man auf das Schloss, als Unsinn erweist“. Diez

unterstützt den Vorschlag von Vertretern der Kunstschaffenden Berlins und schreibt: „Eine Berliner Künstlerin hat schon eine Initiative für den Rückbau des Schlosses gestartet. Oder man sprengt es einfach noch mal, das wäre wohl die ästhetisch und möglicherweise auch die ökonomisch beste Lösung“<sup>5</sup>.

Frau Merkel wird kaum wollen, dass die Bewertung von Ergebnissen ihrer Regierung genau so vernichtend aussieht. Das ist aber nicht zu vermeiden, wenn die „Große Bundesrepublik“ in der nächsten Zeit an eine von ihr übernommene Verpflichtung nicht erinnert, das Projekt von „Groß-Europa“ umzusetzen. Wie unlängst der bekannte deutsche Journalist Jakob Augstein festgestellt hat, ist heutzutage nicht Wilhelm II., der sich anschickte, Europa zu belehren und zu disziplinieren, gefragt, sondern Bismarck. Manche Deutsche haben nicht vergessen, dass zu den Geboten Bismarcks auch die Freundschaft mit Russland gehört.

1. Von Helsinki bis Budapest: Geschichte der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa/der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) in Dokumenten 1973 – 1994. In drei Bänden, Moskau: Verlag „Nauka“, 1966. B. 1. Seiten 49-52. (in russischer Sprache).

2. Michail Gorbatschow und die deutsche Frage. Sammlung von Dokumenten. Moskau: Verlag „Wesj mir“, 2006. Seiten 343 – 355. (in russischer Sprache).

3. Von Helsinki bis Budapest... B. 2. S. 304.

4. Deutsch-sowjetische Verträge. Bonn: Presse- und Informationsamt, [1990]. S. 75.

5 <http://www.spiegel.de/kultur/gesellschaft/angela-merkel-und-das-stadtschloss-was-sie-gemeinsam-haben-fotostrecke-127261.html>

6 <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/griechenland-deutschland-selbstverliebt-und-selbstgerecht-kolumne-a-1042772.html>

**Schlüsselwörter:** DDR, „Große Bundesrepublik Deutschland“,  
Westberlin, Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland,  
Schlussakte.

## **Russland – Europa: was weiter?**

**Alexej MESCHKOW**

Stellvertretender Außenminister Russlands

Die Situation in der Sphäre der europäischen Sicherheit befindet sich jetzt wohl auf dem niedrigsten Punkt ihrer Entwicklungsbahn. Die heutigen Probleme sind nicht erst gestern entstanden – sie haben sich über die Jahre akkumuliert. Die Ursache für die ernsthafte Abkühlung des politischen Klimas in Europa wurde nicht etwa die ukrainische Krise. Die Widersprüche, die in Gestalt des Konflikts in der Ukraine ihren Höhepunkt erreichten, sind noch in den 1990er Jahren verwurzelt.

Die erste Zeit nach dem Ende des Kalten Krieges war von großen Hoffnungen auf den Aufbau eines gemeinsamen Raumes der Zusammenarbeit, frei von Trennungslinien und Konfrontationsmechanismen, gekennzeichnet. 1994 schlossen wir eine Vereinbarung über Partnerschaft und Zusammenarbeit ab, die

verkündete, wie wichtig die Annäherung zwischen Russland und der EU, die Festigung und Erweiterung des Zusammenwirkens praktisch zum ganzen Spektrum der Tätigkeitsrichtungen sowie die Entwicklung des Dialogs in den unterschiedlichsten Sphären sei. 1997 wurde die Grundakte über die Beziehungen zwischen Russland und der NATO abgeschlossen.

In Wirklichkeit aber waren unsere westlichen Partner nicht dazu bereit, mit Russland offen und auf gleicher Ebene zu sprechen, ohne ihm ihre Herangehensweisen und Kriterien aufzudrängen. Obwohl der Kalte Krieg der Vergangenheit angehört, leben in vielen Köpfen in den USA und in Europa immer noch seine Überbleibsel – Einstellungen der Ideologie des Gegenüberstehens, der Feindseligkeit, des Misstrauens. Verbal Prinzipien der Aufgeschlossenheit deklarierend, hat man sich in der NATO nicht entschlossen, die Zügelungsmechanismen aus der Epoche des Gegenüberstehens der Blöcke abzubauen.

Anfang der 1990er Jahre stand die Welt am Scheideweg. Man konnte den Weg des Aufbaus eines neuen offenen Modells der

internationalen Beziehungen beschreiten, man konnte in der Praxis die Prinzipien verwirklichen, die in Helsinki 1975 verankert wurden. Aber leider war man im Westen anderer Meinung. Die Oberhand gewann die konjunkturelle Absicht, die im Ergebnis des Kalten Krieges erzielten internationalen Positionen zu festigen. In Washington und in Brüssel meinte man offensichtlich, es sei richtig, nicht auf die in Jahrzehnten ausgearbeiteten außenpolitischen Mechanismen zu verzichten, sondern sie unter den neuen Bedingungen zu nutzen – nun bereits zur Festigung der eigenen Dominanz in der Welt. Und so kam es, dass statt des Aufbaus eines neuen gemeinsamen Systems der europäischen Sicherheit beschlossen wurde, nicht nur die NATO zu erhalten, sondern ihren geopolitischen Einfluss in der Eigenschaft eines „elitären Klubs“ zu erhalten, der die grundlegenden Fragen der europäischen Sicherheit in der eigenen ausschließlichen Kompetenz lässt. Dieselben Herangehensweisen erbte die EU hinsichtlich der Wirtschaft.



Eine solche „neue blockgebundene“ Herangehensweise prädestinierte faktisch das Schicksal aller Bemühungen, die auf die Bildung effektiver gesamteuropäischer Plattformen zur Erörterung und zum Treffen von Entscheidungen zu Kernproblemen des europäischen Kontinents gerichtet waren. Unter die verpassten Möglichkeiten gerieten somit solche wichtigen Initiativen wie der im Jahr 2008 von Russland vorgeschlagene Vertragsentwurf über die europäische Sicherheit, der darauf gerichtet war, dem mehrfach auf verschiedensten Ebenen und in verschiedensten Formaten bestätigten Prinzip der unteilbaren Sicherheit, laut dem keiner seine Sicherheit auf Kosten der Sicherheit anderer hätte festigen können, juristisch verbindlichen Charakter zu verleihen. Das gilt ebenso für verschiedenste Ideen internationaler koordinierender Mechanismen, darunter für die deutsche Meseberger Initiative von 2010 über die Bildung eines Komitees Russlands und der EU zu Fragen der Außenpolitik und Sicherheit. Auch die beim Gipfeltreffen der OSZE 1999 in Istanbul verabschiedete Plattform

der kooperativen Sicherheit, als deren Initiator und Autor übrigens die Europäische Union aufgetreten war, konnte ihr Potential nicht entfalten.

Ein jedes Mal, wenn es zu einer gegenständlichen Erörterung kam, hörten wir von unseren westlichen Nachbarn Argumente, dass irgendwelche Vorbedingungen nicht erfüllt wären oder dass es unzulässig wäre, sich in ihren internen Prozess des Treffens von Entscheidungen einzumischen. Im Rahmen der „Siegerlogik“ wurde uns jedes Mal ein Schema des Zusammenwirkens nach dem Prinzip „Führender – Geführter“ ausschließlich im Einklang mit der westlichen Tagesordnung vorgeschlagen. Die offene Diskussion zu ernsthaften Fragen der europäischen Ordnung wurde dabei nicht als Instrument zum Erzielen eines gegenseitigen Verstehens auf dem Kontinent wahrgenommen, sondern als „Belohnung für ein gutes Benehmen“.

Eine derartige Philosophie führte zu einer Situation, wo in Europa immer weniger Ebenen für eine effektive Regelung von Kollisionen der Interessen von Staaten blieben, was bedingt war

durch das stürmische Anwachsen des Konsensdefizits zu lebenswichtigen wirtschaftlichen, humanitären und militärpolitischen Fragen des europäischen Kontinents. Infolge dessen degradierte allmählich das Vertrauen.

Das erste und wirklich ernste Klingelzeichen wurde die Kosovo-Krise 1999, als die Länder der NATO grob gegen Kernbestimmungen des Völkerrechts, gegen die Prinzipien der Schlussakte von Helsinki, die NATO-Russland-Grundakte und die Normen des humanitären Rechts verstoßen haben. Im Grunde genommen wurde ein anderes Land – ein Mitglied der OSZE – überfallen. Die barbarische Bombardierung friedlicher Städte und Dörfer eines souveränen europäischen Staates dauerte 78 Tage. Die „humanitäre Intervention“ der NATO in Jugoslawien wurde der stärkste Schlag gegen die Grundprinzipien der internationalen Beziehungen, sie schadete stark dem Vertrauen zwischen den Staaten, sie provozierte die Rückkehr der militärischen Sicherheitsaspekte im euroatlantischen Raum als auch außerhalb auf die Vorbühne. Die Kosovo-Krise demonstrierte das Festhalten

der NATO-Länder an der Taktik der Einschüchterung und des Einsatzes von Gewalt gegen Nichteinverständene. Danach folgten mehrere Wellen der NATO-Erweiterung, die die Architektur der europäischen Sicherheit noch mehr aus dem Gleichgewicht brachten.

Auch in der Wirtschaftssphäre standen die Dinge nicht besser. Verbal anderen das Recht auf irgendwelche Einflusszonen absprechend, fuhr die Europäische Union faktisch konsequent fort, ihre ausschließliche Zone auf Kosten der Nachbarn zu erweitern, zu denen sie die Beziehungen nach dem Prinzip „entweder oder“ aufbaute, was bedeutete, auf die eigenen traditionellen Beziehungen zu anderen Partnern zu verzichten. Es ist unschwer zu verstehen, wie explosiv die entstandene Situation für die postsowjetischen Staaten wurde, die sich noch im Prozess der Konsolidierung ihrer demokratischen Institute und in der Herausbildung eines gesamtnationalen Konsenses befanden.

Der nicht vorhandene Wunsch der EU-Führung in Brüssel, die Besonderheiten, die Interessen und Sorgen anderer Staaten,

darunter auch zu den für sie lebenswichtigen Fragen, zu berücksichtigen, offenbarte sich am deutlichsten bei der Vorbereitung des Assoziierungsabkommens der EU mit der Ukraine. Entgegen der elementaren Logik ließ man in der Europäischen Union keinerlei Argumente gelten, man unterstützte nicht den Vorschlag der ukrainischen Führung, die Unterzeichnung des Dokuments aufzuschieben und Konsultationen im Format EU – Ukraine – Russland durchzuführen, um mögliche negative ökonomische Folgen des Abschlusses dieses Abkommens zu erörtern. Das führte zu einer Spaltung der ukrainischen Gesellschaft, zu einem Staatsumsturz und einem blutigen Bürgerkrieg, der bereits das Leben Tausender friedlicher Menschen gefordert hat. Zur Mitte des Jahres 2014 stimmte Brüssel dreiseitigen Konsultationen zu, die Implementierung des ökonomischen Teils des Abkommens wurde verschoben. Hätten die Europäer den Argumenten Kiews schon 2013 Gehör geschenkt, hätte man die Tragödie in der Ukraine vermeiden können.

Es muss festgestellt werden, die wichtigsten Faktoren für eine Eskalation der Krise war die nicht vorhandene Bereitschaft der westlichen Partner, irgendwie auf ihre Ansprüche zu verzichten, außerdem gingen sie sehr frei mit den Prinzipien der OSZE um. Schon in der Anfangsetappe der Proteste in Kiew trat der Westen eindeutig auf der Seite der regierungsfeindlichen Kräfte auf, ohne deren extremistische Orientierung und deren Absichten, gewaltsam einen Machtwechsel zu bewirken, Aufmerksamkeit zu schenken. Eine derartige Herangehensweise widerspricht den Prinzipien der Schlussakte von Helsinki, wo die Verpflichtung verankert ist, sich einer direkten oder indirekten Unterstützung untergrabender Tätigkeit zu enthalten, die auf den gewaltsamen Sturz des Regimes eines anderen Teilnehmerlandes gerichtet ist. Aber gerade das war ja buchstäblich am Tage nach der Unterzeichnung der Vereinbarung zwischen der Macht und der Opposition über Maßnahmen zur Regelung der Krise geschehen (als ihre Garanten waren EU-Länder aufgetreten!). Der nicht konstitutionelle Machtwechsel in Kiew wurde in Europa und den

USA mit einem Schweigen übergangen. Man ignorierte auch die Bildung einer „Regierung der Sieger“ in Kiew statt einer Regierung der nationalen Einheit. Von den „Verfechtern der Menschenrechte und Demokratie“ kam dieses Mal keinerlei klare Reaktion auf die von den neuen ukrainischen Behörden entfesselte Kampagne der Verfolgung nicht genehmer Politiker und Journalisten. Die westlichen Partner zeigten, dass die Erfüllung der von ihnen selbst deklarierten Prinzipien – der Oberherrschaft des Gesetzes, der Menschenrechte, des politischen Pluralismus, der Pressefreiheit, der Rechte nationaler Minderheiten – ganz und gar nicht obligatorisch ist, wenn es „politisch unzweckmäßig“ ist.

Mit dem Anwachsen der Krise zwang die Furcht, die eigenen Fehler zugeben zu müssen, den Westen dazu, einen von Anfang an in die Sackgasse führenden Weg zu wählen und alle Schuld ausschließlich Russland zuzuschieben, indem der politische und wirtschaftliche Druck verstärkt und das Zusammenwirken mit unserem Land eingeschränkt wurden.

Die ukrainische Krise diene sozusagen als Schleifstein, der das wahre Wesen der Beziehungen des Westens zu Russland offenbarte. Wie bei Wladimir Wyssotzki: „Kein Freund und auch kein Feind“. Aus einem „strategischen Partner“ verwandelten wir uns wegen aller denkbaren und undenkbaeren Sünden in einen Angeklagten. Dieser negative Prozess hat bereits eine eigene Trägheitsdynamik erlangt: eine beliebige Sitzung der EU, in der die ukrainische Problematik berührt wird, endet mit der Erörterung von Sanktionen gegen Russland. Die NATO, die schon im April 2014 ihre ganze Zusammenarbeit mit Russland gestoppt hatte, in vielem zum Schaden der internationalen Bemühungen im Kampf gegen neue Herausforderungen und Bedrohungen, fährt fort, Maßnahmen zur Aufstockung ihrer militärischen Präsenz und Infrastruktur an unseren Grenzen zu ergreifen.

Selbst in der Sphäre der energiewirtschaftlichen Zusammenarbeit, in der Russland und die Länder der Europäischen Union scheinbar natürliche Partner sind, wurden wir auf Initiative der EU wesentlich zurückgeworfen. Man ignoriert



die objektive Tatsache reicher Vorkommen an Kohlenwasserstoffen im Nachbarland, die bereits geschaffene Infrastruktur zu ihrer Lieferung, die der EU-Wirtschaft im Grunde genommen natürliche Konkurrenzvorteile gewährleistet hatte und weiterhin gewährleistet. Das Vorhandensein eines technologisch entwickelten Nachbarn, der zudem einen aufnahmefähigen Markt besitzt, wie es die Europäische Union ist, ist auch für Russland sehr gut.

Dass diese These richtig ist, bestätigte sich bereits in den 70er und 80er Jahren des vergangenen Jahrhunderts, als die berühmten Verträge „Gas im Tausch gegen Rohre“ abgeschlossen wurden. Damals konnten die Führer der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, vor allem Deutschland, ihre Zweifel und den Druck der inneren konservativen Kräfte und überseeischen Partner überwinden und eine Vereinbarung unterzeichnen, die nicht nur für Jahrzehnte die Energiesicherheit Europas garantierte, sondern auch einen großen Beitrag zur Gewährleistung des

gesamteuropäischen Prozesses leistete. Die Bewegung aufeinander zu war demnach gegenseitig.

Die Revision der grundlegenden Herangehensweisen der Europäischen Union Mitte der Nulljahre dieses Jahrhunderts führte dazu, dass die Führungsorgane der EU immer mehr ihre geopolitischen Ambitionen in den Vordergrund rückten. Es offenbarte sich ein durchaus offensichtlicher Prozess einer allmählichen Umwandlung der EU und ihrer Beziehungen zu Russland. In der EU setzte man nun auf eine Diversifizierung der Energieträgerquellen – koste es, was es wolle, auf einen Verzicht auf die gegenseitig vorteilhafte Zusammenarbeit mit Moskau. Brüssel unterstützte faktisch die Kiewer Machthaber, als jene begannen, Gas aus der Pipeline des für die europäischen Verbraucher bestimmten russischen Gases zu entnehmen (hierzu vergaßen sie sogar ihre Solidarität und opferten die erfrierenden Bewohner Südosteuropas). Statt einen gemeinsamen Wirtschaftsraum zu schaffen, dessen zentrales Glied die zugänglichen Energieressourcen Russlands und die hohen

Technologien der EU-Länder hätten sein können, sprachen sie faktisch über die Zügelung einer gewissen Energie-„Expansion“ Moskaus. 2014 verabschiedete man in der EU die „Europäische Strategie der Energiesicherheit“. Als eines ihrer Hauptziele wurde der allmähliche Abbau der Zusammenarbeit mit Russland in der Energiesphäre verkündet. Im Februar dieses Jahres schlug die Europäische Kommission das Konzept der Bildung einer Energieunion vor, in dem man unser Land im Grunde genommen aus der Zahl der Partner der EU ausschließt, und zwar mit der Möglichkeit einer künftigen „Umformatierung“ der Beziehungen zu Russland, „sollten es die Umstände erlauben“.

Nach Washington formulierte auch Brüssel eine „schwarze Liste“ natürlicher und juristischer Personen, die im Zusammenhang mit den ukrainischen Ereignissen erstellt wurde und nun weiter ergänzt wird. Gegenwärtig umfasst die EU-Liste 86 russische gesellschaftspolitische Persönlichkeiten und 65 Vertreter des Südostens der Ukraine, außerdem 29 russische Unternehmen. Die Europäische Union stellte die Verhandlungen

über die neue Grundsatzakte Russland-EU und den Dialog über die Einführung des visafreien Reiseverkehrs ein, sie hat die Perspektiven der Zusammenarbeit in der militärischen Sphäre quasi „eingefroren“, sie blockierte die Arbeit faktisch aller Zweigebenen, und selbst die Kontakte auf Expertenebene wurden auf ein Minimum reduziert.

Man schlug den Kurs ein, Russland von multilateralen Formaten des Zusammenwirkens „fernzuhalten“. Im Januar 2015 wurden der russischen Delegation in der PACE die Hauptvollmachten und Möglichkeiten zu einer vollwertigen Teilnahme an der Tätigkeit dieses internationalen Forums genommen. In Verbindung mit der Einreiseverweigerung für den Leiter der russischen Delegation, den Staatsduma-Vorsitzenden der Föderalen Versammlung der Russischen Föderation S. J. Naryschkin, nach Finnland (diese Verweigerung wurde mit internen Entscheidungen der EU motiviert) konnte die russische Delegation nicht an der Juli-Sitzung der Parlamentarischen

Versammlung der OSZE teilnehmen, die dem 40. Jahrestag der Unterzeichnung der Schlussakte von Helsinki gewidmet war.

Brüssel ergriff Russland gegenüber sektorale restriktive Maßnahmen, die insbesondere das Verbot des Handels mit Waffen und Militärtechnik, der Lieferungen von Ausrüstung und Technologien doppelter Zweckbestimmung an neun russische Betriebe sowie für den Bedarf der Streitkräfte der Russischen Föderation vorsehen. Es verfügte Einschränkungen für die Lieferung von Ausrüstung und die Gewährung von Dienstleistungen für den russischen Brennstoff- und Energiekomplex, ebenso für den Zugang der wichtigsten russischen Banken zu den Finanzmärkten auf dem Territorium der EU. Es wurden Verbote in den Sphären Handel und Investitionen hinsichtlich der neuen Subjekte der Föderation – der Krim und Sewastopols – erlassen. Und diese Liste kann fortgesetzt werden.

Bemerkenswert ist, dass es die Europäische Union im Gespräch mit uns vorgezogen hat, nicht den Weg der Verhandlungen und politischen Konsultationen, sondern den der

Wirtschaftssanktionen in den für die Wirtschaft des Landes sensibelsten Sphären zu nutzen. Das ist eine bewusste Wahl der EU zugunsten einer politischen Engagiertheit zur Zügelung Russlands, die über die ökonomische Zweckmäßigkeit dominiert. Zugleich wurden die Grenzen der Eigenständigkeit Brüssels beim Treffen von unabhängigen, vom „überseeischen Einfluss“ freien politischen Entscheidungen deutlich.

Die sogenannten Sanktionen der USA und der EU sind nicht nur illegitim (denn Sanktionen können nur auf Beschluss des Sicherheitsrates der UNO verhängt werden), sondern in ihrem Wesen auch konterproduktiv, da sie im Prinzip unfähig sind, Russland zu nötigen, seine Position zu verändern – weder zur ukrainischen noch zu irgendeiner anderen Frage. Die Absurdität der Sanktionen demonstriert bestens ihre Verknüpfung mit Forderungen ausschließlich an Russland, das keine Seite des Konflikts ist (beliebige Handlungen Kiews werden dabei aus dem gegebenen Kontext überhaupt herausgenommen), aber ebenfalls ihre deutliche Losgelöstheit von der sich gestaltenden Situation –

so wurde ein weiteres Sanktionspaket eingeführt, gleich nachdem in Minsk wichtige Vereinbarungen zur Regelung erzielt worden waren.

Man wundert sich wirklich, dass das „zivilisierte“ Europa des 21. Jahrhunderts, das in aller Welt die Prinzipien der Demokratie voranzubringen sucht – die Menschenrechte, die Redefreiheit, den Rechtsstaat, dem geopolitischen Appetit zuliebe bereit ist, seine eigenen Werte „zu vergessen“, indem es der friedlichen Bevölkerung des Donbass Grundrechte abspricht und sich weigert, die wirklich freie Wahl der Bewohner der Krim zugunsten einer Wiedervereinigung mit Russland zu akzeptieren.

Gleichzeitig ist man sich in der Europäischen Union bestens bewusst, dass ohne eine russische Teilnahme unmöglich die internationalen und regionalen Kernprobleme zu bewältigen sind. Ein Beispiel der jüngsten Zeit sind die gefundenen Lösungen zum iranischen Atomprogramm. Eine derartige Dichotomie in Brüssels Strategie verwischt gewissermaßen die harte Position mancher unserer bekannten „Gönner“ unter den EU-Ländern, die

versuchen, um Russland einen „Eisernen Vorhang“ wirtschaftlicher Sanktionen und einer politischen Isolierung zu schaffen.

Wie lange wird die Krise in den Beziehungen zwischen Russland und dem Westen dauern? Hat sie ihre Talsohle erreicht? Die Antworten auf diese Fragen werden vor allem von unseren Partnern abhängen, davon, ob sie politische Weisheit offenbaren und zugunsten einer Rückkehr zum normalen Dialog auf den Druck auf unser Land verzichten können, aber auch davon, ob es gelingen wird, das verlorene Vertrauen wiederherzustellen. Für uns ist offensichtlich, dass man die Sanktions-Sackgasse überwinden muss. Zugleich sollte klar sein, dass wir keinerlei Kriterien für eine Aufhebung der Sanktionen erörtern werden. Den ersten Schritt zu ihrer Aufhebung müssen jene tun, die sie verhängt haben.

Sobald der Westen ein Streben zur Entwicklung einer wahren Partnerschaft mit Russland demonstriert, werden wir bereit sein, die Zusammenarbeit in den Sphären wiederaufzunehmen, die ein



gegenseitiges Interesse darstellen. Dabei muss allerdings bemerkt werden, dass sich die einheimischen Operatoren, je länger der Sanktionsdruck auf Moskau anhalten wird, desto stärker auf andere Partner umorientieren werden – auf die Eurasische Wirtschaftsunion, auf Asien, Lateinamerika, Afrika, und desto spürbarer wird der Bruch der früheren Kooperationsbeziehungen sein, desto schwieriger wird es sein, sie wiederherzustellen. Wir stellen uns und bieten unseren Partnern eine ganze Reihe durchaus lösbarer Aufgaben, die die Normalisierung der Beziehungen fördern können.

Erstens sehen wir es als wichtig an, die sogenannte Integration der Integrationen – der eurasischen und der europäischen – im Interesse der Herausbildung eines gemeinsamen ökonomischen und humanitären Raumes vom Atlantik bis zum Pazifik zu entwickeln. Das wird es unserem Kontinent erlauben, eine Fragmentierung zu vermeiden, sich in Richtung einer Vereinigung der Märkte, der Harmonisierung der Handels- und Investitionsregime, der Liberalisierung des Handels gemäß den

Regeln und Normen der WTO zu bewegen, und das Business unserer Länder wird seine Konkurrenzfähigkeit steigern können. Die Stütze einer solchen Partnerschaft kann unseres Erachtens die Zusammenarbeit zwischen der Eurasischen Wirtschaftsunion und der Europäischen Union, zwischen der Eurasischen Wirtschaftskommission und der europäischen Kommission werden.

Zweitens bleibt unser Vorschlag, in international-rechtlicher Form das Prinzip der Unteilbarkeit der Sicherheit im euroatlantischen Raum zu verankern, „auf dem Tisch“. In einem Neustart des Dialogs zu den grundlegenden Fragen der Sicherheit im euroatlantischen Raum sowie in Eurasien sehen wir keine schlechten Perspektiven für eine Erörterung. Der im Rahmen der OSZE anhaltende Prozess „Helsinki plus 40“ umreißt einen Aufgabenkreis zur praktischen Umsetzung des Prinzips der unteilbaren Sicherheit und bildet die Grundlage für die weitere Arbeit zur Herausbildung eines ausgewogenen Systems der europäischen Sicherheit.

Diese Arbeit reicht deutlich über den Rahmen des Jubiläumsjahres 2015 für die OSZE hinaus. Im Grunde genommen geht es darum, dem Helsinki-Prozess ein zweites Leben einzuhauchen. Hierzu ist die erneute Bekräftigung aller Helsinki-Prinzipien erforderlich. Sie müssen von allen Teilnehmerstaaten unter den heutigen Bedingungen auf gleiche Art verstanden und praktisch umgesetzt werden. Man muss die schwierigsten Probleme in Angriff nehmen, die in den letzten zwei Jahrzehnte nicht gelöst wurden und sich akkumuliert haben, einschließlich der Suche nach einem Konsens zum Verhältnis zwischen der territorialen Integrität der Staaten und dem Recht der Nationen auf Selbstbestimmung sowie der Bekräftigung, dass ein nicht konstitutioneller Machtwechsel und die Unterstützung extremistischer Kräfte unakzeptabel sind. Die bereits erwähnte Frage des Aufbaus eines gemeinsamen Wirtschaftsraumes entspricht durchaus den Aufgaben der wirtschaftlich-ökologischen Dimension der OSZE.

Drittens geht es um die gemeinsame Regelung internationaler und regionaler Probleme. Der Imperativ einer Zusammenarbeit mit Russland bei der Verwaltung von Wasserressourcen, bei der Regelung der Krisen in Syrien, im Irak, in Libyen, im Jemen, aber ebenso im Kampf gegen den Terrorismus wird von allen anerkannt. Hierzu gehören auch die Nichtweitergabe von Massenvernichtungsmitteln, die Rüstungskontrolle, die Bekämpfung des Drogenschmuggels und der illegalen Migration, das Zusammenwirken in der humanitären Sphäre sowie die Überwindung der Folgen des Klimawandels.

Zugleich ist durchaus offensichtlich, dass es problematisch sein wird, in der nahen, aber vielleicht auch mittelfristigen Perspektive das frühere Niveau der Kontakte zwischen Moskau und Brüssel wiederherzustellen. Und das liegt nicht etwa am „Krim-Faktor“ oder an der Regelung der Situation im Donbass. Das Wesen des Problems besteht in der Ideologie des Wettstreits, die der Westen in seinen Beziehungen zu anderen großen Akteuren in der Weltarena verfolgt. Natürlich ist es schwer, auf

das Postulat der eigenen Ausschließlichkeit und Unfehlbarkeit zu verzichten, aber früher oder später wird das getan werden müssen, denn die Welt ist heute bereits eine andere. Es wächst die Zahl der Länder und der regionalen Vereinigungen, die eigene rechtmäßige Interessen besitzen und nicht bereit sind, bedingungslos Anweisungen aus dem Ausland zu befolgen. Ob sie es wollen oder nicht, werden sich unsere westlichen Kollegen damit abfinden müssen, denn man kann sich nicht gegen objektive Prozesse in den internationalen Angelegenheiten stellen.

Es existiert auch ein anderer wesentlicher Aspekt. Aus manchen westlichen Hauptstädten erklingt oft die These, ein Business mit Russland in der üblichen Art sei unmöglich. Und das stimmt. Allerdings weil Russland selbst nicht bereit ist, zu einem solchen Typ der Beziehungen zurückzukehren, wo die Partner einen an der Nase herumführen. Es ist an der Zeit, dass das alle begreifen. Nur die gleichberechtigte, gegenseitig vorteilhafte Zusammenarbeit kann der Unterpfand für den Aufbau eines wirklich geeinten, sicheren und prosperierenden Europas sein.

**Schlüsselworte:** Russland – Europa, europäische Sicherheit,  
ukrainische Krise, Sanktionen, OSZE

## **Getötet – nicht registriert...**

**Armen OGANESSJAN**

Chefredakteur der Zeitschrift „Internationales Leben“

Heutzutage hört man oft die Frage: „Warum verschließen die Vereinigten Staaten von Amerika und deren nicht weniger demokratische Verbündete in Europa die Augen vor den Massenverbrechen an der Zivilbevölkerung in Donbass?“ Ein solches Verhalten zu den Ereignissen in der Ukraine ist in Wirklichkeit kein Zufall und hat seine Vorgeschichte.

Gleich nach der Beendigung des Zweiten Weltkrieges forderten die USA in der Absicht, den monopolistisch herrschenden Dollar die Welt regieren zu lassen, das überlebte Kolonialsystem der Herrschaft von Europäern in Afrika, Asien und im Nahen Osten heraus. Zusammengebrochen war das Britische Weltreich. Ihm folgten schwächere „Kolonialreiche“, Protektorate, abhängige Territorien und Kolonien.

Auf der Frühetape des Zusammenbruchs alter Kolonialbeziehungen sind die USA und die UdSSR beinahe zu Verbündeten in gewissen wichtigen Aspekten der Ideologie der Dekolonisierung geworden. Die beiden Seiten sparten nicht an Farben, um die unzähligen Opfer und Leiden anzuprangern, die den Völkern die Kolonisatoren und deren Helfershelfer gebracht hatten.

Es schien, dass ein neues Zeitalter der friedlichen wirtschaftlichen Expansion beginnt, in das sich auch die Sowjetunion einfügt, die sich zu den Prinzipien der friedlichen Koexistenz und des wirtschaftlichen Wettbewerbs bekannte.

Franklin Roosevelt (nach Woodrow Wilson) nahm an: die idealistische Hoffnung darauf, dass universelle demokratische Werte, deren Muster die USA waren, und die daraus resultierende wirtschaftliche Dominierung harmonisch und, was wohl besonders wichtig war, gewaltlos die Welt regieren und für den Aufbau einer neuen Weltordnung eine Carte blanche zugesprochen bekommen würden.



Realitäten erwiesen sich nicht nur prosaischer...

Mit Ausnahme einer sehr kurzen Nachkriegsperiode rafften lokale Kriege Hunderttausende und sogar Millionen Menschenleben dahin.

Die unabhängige Forschungsorganisation „Zentrum für Untersuchung der Globalisierung“ (Quebec, Kanada) hat einen Artikel des bekannten Amerikanisten CJ Werleman veröffentlicht, in dem die USA beschuldigt werden, sich um ihre Schuld an einer außerordentlich hohen Zahl von Menschenopfern zu drücken. Nach Ansicht des Autors ist daran nicht nur die aus dem Prinzip „Zweck heiligt die Mittel“ erwachsene Ideologie schuld, sondern auch eine unverblünte Zensur, hinter der sich eine ganze Geschichte der Bagatellisierung von Opfern unter der Zivilbevölkerung oder gar ihre völlige Verheimlichung verbergen.

Wenn Sie erfahren möchten, wie viele friedliche Einwohner in Vietnam und Kambodscha infolge der Kriegsoperationen der USA ums Leben gekommen sind, hängt die Antwort, wie der Autor des Artikels behauptet, davon ab, wen Sie fragen. Laut offiziellen

Angaben sind es rund 2 Millionen Menschen. Doch zitieren unabhängige Rechnungen von Nichtregierungsorganisationen die Zahl von 4 Millionen Toten. Die offizielle Statistik erwähnt dabei gar nicht 500000 Menschen, die infolge des Einsatzes amerikanischer chemischer Waffen langsam und qualvoll gestorben sind.

CJ Werleman erinnert daran, dass Präsident Bush bei der Beantwortung der Frage „Wie viele friedliche Iraker in den Jahren 2003 bis 2010 ums Leben gekommen sind?“ die Zahl von 30000 genannt hat. Im November 2004 führte aber die angesehene britische medizinische Zeitschrift «The Lancet» eine Untersuchung durch, die gezeigt hat, dass „mehr als 100000 Iraker infolge gewaltsamer Einwirkungen gestorben sind“.

Wie aus den jüngsten Angaben des Pentagons hervorgeht, führten die Luftangriffe gegen die ISIS-Positionen in Syrien zum Tod zweier Kinder. Ein von der unabhängigen Organisation «Airwars» vorbereiteter neuer Bericht teilt mit, dass infolge der Luftangriffe der westlichen Koalition im Nahen Osten

591 Menschen ums Leben gekommen sind. Und das ist lediglich in 50 nachgeprüften Fällen geschehen.

Lohnt es sich denn, darüber zu staunen, dass die westlichen Länder den Entwurf einer Resolution Russlands im UNO-Sicherheitsrat sperrten, der verpflichten sollte, eine ausführliche Untersuchung von Methoden und Typen solcher Operationen in Libyen vorzunehmen.

Wie CJ Werleman meint, liegt dem amerikanischen Bildungssystem die Gleichgültigkeit Amerikas gegenüber der Ermordung und dem Leiden ausländischer „Wilder“ zugrunde. Lediglich 42 von 58 Lehrbüchern, die in den USA erschienen sind und den Abwurf der Atombomben auf Japan erwähnen, berichten über zivile Opfer in Hiroshima (und nur 18 Lehrbücher über die Opfer von Nagasaki). Viele Lehrbücher zitieren eine erheblich verminderte Anzahl von Opfern im Vergleich zu den Angaben der UNO.

Diese Umstände zwangen die Belletristin und Geschichtsschreiberin Susanne Southard, ein Buch mit dem Titel

«Nagasaki: das Leben nach dem Atomkrieg» zu schreiben Die Autorin sammelte die Unterlagen für ihr Buch mehr als zehn Jahre lang: sie befragte Personen, die einen nuklearen Angriff überlebt hatten. Wie Susanne Southard bezeugt, sind die schrecklichen Folgen des Atombombenabwurfs durch die amerikanische Militär-Zensur verheimlicht worden. Verweigert wurde sogar eine Veröffentlichung der Ergebnisse von wissenschaftlichen Untersuchungen der Strahlenkrankheit, was die richtige Behandlung von Kranken und Sterbenden erschwerte. Ein Verbot für das «nukleare Dossier» wurde erst in den 1950er Jahren aufgehoben. Was besonders erstaunlich ist, wie ein Rezensent der Zeitschrift «The Economist» schreibt, «blieben zu jener Zeit die Opfer der Bombenangriffe, die an den Folgen der Strahlenkrankheit nicht gestorben waren, viele Jahre ohne eine staatliche Unterstützung. Ihre schrecklichen Verletzungen und Symptome wurden oft vom System der nationalen Krankenversicherung nicht berücksichtigt. Ihre Missbildungen bewirkten eine jahrelange Verhöhnung in der Schule und eine soziale Ausgrenzung“.

Susanne Southard eröffnete die kaum bekannte Seite der am wenigsten bekannten Opfer von Nagasaki: 10000 Koreaner, die 11 Jahre lang für das Recht gekämpft hatten, auf der gleichen Grundlage medizinisch behandelt zu werden wie die mitbetroffenen Bürger Japans.

CJ Werleman schlägt den Lesern vor, Ihre eigene Umfrage durchzuführen. «Wenn Sie die Kommunikation im Chat mit den Amerikanern pflegen, fragen Sie Ihre Chat-Partner, wie viele Zivilisten in Vietnam, Hiroshima, Nagasaki, Irak, Syrien, Panama, Kuba, Nicaragua, Korea u.a.m. getötet worden sind. Entweder wissen die Amerikaner nichts oder drücken sie sich von der Antwort».

Nimmt es denn wunder, dass eine derartige Einstellung die amerikanischen Politiker und einen bedeutenden Teil der Amerikaner unempfindlich gegenüber den Opfern unter den friedlichen Einwohnern des fernen Donbass macht? Hinzu kommt: alles muss ja harmonisch und „blutlos“ ablaufen, wenn „gesamtmenschliche“ demokratische Werte verteidigt werden, die in einer idealen Welt Blut und Leiden ausschließen.

**Schlüsselwörter:** USA, Opfer unter der friedlichen Bevölkerung,  
Donbass, Libyen, Syrien

# **Jalta – eine Epoche von 70 Jahren**

**Jewgenija PJADYSCHewa**

Verantwortliche Sekretärin der

Zeitschrift „Internationales Leben“,

Kandidatin der historischen Wissenschaften

**Alexej FILITOW**

wissenschaftlicher Chefmitarbeiter des Instituts für allgemeine

Geschichte

der Akademie der Wissenschaften Russlands,

Professor, Doktor der historischen Wissenschaften

**Jewgenija Pjadyschewa:** Vor 70 Jahren – vom 4. bis 11. Februar 1945 – fand die Konferenz in Jalta (Krim-Konferenz) der alliierten Mächte statt. Zum zweiten Mal während des Zweiten Weltkrieges trafen sich die führenden Politiker der Länder der Antihitlerkoalition –

der UdSSR, der USA und Großbritanniens: Stalin, Roosevelt und Churchill.

Im Laufe jener Woche ist man übereingekommen, wie und in welchen Grenzen die Nachkriegswelt leben soll. Entscheidungen, die damals – und etwas später auf der Potsdamer Konferenz – über die Grenzen und Interessensbereiche getroffen worden waren, wurden seitdem ein halbes Jahrhundert lang im großen und ganzen erfüllt. Die 1990er Jahre haben die Situation verändert. Und dennoch: ungeachtet der Zerschlagung Jugoslawiens, der Invasion in Irak u.a.m. hörte man immer noch Erklärungen unserer westlichen Partner bezüglich der Treue zur Nachkriegsweltordnung – zum Jalta-Potsdam-System.

Und heute, da die Welt am Rande einer gefährlichen Unstabilität balanciert, scheint es, dass ein Jubiläum der Jalta-Konferenz, eines fürwahr epochalen Ereignisses, das in den internationalen Beziehungen einmalig bleibt, zu einer konzeptuellen und ideologischen Stütze der auseinanderfallenden Welt werden könnte. Und wenn die Hauptprinzipien des Friedens von Jalta erneut bekräftigt wären,



könnte man evolutionsmäßig in Richtung des Aufbaus eines neuen politischen Systems marschieren und sich dabei bewusst werden, dass der heutige internationale Raum polyzentrisch ist.

Allerdings wird versucht, Jalta mit Schweigen zu übergehen. Wenn man sich schon darüber äußert, dann in dem Sinne, dass die heutige Welt völlig andere geworden ist, während sich die Herangehensweise von Jalta überholt hat. Heutzutage entstellt man besonders unverblümt – sogar frech – den Sinn der Ergebnisse des Zweiten Weltkrieges. Das tun nicht nur die Politiker, die sich von der augenblicklichen Konjunktur leiten lassen, sondern auch Politologen und Historiker. Sie vermischen die Ziele Hitler-Deutschlands und der Sowjetunion, identifizieren den Stalinismus mit dem Nazismus. Angeblich sind die Ziele der zwei „totalitären Ungeheuer“ die gleichen gewesen.

Genauigkeitshalber soll darauf hingewiesen werden, dass Tendenzen dieser Art nicht erst heute entstanden sind. USA-Präsident G. Bush sprach, wie ich mich erinnere, bei den Feierlichkeiten anlässlich der offiziellen Einladung Litauens in die

NATO davon, dass von nun an weder die von Diktatoren markierten Grenzen noch München und Jalta möglich wären. Was besonders zynisch klingt, erklären die heutigen Politiker von Staaten, denen unser Land Frieden und Freiheit gebracht hat, dass Russland mit der Befreiung ihrer Staaten von den Faschisten nichts zu tun hat.

An dieser Stelle möchte ich nochmal betonen, dass die Jalta-Konferenz ein Beispiel dafür darstellt, dass die Staaten, deren Einfluss und Ansehen im Ergebnis des Großen Sieges über die Herausforderung an die Menschheit, wie es die Hitler-Aggression gewesen war, gewaltig wurde, während der Verhandlungen in Jalta Kompromisslösungen für ernsthafte und konfliktgeladene Probleme fanden. Die Welt blieb entgegen dem, was heute von ihr auch geredet wird, im Laufe vieler Jahrzehnte stabil und voraussagbar. Die Zerstörung dieser Welt hat augenblicklich sowohl zu einer Erosion der Souveränität als auch zu Konflikten einer nicht voraussagbaren Entwicklung geführt.

Ohne Zweifel reden wir heute von einem Ereignis, das den Lauf der Geschichte der Menschheit auf einen neuen Entwicklungsweg lenkte.

Im großen und ganzen leben wir immer noch nach den Grundsätzen von Jalta. Aber sie ändern sich anscheinend. Wann hat, Alexej Mitrofanowitsch, die Zerstörung dieses politischen Systems Ihrer Meinung nach begonnen?

**Alexej Filitow:** Das ist eine hochinteressante Frage, die für mich etwas überraschend klingt. Des Öfteren wird im Westen davon geredet, dass in Jalta eine Teilung der Welt vollzogen worden ist. Eigentlich begann ja die Teilung der Welt im Jahre 1917, als zwei gegensätzliche Systeme entstanden. Das Problem bestand aber darin, wo die Linie dieser Teilung verläuft. Vor dem Zweiten Weltkrieg verlief sie bekanntlich längs der westlichen Grenzen der Sowjetunion. In Jalta ist festgelegt worden, dass diese Linie durch die Mitte Europas verlaufen soll. Dabei muss man darüber nachdenken, wie hart diese Linie gemeint wurde. Ich persönlich habe den Eindruck, dass beispielsweise die Frage

bezüglich Deutschlands im aufgehängten Zustand geblieben ist. Möglicherweise ist man der Meinung gewesen, dass sich Deutschland als eine Art Brücke zwischen Ost und West, als der Teil eines neutralen Gürtels erweisen wird. Unser bekannte Diplomat Maxim Maximowitsch Litwinow, Stellvertreter des Volkskommissars für auswärtige Angelegenheiten, sprach eine Idee aus, der zufolge es zwei Sicherheitsbereiche in Ost und West geben soll. Und dazwischen einen neutralen Gürtel. Nicht unbedingt muss man die Meinung vertreten, dass es in diesem Gürtel ein System – sagen wir im Osten – genau so wie in der Sowjetunion geben wird. Im Gegenteil: Stalin hat wiederholt gesagt, dass das soziale und das politische System unterschiedlich sein können. Vielleicht ist es eine Ausdrucksweise, aber einst hat er gemeint, dass es heute einen Sozialismus sogar in der Britischen Monarchie geben kann.

Ich komme auf unsere Überlegungen bezüglich des Anfangs vom Ende des Jalta-Systems zurück und meine: wenn man davon ausgeht, dass dieses System unter den Bedingungen einer

Bipolarität aufgebaut wurde, so brach das Jalta-System eben dann zusammen, als eine seiner Komponenten – das sozialistische System – ihre Existenz aufgab. Dementsprechend erhebt sich heute die Frage bezüglich des Aufbaus eines neuen Sicherheitssystems (vielleicht sogar mit gewissen Veränderungen der Grenzen), weil das Alte der Vergangenheit anheimgefallen ist.

**Jewgenija Pjadyschewa:** Wollen wir historische Umstände in Erinnerung rufen, die vor allem den Präsidenten Roosevelt gezwungen haben, um die Durchführung der Konferenz zu bitten. Gerade er hat auch den Ort der Begegnung vorgeschlagen: die Schwarzmeerküste.

Mit dem ihm eigenen Sarkasmus hat W. Churchill den Amerikanern geraten, die bevorstehende Konferenz „Argonaut“ zu nennen. Er schrieb an F. Roosevelt: „Wir sind direkte Nachfahren der Argonauten“. Laut der griechischen Mythologie reisten die Argonauten durch das Schwarze Meer, um das Goldene Flies zu finden. Auch zur Jalta-Konferenz reisten Roosevelt und Churchill in der Absicht, ihre Probleme zu lösen, die sich – kraft

historischer Umstände – lediglich beim unmittelbaren Beistand der Sowjetunion regeln ließen. Nur mit Hilfe der UdSSR konnte man die schwierige Lage korrigieren, die an den Fronten der westlichen Alliierten entstanden war.

Noch vor dem Beginn der deutschen Offensive in den Ardennen fand zwischen Churchill und Roosevelt ein denkwürdiger Austausch von Botschaften statt. Am 6. Dezember 1944 schrieb der britische Premierminister an den Präsidenten: „Ich glaube, dass für mich die Zeit gekommen ist, die Aufmerksamkeit auf die ernsthafte, enttäuschende militärische Lage zu lenken... Mir ist klar, dass wir – mit unterschiedlichem Wahrscheinlichkeitsgrad – mit folgenden Faktoren konfrontiert sind: a) eine erhebliche Verzögerung des Vormarsches zum Rhein und – umso mehr – seine Überwindung auf dem kürzesten Weg nach Berlin; b) recht ernsthafte Misserfolge in Italien; c) die Heimkehr des größeren Teils deutscher Truppen aus dem Balkan; d) Misserfolge in Burma; e) der Ausschluss Chinas als einer kriegführenden Seite. Wenn wir diese Realitäten mit den rosigen

Hoffnungen unserer Völker vergleichen, mit den Hoffnungen, die ungeachtet unserer Bemühungen, sie zu dämpfen, weiterbestehen, erhebt sich unvermeidlich die Frage: Was wollen wir in diesem Zusammenhang unternehmen?“ Roosevelt antwortet am 10. Dezember: „Ich war immer schon der Meinung, dass auf dem Europäischen Kriegsschauplatz die Besetzung Deutschlands bis zum linken Rhein-Ufer eine recht schwierige Aufgabe sein wird. Da ich schon in den alten Zeiten auf dem Rad den größeren Teil des Rhein-Gebiets bereist hatte, nahm ich nie an, dass es unseren vereinigten Armeen gelingt, den Rhein mühelos zu überwinden, wie damit viele Kommandeure gerechnet haben“.

In einem „Denkschreiben“ und in den Unterlagen, die für den Präsidenten in Washington für die Verhandlungen in Jalta vorbereitet worden sind, wird betont: „Wir müssen die Unterstützung der Sowjetunion für die Zerschlagung Deutschlands haben. Äußerst dringend brauchen wir die Sowjetunion für den Krieg gegen Japan nach der Beendigung des Krieges in Europa“. Und weiter: „Wenn man nach der jetzigen Lage urteilt, sind alle

Völker in Europa von linken Stimmungen erfasst und treten recht tatkräftig für weitgehende wirtschaftliche und soziale Reformen ein“.

**Alexej Filitow:** Interessant ist die Tatsache: als ein Gespräch militärischer Vertreter auf der Jalta-Konferenz über Termine der Beendigung des Krieges stattfand, sagte A. Antonow, Generalstabschef der Sowjetarmee, dass der Krieg bestenfalls bis zum 1. Juli, möglicherweise aber auch bis zum 1. Dezember 1945 enden wird. Die Militärs irrten sich: der Krieg endete früher. Klar war, dass der Krieg gewonnen ist und es gilt, den Frieden zu gewinnen. Es galt zu entscheiden, wie die Nachkriegsgrenzen und neue Regierungen in Europa aussehen werden. Unterzeichnet wurde die bekannte Deklaration über das befreite Europa, die die Großmächte verpflichtete, diesen Ländern beim Aufbau der Demokratie zu helfen. Die Deklaration selbst sah eine Einmischung zwecks der Ausmerzungen faschistischer Elemente vor.

Churchill war übrigens kategorisch gegen die Ausdrücke „faschistisch“ und „antifaschistisch“ und sagte, man müsse statt „antifaschistisch“ „demokratisch“ schreiben. Das ist auch ein



Unterschied in der Auffassung einer Demokratie. Von unserem Standpunkt aus muss eine Demokratie auf dem Antifaschismus beruhen. Auf der Jalta-Konferenz hat man sich diesbezüglich letzten Endes versöhnt, aber die Widersprüche sind geblieben: Wie soll man eine Demokratie auffassen?

Auch im heutigen Deutschland setzt eine entwickelte Demokratie keinen Antifaschismus voraus, weil dort eigentlich alte Eliten in der Wirtschaft und – in einem gewissen Maße – auch in der Politik geblieben sind. Sie gingen von gewaltsamen Methoden, die für die Nazi-Zeit charakteristisch waren, zu demokratischen Methoden über. Eine antifaschistische Umwälzung fand aber nicht statt. Dieses Problem, das wir heute beobachten, ist in Jalta ungelöst geblieben.

**Jewgenija Pjadyschewa:** Ich kann nicht umhin, an die heutige offizielle ukrainische Rhetorik zu erinnern, die historische Tatsachen verfälscht und nazistische Bewegungen unterstützt. Merkwürdig kann auch die Reaktion Deutschlands anmuten, das sich als einen Staat positioniert, der seine nazistische Vergangenheit

voll und ganz überwunden hat. Heute ist Deutschland das europäische Hauptfundament in allen ideologischen Fragen. Als jedoch Jazenjuk unlängst meinte, dass Russland Deutschland und die Ukraine überfiel, während Europa im Alleingang den Zweiten Weltkrieg gewann, sagte in Deutschland niemand auch nur ein Wort der Verurteilung. Ungeachtet des Umstandes, dass wir eine offizielle Reaktion Berlins bezüglich der Äußerung des ukrainischen Premiers angefragt hatten, enthielt sich die deutsche Regierung jeglicher Kommentare. Die Online-Version der Zeitschrift „Spiegel“ kommentierte aber – in satirischer Auslegung – die Worte des ukrainischen Premiers: tatsächlich marschierten seit 1942 sowjetische Truppen unermüdlich gen Westen und fürchteten sich nicht, die Armee des demokratisch gewählten Reichskanzlers A. Hitler sogar auf dem ukrainischen Territorium zu verfolgen... Schließlich haben die Sowjets die Ostgrenze Deutschlands verletzt und in dieses Land einmarschiert, wie wir alle – zusammen mit Herrn Jazenjuk – bestens in Erinnerung haben.

**Alexej Filitow:** Ja, die „Spiegel“-Korrespondenten lachten diesen Umstand aus. Sie haben die Situation recht witzig ausgeschmückt.

Ich möchte aber dieses Moment nicht all zu sehr modernisieren. Im Westen versuchte man bis Ende 1943, die Idee von Föderationen zu unterbreiten, die nach dem Krieg entstehen könnten. Eigentlich waren es Versuche, einen Sanitätskordon gegen die UdSSR zu bilden, weil sie außerhalb der Grenzen dieser Föderationen blieb. Die Vereinigten Staaten von Amerika und Großbritannien könnten über ihre Verbindungen zu den Vorkriegspolitikern einen starken Einfluss auf diese Föderationen ausüben. Wenn die Föderationen damals entstanden wären, müsste man sich heute über den Anschluss irgendwelcher Länder – und derselben Ukraine – an die NATO nicht den Kopf zerbrechen.

Wenn wir über die Teilung Europas reden, hat das eigentlich nicht erst in Jalta begonnen. Wer hat beispielsweise die Konfiguration der Grenzen der künftigen DDR und der Bundesrepublik Deutschland vorgeschlagen? Anfang 1944 schlugen die Engländer diese Linie vor,

weil sie befürchteten, dass wir viel weiter marschieren würden. Wir stimmten zu.

Nehmen wir an, dass die westlichen Mächte die Zweite Front etwas früher – sagen wir im Jahre 1942 – eröffnet hätten. Damals hätte diese Linie durch die Ukraine verlaufen können. Eine hochinteressante und paradoxe Tatsache: zu den eifrigsten Befürwortern der Eröffnung der Zweiten Front gehörte damals nicht nur Stalin, sondern auch Sikorsky, Vorsitzender der polnischen Exilregierung. Die Exilregierung wünschte, dass Polen von einer westlichen Armee befreit wäre. Von welchen Überlegungen ausgehend? Vielleicht wollte man eigene Soldaten schonen? Oder aus anderen Überlegungen? Jedenfalls wurde das nicht getan. Deshalb musste man diese Linie durch die Mitte Europas ziehen.

**Jewgenija Pjadyschewa:** Die Amerikaner aber haben natürlich die Einberufung dieser Konferenz angeregt, um die UdSSR zu überzeugen, in den Krieg gegen Japan einzutreten. Auch im oben erwähnten “Denkschreiben” wurde darüber unumwunden gesprochen.

Eigentlich ist es ihnen gelungen. Auf der Jalta-Konferenz wurde ein Abkommen über den Eintritt der UdSSR in den Krieg gegen Japan (zwei – drei Monate nach der Beendigung des Krieges in Europa) erreicht.

Hinzu kommt, dass Stalin, der die bilateralen Verhandlungen mit Roosevelt und Churchill durchführte, eine Verstärkung der Positionen der UdSSR im Fernen Osten vereinbarte: es ging um eine Beibehaltung des Status der Mongolei, die Rückgabe Südsachalins und der anliegenden Inseln an Russland, die Internationalisierung des Hafens Dalian (Dalni), die Rückgabe des Marinestützpunkts in Port Arthur, den früher Russland besessen hatte, an die UdSSR, den gemeinsamen sowjetisch-chinesischen Besitz der Chinesischen Osteisenbahn und der Südmandschurischen Eisenbahn, die Übergabe der Kurilen an die UdSSR. In all diesen Fragen gehörte westlicherseits die Initiative der Zugeständnisse dem Präsidenten Roosevelt. Die Hauptlast der militärischen Anstrengungen im Krieg gegen Japan entfiel auf die USA, und sie waren am

baldigsten Eingreifen der UdSSR in den Krieg im Fernen Osten interessiert.

Welche wichtigsten Knoten von Widersprüchen zwischen der Sowjetunion und den Alliierten musste man am Vorabend und im Zuge der Jalta-Konferenz entwirren?

**Alexej Filitow:** Im Vordergrund stand natürlich die polnische Frage. Die erste Unterfrage war die territoriale: Wo sollen die Grenzen verlaufen? Die zweite Unterfrage lautete: Was soll mit der Regierung geschehen? Die Situation sah folgendermaßen aus: die Sowjetunion erkannte eine Regierung an, die sich in Warschau befand, während die westlichen Mächte die Exilregierung unterstützten, die in London war.

Die Frage bezüglich der Grenzen löste man schnell, umso mehr dass noch auf der Konferenz von Teheran kein anderer als Churchill die folgende Variante vorschlug: im Osten gehören die West-Ukraine und West-Weißrussland zur Sowjetunion, während Polen im Westen einen Ausgleich bekommt. Auf dem Gipfeltreffen

in Jalta stimmte Stalin gewissen Zugeständnissen zu: dem Rückzug um 5 bis 8 km von der Curzon-Linie gen Osten.

Es muss gesagt werden, dass wir auf der Grenze vom 22. Juni 1941 nicht beharrten, als die ganze Woiwodschaft Bialystok zum Bestand der UdSSR gehörte. Wir verzichteten darauf, weil die Woiwodschaft vorwiegend von den Polen besiedelt war und deswegen weder der Ukraine noch dem weißrussischen Territorium gehören sollte. Stalin schlug vor, im Westen die Linie Oder – Neisse festzulegen, und meinte dabei die westliche Neisse. Unsere Partner kauerten sich etwas zusammen und meinten, dass sie keine Flüsse nennen wollen und stimmten einfach einer Erweiterung des Territoriums zu, über die man später entscheiden sollte. Gefällt wurde eine solche Entscheidung bereits in Potsdam im Juli – August 1945.

Um die Regierung entstand aber eine paradoxe Situation. Übrigens bemerkte damals Stalin recht geistreich: alle nennen ihn einen Diktator, zwingen ihn aber, darüber zu entscheiden, welche Regierung es sein soll. Es schicke sich aber nicht, das ohne die

Polen zu tun. Paradox ist auch noch folgendes: Wir erkannten die polnische Exilregierung in London nicht, luden aber dennoch den Chef dieser Regierung S. Mikolajczuk nach Moskau ein und hatten mit ihm ein Gespräch. Im Oktober kam er erneut, und wieder erzielten wir keine Einigung.

Letzten Endes wurde auf der Jalta-Konferenz ein Beschluss angenommen, dem zufolge die bestehende Regierung als Grundlage dienen sollte. Ergänzen würden diese Regierung polnische Demokraten aus dem In- und Ausland.

Es muss gesagt werden, dass auf der Jalta-Konferenz die Standpunkte der USA und Großbritanniens nicht immer identisch waren. Die Amerikaner unterstützten uns beispielsweise in der für uns wichtigen Frage der Reparationen. Recht deutlich wurde das Programm vom Stellvertreter des Volkskommissars Maiski erläutert, der sich mit dem Programm befasst hatte. Aufgezeigt wurde, dass eine Kompensation seitens des Aggressors keineswegs bedeuten muss, dass man Deutschland zu einem bettelarmen Land machen



will. Zugleich wird man dem Land Verteidigungsausgaben entziehen, während das gewaltige Kriegspotential beschlagnahmt werden soll.

Weiter: ein Teil der Industrieproduktion auf dem Territorium Deutschlands und außerhalb desselben geht an die Alliierten über, während ein anderer Teil in Deutschland bleibt, so dass die Deutschen keinen besonderen Schaden erleiden.

Als die Rede auf konkrete Zahlen kam, zeichnete sich zwischen den Amerikanern und den Engländern eine Meinungsverschiedenheit ab. Roosevelt unterstützte diesen Standpunkt, während Churchill darauf beharrte, dass man keine Zahlen nennen soll. Letzten Endes wurde die Entscheidung gefällt: die Gesamthöhe der Reparationen beträgt 20 Milliarden US-Dollar, gemeint sind Waren und Ausrüstungen.

Später – in Potsdam – hatten wir bittere Erfahrungen in Bezug darauf, wie die Amerikaner ihr Wort halten. In Amerika wechselte der Präsident, und der neue Präsident meinte: Wenn das als eine Grundlage akzeptiert worden ist, muss das nicht bedeuten, dass sich die Amerikaner damit einverstanden erklärt haben.

Bezüglich der UNO unterstützte uns Großbritannien. Wir strebten danach, dass man neben der UdSSR auch noch die Ukraine, Weißrussland – und übrigens auch Litauen -in den Kreis der UNO-Mitglieder aufnehmen würde, weil diese Territorien unter den Faschisten besonders stark in Mitleidenschaft gezogen worden sind. Aber Litauen wurde stillschweigend abgelehnt.

Roosevelt nahm diese Idee nicht sehr positiv auf und wies darauf hin, dass man dann auch amerikanische Bundesstaaten in die UNO aufnehmen sollte. Churchill hingegen unterstützte die Idee, weil er die Aufnahme britischer Dominions in die UNO durchgesetzt hatte.

Also war die Jalta-Konferenz, die einen „Fahrplan“ für das Zusammenleben der Weltgemeinschaft in den Nachkriegsjahrzehnten entwarf, ein außerordentliches Ereignis auch vom Standpunkt der Diplomatie aus, wo man die Konfiguration politischer Absichten, Wünsche und Bestrebungen führender Weltpolitiker beobachten konnte.

**Schlüsselwörter:** Jalta-Konferenz, Deklaration über das befreite Europa, UNO, Zweiter Weltkrieg.

# **Die griechische Krise: Wer ist schuld und was ist zu tun?**

**Nikolai PLATOSCHKIN**

Leiter des Lehrstuhls für internationale Beziehungen und

Diplomatie

an der Moskauer Geisteswissenschaftlichen Universität,

Doktor der Geschichtswissenschaften

Die verbreitete Meinung der bedeutendsten Länder der Europäischen Union (vor allem Deutschlands) und der USA hinsichtlich der schweren Wirtschaftslage Griechenlands lässt sich auf folgende Weise summieren: Die Griechen lebten lange Zeit über ihre Verhältnisse, sie sind faul wie auch alle Südeuropäer, und so folgte die verdiente Quittung. Das dazu, wer schuld ist. Das Rezept, das die „Freunde“ Griechenlands in der EU zusammen mit den bekannten „Katastrophenmeistern“ aus dem IWF vorschlagen, ist ebenfalls standartmäßig: die Sozialausgaben reduzieren, den

Gürtel enger schnallen, und die glückliche Gesundung ist nicht mehr weit.

Mir scheint, dass die Diagnose wie auch das Rezept zur Behandlung der Krankheit in der Brüsseler und Washingtoner Ausführung schrecklich weit von der Wahrheit und, wie ein Klassiker sagte, auch vom Volk – in diesem Fall vom griechischen – entfernt ist.

Die griechische gesamt nationale Krise besitzt tiefreichende Wurzeln und ebenso mehr an die Gegenwart gebundene Ursachen finanzökonomischen Charakters.

Die heutige griechische Tragödie begann im Oktober 1944, als in Athen britische Truppen landeten. Die Engländer entfalteten Kampfhandlungen gegen die Partisanen aus ELAS, wobei sie Tausende Griechen töteten, die ihr Land eigenständig von Hitlers Truppen befreit hatten. Die ganze Schuld der griechischen Patrioten bestand darin, dass sie in der Mehrheit Kommunisten oder Mitfühlende waren. In London befürchtete man, dass die Kommunisten, sollten sie bei freien Wahlen an die Macht

gelangen, mit Moskau Freundschaft halten würden. Umso mehr, wo niemand im Westen an den traditionellen Sympathien der meisten Griechen zu Russland, das sie vom türkischen Joch befreit hatte, zweifelte und es auch heute nicht tut.

Während des vom Westen entfesselten grausamen Bürgerkrieges in Griechenland in den Jahren 1946-1949 kamen bis zu 200 000 Menschen ums Leben, fast eine Million wurden Flüchtlinge.

Die USA nutzten die Ereignisse in Griechenland zur Verkündung der Truman-Doktrin im März 1947 aus, was offiziell den weltweiten Kalten Krieg einleitete. Mit amerikanischem Geld wurden in Griechenland Konzentrationslager gebaut, in die man alle Oppositionäre trieb, aber auch einfach Bauern, die unter Verdacht standen, nicht loyal zu sein. 1952 wurde Griechenland, in dem eine halbfaschistische Diktatur regierte, in die NATO hineingezogen. Und so wurde das Land um einen für die Griechen schrecklichen Preis gegen seinen Willen zum ersten Mal im geopolitischen Orbit des Westens gehalten.

Griechenland degradierte jedoch unter der sensiblen westlichen Führung, und alle erwarteten, dass bei den ersten mehr oder weniger freien Wahlen am 28. Mai 1967 die Koalition der Linken und Zentristen siegen würde (die Kommunistische Partei war zu jener Zeit immer noch verboten). Vor dem Westen stand erneut die schreckliche Gefahr einer Freundschaft der Griechen und Russen. Deshalb unternahm die Armee mit Hilfe der CIA und der amerikanischen Botschaft in Athen am 21. April 1967 einen rechten Putsch. Die Demokratie wurde in der Heimat der Demokratie geopolitischen Interessen zuliebe erneut unterdrückt, nur waren es dieses Mal nicht Londons, sondern Washingtons Interessen. In Griechenland herrschte nun ein Regime mit der vielsagenden Bezeichnung „schwarze Oberste“.

Ohne auch nur ein einziges inneres Problem gemeistert zu haben, begann die Diktatur einen kleinen siegreichen Krieg auf Zypern, der 1974 zu einer Teilung der Insel und zur Besetzung ihres nördlichen Teils durch die türkische Armee führte. Die im vollen Sinne des Wortes bankrotten „schwarzen Oberste“ gaben

die Macht auf. Die Regierung der Junta löste lediglich eine starke Zunahme der antiamerikanischen Stimmungen in Griechenland aus.

Dennoch gelang es dem Westen bis zum Jahr 1981, auf friedlichem Wege Griechenland über die an die Macht gebrachte konservative Partei Nea Dimokratia (Neue Demokratie) zu kontrollieren. Bei den Parlamentswahlen 1981 erwarteten alle jedoch einen überzeugenden Sieg der Sozialisten aus der Panhellenischen Sozialistischen Bewegung PASOK und die Bildung einer Koalition mit den Kommunisten. Zu jener Zeit war PASOK eine Partei der linken Mitte (etwa wie die heutige SYRIZA), die für den Austritt Griechenlands aus der NATO und eine grundlegende Verbesserung der Beziehungen zur UdSSR eintrat.

Der Westen musste ein drittes Mal die Aufgabe lösen, einen Übergang Griechenlands ins sowjetische Lager nicht zuzulassen. Kriege und Putsche waren zu jener Zeit nicht mehr in Mode (zumindest in Europa), deshalb versuchte man es statt mit der Peitsche mit einem Zuckerbrot. Griechenland wurde eilig in die



EU aufgenommen, obwohl es dafür keinerlei ökonomische Voraussetzungen gab. Statt einer Freundschaft mit Moskau versprach man Griechenland eine mehrere Milliarden umfassende Hilfe aus Brüssel. Die Sozialisten glaubten daran und legten ihr Konzept eines „dritten Weges“ zwischen Moskau und Washington beiseite und meinten nun, Griechenland sei Europa.

Deshalb wurde Griechenland, obwohl die PASOK bei den Wahlen am 18. Oktober 1981 einen überzeugenden Wahlsieg erzielte (48,1 Prozent der Stimmen) und die Kommunisten mit 11 Prozent die dritte Kraft im Lande nach der Nea Dimokratia (35,9 Prozent) wurden, erneut im westlichen Lager gehalten.

In die Heimat von Perikles und Themistokles flossen tatsächlich Kredite über mehrere Milliarden und eine Hilfe der EU. Es wurden Straßen und Flughäfen gebaut, die Löhne, Gehälter und Renten stiegen. Das Land wurde fest an die europäischen Subventionen gebunden. In der politischen Sphäre bildete sich das übliche Konzert für zwei Geigen heraus, wo sich an der Macht die

Sozialdemokraten und die Konservativen ablösten, sich im Grunde genommen aber nichts änderte.

Im Augenblick des EU-Beitritts Griechenlands im Jahr 1981 war das Land in finanzieller Hinsicht viel gesünder als selbst seine europäischen Sponsoren, die schon damals ein Leben mit Schulden vorzogen. 1981 betrug die Schulden Griechenlands nur 25 Prozent seines BIP, in den EU-Ländern waren es durchschnittlich etwa 40 Prozent. Die griechische Wirtschaft stützte sich auf drei solide (wenn auch nicht betörend innovative) Tragstützen – auf die entwickelte Landwirtschaft, den Tourismus und die weltgrößte Handelsflotte.

Doch die von der Europäischen Union Griechenland eingepflichtete Gewohnheit, auf Pump zu leben, brachte schnell ihre negativen Früchte. Warum arbeiten, wenn Brüssel Geld gibt, sobald Athen einen Flirt mit Moskau beginnt. Ab 1981 wies der griechische Etat erstmals ein Defizit auf, und so blieb es über zehn Jahre. Schon 1987 hatte die Schuldenlast Griechenlands mit der durchschnittlichen europäischen gleichgezogen und erreichte 53 Prozent des BIP.

Die Katharsis (im Griechischen) oder der Augenblick der Wahrheit (wie man im Russischen sagen würde) kam im Jahr 1991, als die UdSSR zerfiel und der Westen endlich frei aufatmete. Nun brauchte man ein Abfallen Griechenlands nicht mehr zu befürchten, denn es gab nichts mehr, wohin es hätte abfallen können. Der lebenspendende Geldstrom aus verschiedensten europäischen Fonds begann plötzlich schnell zu versiegen. Um das gewohnte Lebensniveau zu halten, mussten die Griechen noch aktiver Anleihen nehmen – einfach so gab keiner mehr etwas.

Die EU führte jedoch einen zusätzlichen starken Schlag gegen Griechenland, als sie im Jahr 1992 eine vollwertige Wirtschaftsunion ohne jegliche Einschränkungen für den Binnenhandel wurde. Die (dank der hohen Arbeitsproduktivität) billigen deutschen Industriewaren erstickten die embryonale griechische Industrie. Geschmacklose niederländische Treibhaustomaten, leicht bestrahlt, um sie ansehnlicher zu machen, verdrängten die schmackhaften und nahrhaften griechischen Tomaten mit höheren Selbstkosten.

Griechenland – die Heimat des Weins – trank fortan französische und spanische „Beaujolais“ und „Rioja“.

Der Rückgang der Industrie und der landwirtschaftlichen Produktion führte zu einer starken Verringerung der Steuereinnahmen, also mussten die Griechen noch mehr Anleihen tätigen.

Schon 1993 war Griechenland technisch bankrott – seine Schulden überstiegen 100 Prozent des BIP, wogegen sie in der EU durchschnittlich bei 70 Prozent lagen. Doch in den 1990er Jahren überschütteten die entwickelten Länder der Europäischen Union, vor allem Deutschland, die „frei gewordenen“ Märkte der ehemaligen Sowjetunion und der Länder Osteuropas mit ihren Waren, deshalb lebten sie nicht schlecht, und Griechenland war praktisch vergessen.

Im Jahr 1999 machte Athen einen wahrhaft tragischen Fehler, als es sich der Eurozone anschloss. Das bedeutete faktisch die Angleichung aller Verbraucherpreise in der Zone an die Preise des aufnahmefähigsten Marktes – d.h. des deutschen Marktes. Angewandt auf das bisher relativ billige Griechenland bedeutete das eine

starke Preiserhöhung. Um jedoch ein soziales Aufbegehren zu vermeiden, mussten die Löhne, Gehälter und Renten erhöht werden. Womit? Erneut durch eine Vergrößerung der Schuldenlast.

Vor 1999 konnte Griechenland das Haushaltsdefizit noch nach der klassischen Methode bekämpfen, indem es die nationale Währung – die Drachme – abwertete. So geschah es auch. Nach der Abwertung wurden die griechischen Waren an den Außenmärkten attraktiver, der Devisenzustrom ins Land wuchs, und der Haushalt stabilisierte sich. Nach 1999 konnte man das Defizit nur noch durch eine Aufstockung der Schulden oder durch die Kürzung der Ausgaben bekämpfen, denn nun wurde das Geld im fernen Frankfurt am Main „gedruckt“.

Im Durchschnitt hatte Griechenland im Zeitraum 1981-2010 alljährlich ein Haushaltsdefizit von 3 Prozent des BIP. Dabei verausgabte Griechenland nach den USA für militärische Zwecke die meisten Mittel unter den Ländern der NATO in Prozenten seines BIP. Und zwar floss dieses Geld in den Kauf von Waffen in den USA (42 Prozent aller Lieferungen nach Griechenland), in

Deutschland (22,7 Prozent) und in Frankreich (12,5 Prozent). Allerdings forderte keiner in der EU Griechenland auf, bei diesen Ausgaben zu sparen.

Es sei bemerkt, dass die in ihrer Wirtschaftsentwicklung Griechenland ähnelnden Länder Polen und Tschechien, obwohl sie der EU beigetreten waren, sich entschieden weigerten (und es weiterhin tun), den Euro einzuführen. Ihre Kalkulation ist verständlich und ökonomisch gerechtfertigt. Da die tschechische Krone mehr als 25 Mal billiger als der Euro ist, sind die tschechischen Waren durchaus konkurrenzfähig. Prag wurde ein Mekka für Touristen aus der ganzen Eurozone, selbst für die Spanier, die nur ungern ihr an Sehenswürdigkeiten reiches Land verlassen. Deshalb hat Tschechien, das insgesamt seine wunderbare Industrie verloren hat (Deutschland hat ihr Bestehen nicht zugelassen, es schluckte die berühmten tschechischen Škoda-Werke), auf Kosten des Tourismus und der Landwirtschaft überlebt. Das heißt eben so, wie auch Griechenland bis zum Beitritt zur Eurozone überlebt hatte.

Zum Jahr 2007 betrug Griechenlands Schulden bereits 115 Prozent des BIP, in der Europäischen Union waren es durchschnittlich immer noch etwa 70 Prozent. Auf Kosten einer starken Aufstockung seines Exports in die Länder der Eurozone konnte Deutschland erstmals den gefährlichen Anstieg der Schuldenlast stoppen und sogar zu ihrer allmählichen Reduzierung übergehen.

Die Griechen liehen Geld, indem sie hauptsächlich Obligationen mit verschiedener Laufzeit herausgaben. Doch mit dem Anwachsen der Schuldenlast des Landes wuchsen auch die Zinsen, die den Kreditgebern zu diesen Obligationen gezahlt werden mussten. So wurden die griechischen Bonds ein Objekt für Spekulationen, darunter auch in den USA. Es kam so, dass, je schlechter die Dinge in Griechenland stehen, desto höher waren die Zinsen zu den Obligationen (selbst zu den bereits emittierten mit flexiblen Zinsen) und desto mehr konnte man daran verdienen.

Die Zinsen zu den griechischen Anleihen wuchsen stark nach dem Ausbruch der Weltwirtschaftskrise im Jahr 2008. Die freien

Gelder am Markt wurden rar, und um Kreditgeber zur Deckung alter Obligationen zu gewinnen, mussten die Griechen neue Obligationen zu ungeheuren Zinsen herausgeben. Aber noch im Oktober 2009 liehen die Griechen langfristig Geld zu 4,5 Prozent Zinsen, ebenso wie Irland (das damals noch „keltischer Tiger“ genannt wurde, wegen angeblich phänomenaler Wirtschaftserfolge) oder Belgien. Athens Schuldenlast (115 Prozent des BIP) war nach europäischen Maßstäben noch zu dulden und niedriger als zum Beispiel in Italien.

Aber im April 2010 stuften die führenden Rating-Agenturen (es sei bemerkt, dass es sich um amerikanische handelt) Griechenlands souveräne Ratings überraschend bis auf das „Ramschniveau“ herab. Die Schuldenlast des Landes stieg um mehr als das Doppelte – im Oktober 2010 konnte Athen Anleihen nur noch zu mindestens 12 Prozent Zinsen nehmen (!). Ein Jahr später mussten bereits 27 Prozent gezahlt werden. Griechenland steckte fest im Schuldenjoch, es nahm Anleihen zu irren Zinsen, um alte Schulden zu begleichen. In Athen sprach man daraufhin



mit Recht von einem Komplott der internationalen Spekulanten (vor allem der amerikanischen Hedge-Fonds), die einfach beschlossen hatten, an Griechenland zu verdienen, und es in der Rolle des „kranken Rehs im Walde“ ausgewählt hatten.

Es muss gesagt werden, dass die sogenannten „Partner“ in der EU Griechenland gern Geld geliehen haben (besonders der Regierung der „Nea Dimokratia“ in den Jahren 2004-2009), und bis 2010 schlug in Brüssel hinsichtlich der „faulen“ Griechen keiner Alarm. Die westlichen Banken verdienten auch wunderbar an Griechenland. Zum Juni 2011 hatten Banken aus EU-Ländern Griechenland 48,5 Milliarden Euro geliehen, darunter französische – 9,4 Milliarden und deutsche – 7,9 Milliarden. Als die Amerikaner (die Rating-Agenturen) und die EU Griechenland in den vollen Bankrott gebracht hatten, beschlossen sie, es „zu retten“.

Am 2. Mai 2010 haben der IWF, die Euro-Gruppe und die EU (die EZB), die man in Griechenland mit dem russischen Wort „Troika“ bezeichnet hat (jetzt ist es für die meisten Griechen das

wohl am meisten gehasste Wort), Athen 110 Milliarden Euro zu folgenden Bedingungen angeboten:

- Einführung harter Haushaltssparmaßnahmen, vor allem in der sozialen Sphäre;
- die Privatisierung von Staatseigentum im Umfang von 50 Milliarden Euro bis Ende 2015;
- die Durchführung von Strukturreformen zur Veränderung der gesamten griechischen Wirtschaft angeblich, um ihre Konkurrenzfähigkeit an den Weltmärkten zu steigern.

All diese Maßnahmen zur Reduzierung der Staatsausgaben führten zu massenhafter Arbeitslosigkeit und zur weiteren Abnahme der Steuereinnahmen. Das griechische Haushaltsdefizit wuchs, und im Oktober 2011 wurden Griechenland bereits 130 Milliarden Euro angeboten, und zwar unter Bedingungen einer noch stärkeren Reduzierung der Ausgaben (!), aber auch der Kaufkraft der Bevölkerung.

Zu jener Zeit war die Wirtschaftskrise in Griechenland bereits in eine humanitäre Krise mit Elementen einer Katastrophe

hinübergewachsen. Die Arbeitslosigkeit erreichte 26 Prozent unter der arbeitsfähigen Bevölkerung. Jeder zehnte Grieche (hauptsächlich junge Leute und qualifizierte Fachleute) verließ seine Heimat. Die Gesellschaft wurde von einer Apathie erfasst, die sich schnell in Wut verwandelte. Streiks und Demonstrationen erschütterten das Land.

Das „Hilfs“-Programm brachte tatsächlich seine Früchte – Griechenlands BIP fiel im Jahr 2010 um 5,4 Prozent, 2011 – um 8,9 Prozent, 2012 – um 6,6 Prozent. Im Jahr 2011 erreichten die Schulden 171,3 Prozent des BIP. Die europäischen Banken verkauften etwa die Hälfte ihrer griechischen Obligationen an amerikanische Hedge-Fonds, und jene verdienten wunderbar an den enorm hohen Zinsen dieser Wertpapiere.

Bei den Parlamentswahlen im Mai 2012 belegte die Koalition der linken Parteien SYRIZA, die Geschäfte mit der „Troika“ ablehnte, den zweiten Platz (16,78 Prozent), womit sie PASOK (13 Prozent) überholte und nur wenig der Partei Nea Dimokratia (18,85 Prozent) unterlag. Die „Troika“ drohte den Griechen mit

einer Finanzblockade, sollte die SYRIZA an die Macht gelangen, und das Land war genötigt, die Wahlen zu wiederholen. Die SYRIZA wurde jedoch noch populärer – am 17. Juni 2012 erhielt sie 26,9 Prozent der Stimmen, die Nea Dimokratia – 29,7 Prozent, PASOK – nur 12,3 Prozent. Um das Land unter Kontrolle zu halten, zwang es die EU, eine Regierung der traditionellen Kontrahenten – PASOK und Nea Dimokratia – zu bilden.

Am 7. November 2012 ratifizierte das griechische Parlament – erneut unter dem Druck aus Brüssel – mit 153 von 300 Stimmen schmerzhaft soziale Reformen. Hier aber gab die „Troika“ selbst zu, sich verkalkuliert zu haben, denn zur Umsetzung der antisozialen Maßnahmen in Griechenland mussten nun doppelt so viele Mittel bereitgestellt werden, wie früher versprochen worden waren, – bis zu 62 Milliarden Euro. Aber keiner beabsichtigte, solche Gelder zu geben. Man empfahl den Griechen lediglich, den Gürtel enger zu schnallen. Einen starken Schlag gegen die ohnehin unter der Einführung des Euro leidenden Landwirtschaft Griechenlands

brachte der Anschluss des Landes an die EU-Sanktionen gegen Russland.

Im Jahr 2013 verringerte sich Griechenlands BIP um 3,9 Prozent, obwohl man meinte, niedriger gehe es nicht mehr. Auch den Gürtel konnten die Griechen nicht mehr enger schnallen. Und bei den Wahlen im Januar 2015 gelangte dennoch die SYRIZA mit dem Versprechen an die Macht, die Umsetzung der strengen Sparmaßnahmen einzustellen, aber das Zusammenwirken mit der „Troika“ fortzusetzen.

Die „Troika“ reagierte auf das Bestreben des linken griechischen Kabinetts, das neue sozialorientierte Gesundheitsprogramm mit ihr abzustimmen, mit kaltem Hass und Verachtung, einschließlich persönlicher Angriffe gegen Schlüsselmitglieder der griechischen Regierung.

Hier aber mischte sich erneut der seit 1991 vergessen gemeinte „russische Faktor“ ein. Als aus Athen Stimmen erklangen, die die Aufhebung der Sanktionen gegen Russland forderten, „empfahl“ der Präsident der USA der EU, Griechenland nicht unter Druck zu

setzen. Die Empfehlungen aus Washington wurden in Brüssel wie üblich „vernommen“, und man verlängerte faktisch das Finanzierungsprogramm für Griechenland bis zum Sommer 2015, obwohl man noch im März gedroht hatte, es zu stoppen. Danach unterstützte Griechenland die Verlängerung der EU-Sanktionen gegen Russland wiederum bis zum Sommer 2015.

Doch im Sommer 2015 begannen die Kreditgeber, vor allem die Niederlande und Deutschland, erneut, den Griechen die bereits gescheiterten und für die griechische Wirtschaft verderblichen Maßnahmen aufzudrängen – eine Erhöhung der Mehrwertsteuer und eine Kürzung der Renten. Dabei leben unter den Bedingungen der Massenarbeitslosigkeit (die ja durch die Maßnahmen der Kreditgeber ausgelöst worden war) in Griechenland bis zu 1,5 Millionen Menschen auf Kosten der Rente ihrer Eltern. Die Tsipras-Regierung wies diese Erpressung zurück und ließ bei einem Referendum über den Vorschlag der „Troika“ abstimmen. Am 5. Juli 2015 sagten mehr als 60 Prozent der Bewohner von Hellas ihr „Nein“ zum weiteren Weg ins Nirgendwohin, den

Merkel und ihre Kollegen vorgeschlagen hatten. Und das trotz der in der Nachkriegsgeschichte des „demokratischen“ Europas ungeahnten Wirtschaftsblockade, als die EZB den griechischen Banken faktisch das Bargeld verweigerte, um die Griechen einzuschüchtern.

Welcher Ausweg ist für Griechenland aus dieser humanitären Krise zu sehen, in den der Westen mindestens seit 1981 das Land so elegant hineingetrieben hat?

Die Hoffnungen der SYRIZA, eine Revision des Pakets der antisozialen Maßnahmen unter Beibehaltung der Finanzhilfe seitens der „Troika“ zu erwirken, besitzen absolut keine realen Grundlagen. Berlin hatte in recht grober Form mehrmals zu verstehen gegeben, dass sich die Griechen fügen und nicht überlegen sollten. Die Reaktion der Alexis Tsipras-Regierung, die sich in der Forderung nach Reparationen von Deutschland für die deutsche Okkupation in den Jahren 1941-1944 äußerte, war möglicherweise propagandistisch und effektiv, finanziell jedoch nutzlos. Athen kann natürlich ab und zu den „russischen Faktor“

strapazieren (gibt Geld und wir werden nicht gegen die Sanktionen sein), doch die grundlegenden Wirtschaftsprobleme wird das Land so nicht lösen können.

Der Autor sieht hier nur einen Ausweg – den Übergang zur Lage Tschechiens oder Polens und den Austritt aus der Eurozone. Sollte Griechenland seine nationale Währung einführen, zumindest eine solch billige im Verhältnis zum Euro, wie es die tschechische Krone ist, so werden die griechischen landwirtschaftlichen Erzeugnisse sofort konkurrenzfähig sein. Neben den EU-Ländern wird Russland gern, wie zu Zeiten der Sowjetunion, die nicht an den Euro gebundenen (und demnach preiswerten) griechischen Weine, Zitrusfrüchte, Oliven, Erdbeeren, Tomaten usw. kaufen. Und wenn nach der Einführung des Euro die Kurorte Griechenlands für die Bürger Russlands teurer wurden und sie sich auf die Türkei umorientiert haben, so werden zusammen mit der Drachme auch die Touristen aus Moskau oder Nowosibirsk gern zurückkehren. Denn die Erholung



in Griechenland wird dann für die Bürger Russlands bedeutend billiger werden.

Ja, das sind natürlich keine supermodernen Innovationen, doch das stolze Polen lebte vor den antirussischen Sanktionen recht gut von Kartoffeln und Äpfeln. Essen will man bekanntlich immer, selbst in Krisenzeiten. Und die Existenz einer eigenen Währung hatte es Warschau in der Krise von 2008-2009, die Griechenland hart zugesetzt hatte, erlaubt, sie relativ schmerzlos zu überstehen.

Natürlich muss Russland Griechenland finanziell unterstützen, berücksichtigt man die jahrhundertelangen historischen und geistigen Freundschaftsbande zwischen unseren Völkern. Doch Finanzspritzen aus Moskau (oder aus Peking oder aus anderen Hauptstädten) werden keinerlei Nutzen haben, wenn Griechenland fortfährt, die Empfehlungen der „Troika“ zu befolgen. Die Griechen können ihren Gürtel schon nicht mehr enger schnallen.

**Schlüsselworte:** Krise in Griechenland, EU, Russland.

# **Zum 60. Jahrestag der Herstellung der diplomatischen Beziehungen mit der Bundesrepublik Deutschland**

**Wladislaw TERECHOW**

Außerordentlicher und Bevollmächtigter Botschafter,  
Professor an der Moskauer Staatlichen Hochschule für  
internationale Beziehungen (russ. Abk. MGIMO)  
des Außenministeriums Russlands

Im September 1955 – zehn Jahre nach der Beendigung des Krieges in Europa – wurden diplomatische Beziehungen zwischen der Sowjetunion und der Bundesrepublik Deutschland hergestellt. So viel Zeit brauchten die Regierungen der beiden Staaten, um sich in unzähligen äußerst komplizierten Problemen, die sie von der Geschichte geerbt haben, auszukennen und ihren endgültigen Standpunkt zu finden. Und das waren nicht nur Probleme ihrer bilateralen Beziehungen. Die internationale Lage im ersten

Jahrzehnt nach dem Zweiten Weltkrieg war erhitzt durch Widersprüche zwischen den führenden Mächten rund um Probleme der künftigen Weltordnung, der Rolle und des Platzes dieser Mächte in einer neuen Konfiguration der Kräfte im europäischen – und nicht nur im europäischen – Raum.

In diesen ersten Jahren nach dem Großen Vaterländischen Krieg erwarteten nur wenige Menschen in unserem Land, dass man nach allen Leiden und Verlusten, die durch die Hitler-Invasion bewirkt worden waren, zu einer ruhigeren Auffassung von allem, was deutsch ist (und von den Deutschen selbst, die noch unlängst als Träger des Weltübels auftraten), zurückfinden kann. Aber die Zeit heilt sogar solche Wunden, wenn man ihr bei der Heilung natürlich hilft. Diese Erkenntnis setzte sich mit größter Mühe durch, besonders wenn man bedenkt, dass gleich nach der Sieges euphorie die Herde von Widersprüchen und Feindseligkeiten zu schwelen begannen.

Nichtsdestoweniger konnten nach dem Jahrzehnt der politischen und diplomatischen Konfrontation Meilensteine auf

dem Weg der Entwicklung weiterer Beziehungen zwischen den vormaligen Verbündeten im Zweiten Weltkrieg markiert und die Rolle der ehemaligen Gegner im auflodernden Kalten Krieg festgelegt werden.

Die Herstellung der diplomatischen Beziehungen zwischen der Sowjetunion und der Bundesrepublik Deutschland im Jahre 1955 wurde zu einer Art Zwischenbilanz im langandauernden Widerstreit wegen der Festlegung der allgemeinen Entwicklungsrichtung internationaler Prozesse in der Nachkriegswelt.

Auf der europäischen politischen Arena standen zehn Jahre lang zwei mögliche Varianten der europäischen Politik einander gegenüber: einerseits der Aufbau Europas der Zukunft auf Grundlagen und Prinzipien der guten Nachbarschaft, der Gleichberechtigung und der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Länder und andererseits die Entwicklung im harten Rahmen von Blockstrukturen.

Mit der Zeit wurde immer offensichtlicher, dass der Aufbau einer Weltordnung, der das gleichberechtigte und konstruktive

Zusammenwirken und die Achtung der Wahl des eigenen Weges in die Zukunft durch die Völker zugrundeliegt, nicht von allen als eine unumstößliche Norm des internationalen Umgangs aufgefasst wird. Der Kalte Krieg, der schon in den ersten Nachkriegsjahren ausgebrochen war, nahm den Charakter eines stabilen Zustandes der internationalen Beziehungen an.

Unter den Bedingungen, da sich die ehemaligen Verbündeten über den Abschluss eines Friedensvertrages mit dem besiegten Deutschland über dessen militärisch-politischen Status für die Zukunft nicht einigen konnten, erhob sich gebieterisch die Frage über die weitere Entwicklung auf dem europäischen Kontinent.

Die Vereinigten Staaten von Amerika und ihre engsten europäischen Verbündeten trafen ihre Wahl und gründeten die NATO. Schlüsselfrage blieb das Schicksal der Bundesrepublik Deutschland, die im Jahre 1949 unter der Ägide der westlichen Alliierten ausgerufen worden war. Unter den Bedingungen, da die harte Kontrolle der Besatzungsbehörden in Westzonen dem westdeutschen Staat keine reale Freiheit der Wahl ließ, verband er

sein Schicksal mit der NATO. Das entsprach durchaus den Wünschen und Bestrebungen der politischen und wirtschaftlichen Eliten. Proteste in Deutschland erfuhren keine breite Entwicklung und wurden ignoriert.

Die Sowjetunion und Osteuropa entgegneten mit der Gründung der Organisation des Warschauer Vertrages und des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe. Es begann eine neue Etappe der Koexistenz zweier Systeme und zweier Blöcke.

Auffallend akut wurde unter diesen Bedingungen die Frage des Charakters der Beziehungen zwischen der UdSSR und der Bundesrepublik Deutschland, der Einführung dieser Beziehungen in den allgemein üblichen Rahmen diplomatischer Beziehungen. Prozesse, die im Raum des ehemaligen Deutschen Reichs nach der Beendigung des Krieges in Europa verliefen, führten zur Entstehung zweier deutscher Staaten, die nach und nach – in der einen oder anderen Form – internationale Anerkennung fanden.

Allerdings blieben ihre gegenseitigen Beziehungen ungeregelt wegen des von der Regierung der Bundesrepublik Deutschland

erhobenen Anspruchs auf die „Alleinvertretung“ der Interessen „aller Deutschen“. Dieser Anspruch, der in Form der sogenannten „Hallstein-Doktrin“ festgelegt worden war, blockierte jahrelang eine Normalisierung und Annäherung der zwei deutschen Staaten, diente als Störung bei der Entwicklung zwischenstaatlicher Beziehungen in verschiedenen Weltregionen.

Das Fehlen der diplomatischen Beziehungen zwischen der UdSSR und der Bundesrepublik Deutschland beeinträchtigte den internationalen Ruf der Bonner Republik, war hinderlich für die Prüfung und Lösung vieler Fragen bilateraler Beziehungen sowohl im politischen als auch – insbesondere – im wirtschaftlichen Bereich sowie auf anderen Gebieten der internationalen und der zwischenstaatlichen Zusammenarbeit. Recht schmerzlich war für die Bundesrepublik Deutschland eine gewisse „statusbezogene Minderwertigkeit“ vor dem Hintergrund einer aktiven und vorankommenden Entwicklung der Beziehungen zwischen der UdSSR und der übrigen Welt. Aber auch für die UdSSR schmälerte eine solche nichtgeregelte Lage den Bereich der

bilateralen Beziehungen mit der Bundesrepublik Deutschland und das Zusammenwirken in der internationalen Arena insgesamt.

Über verschiedene Kanäle empfing die sowjetische Seite Signale aus der Bundesrepublik Deutschland über den Wunsch, eine Anbahnung von Kontakten für die Herstellung der diplomatischen Beziehungen einzuleiten, über die Bereitschaft der Führung der Bundesrepublik, daran persönlich teilzunehmen.

Im Jahre 1955 hat sich nach und nach eine Situation herausgebildet, da die Spaltung Europas in zwei gegenüberstehende Staatenblöcke eine vollendete Tatsache geworden ist. Geboten war eine Anpassung der europäischen Politik an die neuen Bedingungen. Man spürte ein „Tauwetter“ in den internationalen Beziehungen, man sprach von einer „Entspannung“.

Am 25. Januar 1955 verabschiedete das Präsidium des Obersten Sowjets der UdSSR einen Erlass über die Einstellung des Kriegszustandes zwischen der Sowjetunion und Deutschland, den der Oberste Sowjet der UdSSR am 9. Februar bestätigte.



Am 15. Mai 1955 wurde in Wien schließlich der Staatsvertrag mit Österreich unterzeichnet, das seine staatliche Neutralität verkündete. Am 18. – 23. Juli 1955 fand in Genf das erste nach dem Krieg Treffen der führenden Politiker der UdSSR, der USA, Großbritanniens und Frankreichs statt. Das Gipfeltreffen bewirkte einen gewissen Optimismus, der sich allerdings schnell zerstreute.

Nichtsdestoweniger fiel die Moskau-Reise dem Bundeskanzler Adenauer nicht leicht. Denn faktisch reiste er in die UdSSR, um eine Anerkennung der Bundesrepublik als einen legitimen internationalen Partner zu finden, ohne dabei irgendwelche Garantie zu besitzen, dass ihm diese Anerkennung auch gewährt wird. Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland konnte – ohne diplomatische Beziehungen mit der UdSSR und ohne ein ausreichendes gegenseitiges Einvernehmen mit ihr – weder mit einem völkerrechtlichen Schlussstrich unter der Beendigung des Krieges in Europa noch mit einer Aufnahme der Bundesrepublik in die UNO rechnen (auch nicht damit, dass man die Bundesrepublik als einen annehmbaren internationalen Partner auffassen würde).

Aber auch Moskau stand vor einer keineswegs leichten Entscheidung, die der Herstellung diplomatischer Beziehungen mit einem Staat galt, den man noch bis vor kurzem als einen Herd des Revanchismus und des Militarismus, eine Quelle internationaler Spannungen betrachtete.

Zugleich konnte die sowjetische Führung nicht umhin einzusehen, dass sich gegen das Jahr 1955 Hoffnungen faktisch zerstreut haben, dass es möglich wäre, einen deutschen Einheitsstaat mit einem neutralen Status aufzubauen, einen Staat, der mit der UdSSR freundschaftliche Beziehungen pflegen und ihr wirksamer Partner sein würde.

Auf deutschem Boden entstanden zwei Staaten, die in einander gegenüberstehende militärisch-politische und wirtschaftliche Blöcke integriert waren. Deshalb musste die UdSSR sowohl ihre Politik in den Beziehungen mit ihnen als auch ihre europäische und Weltpolitik im Hinblick auf diese Tatsache gestalten. Das Fehlen offizieller Beziehungen mit der Bundesrepublik Deutschland und die ständige Konfrontation mit ihr wurden unproduktiv für die

Sowjetunion selbst, für die Stabilisierung der internationalen Lage der DDR und für die allgemeine internationale Entspannung.

In Moskau zog man aus der bestehenden Situation entsprechende Schlüsse, und in den Beziehungen zwischen der UdSSR und der Bundesrepublik Deutschland begann eine neue Etappe, die Zeit der schwierigen Suche nach Wegen und Möglichkeiten der Zusammenarbeit. Jeder nächste Schritt, jede Bewegung zueinander kosteten viel Mühe, verlangten langwierige Vorbereitungen und vorsichtiges Manövrieren, wurden von Ausbrüchen harter Polemik, von häufigen Rückzügen zu den Positionen der Konfrontation unterbrochen.

Das Startzeichen für die Verhandlungen über die Herstellung der diplomatischen Beziehungen zwischen der UdSSR und der Bundesrepublik Deutschland wurde am 7. Juni 1955 gegeben. An jenem Tag übergab die Botschaft der UdSSR in Frankreich an die Botschaft der Bundesrepublik Deutschland eine Note der Sowjetregierung, in der es hieß, dass die in der UdSSR stattgefundenene Verabschiedung des Gesetzes über die Beendigung

des Zustandes des Krieges mit Deutschland erforderliche Bedingungen für die Normalisierung und die Herstellung unmittelbarer Beziehungen zwischen der UdSSR und der Bundesrepublik Deutschland schafft. Die Sowjetregierung schlug dementsprechend der Regierung der Bundesrepublik Deutschland vor, direkte diplomatische und handelsmäßige sowie kulturelle Beziehungen zwischen den beiden Ländern herzustellen. In der Annahme, dass die Herstellung persönlicher Kontakte zwischen den Staatsmännern der beiden Länder wünschenswert ist, sprach die Sowjetregierung die Einladung an den Bundeskanzler Adenauer und an andere Vertreter der Bundesrepublik Deutschland aus, nach Moskau zwecks der Erörterung von Fragen zu kommen, die mit der Herstellung der diplomatischen und Handelsbeziehungen zusammenhängen.

Adenauer beantwortete diese Note lediglich am 30. Juni. Er wartete die Beendigung des Genfer Gipfeltreffens der führenden Politiker der vier Mächte ab und führte in Washington „Konsultationen“ mit der amerikanischen Führung durch. Als die

Regierung der Bundesrepublik Deutschland dem Angebot zustimmte, die Frage der Herstellung der diplomatischen Beziehungen zu erörtern, sprach sie sich damit dafür aus, Vorverhandlungen auf der Ebene der Botschaften in Paris durchzuführen, um Fragen zu präzisieren, die zum Gegenstand der Erörterung werden sollten.

Die Verhandlungen in Paris dauerten über den ganzen Sommer und galten grundsätzlichen Fragen der deutschen Regelung. Die Verhandlungspartner legten in diesem Zusammenhang ihre Standpunkte fest und betonten vorhandene Meinungsverschiedenheiten und Fragen, die man in Moskau erörtern wollte.

Der Besuch Adenauers und seiner Delegation in Moskau fand vom 8. bis zum 14. September 1955 statt. Die Verhandlungen dauerten praktisch ununterbrochen in verschiedenen Formaten und auf verschiedenen Ebenen. An der Spitze der Sowjetdelegation stand der Vorsitzende des Ministerrates N. A. Bulganin. Ihr gehörten folgende Personen an: N. S. Chruschtschow, W. M. Molotow, M. G. Perwuchin, I. G. Kabanow und W. S. Semjonow. Zur

deutschen Delegation gehörten H. von Brentano, W. Hallstein, H. Globke, H. Blankenhorn und W. Grewe, zahlreiche Vertreter von Ministerien, Berater und Experten.

Unter den Teilnehmern waren auch Parlamentarier: vom Bundesrat – K. Arnold, Ministerpräsident von Nordrheinwestphalen, vom Bundestag – K. G. Kiesinger und C. Schmid.

Das Stenogramm der Verhandlungen ist schon längst veröffentlicht worden und vermittelt eine genaue Vorstellung nicht nur vom Inhalt der zur Diskussion stehenden Fragen, sondern auch von der Atmosphäre, in der sie stattfanden. Das war die erste Begegnung der höchsten Vertreter der beiden Länder – der Sieger und der Besiegten, was der Erörterung ein besonderes Kolorit und eine besondere Zugespitztheit verlieh. Die Verhandlungspartner legten ihre Ansichten offen dar, ohne sich besonders um den Stil zu bemühen, und berücksichtigten dabei lediglich die Grenzen des Möglichen unter den gegebenen Umständen. Erreicht wurde das Hauptergebnis – eine Vereinbarung über die Herstellung diplomatischer sowie

wirtschaftlicher und kultureller Beziehungen. Adenauer erhielt die Versprechung, dass die in der UdSSR gebliebenen ehemaligen deutschen Kriegsgefangenen (etwa 8 000), die wegen der Kriegsverbrechen verurteilt worden waren, nach Deutschland heimkehren dürfen.

Die Ergebnisse der stattgefundenen Verhandlungen sind in einem Schlusskommunique sowie in den Briefen festgelegt worden, die die Delegationsleiter ausgetauscht haben. Die Briefe sind ihrem Inhalt nach fast identisch. Neben der Bestätigung der Übereinkunft bezüglich der Herstellung diplomatischer Beziehungen enthalten sie die folgende Feststellung: „Die Sowjetregierung (und auch die Regierung der BRD) geht dabei davon aus, dass die Herstellung und Entwicklung normaler Beziehungen zwischen der Sowjetunion und der Bundesrepublik Deutschland die Beilegung nicht geregelter Fragen, die Deutschland betreffen, fördern und damit bei der Lösung des gesamtationalen Hauptproblems des deutschen Volkes – der Wiederherstellung der Einheit eines demokratischen deutschen Staates – helfen wird“.

Der deutsche Verhandlungspartner betrachtete diese Feststellung als eine grundsätzlich wichtige Bestätigung seines Rechts, im Interesse aller Deutschen aufzutreten. Diesen Standpunkt vertraten die führenden Politiker der Bundesrepublik Deutschland während aller Jahrzehnte bis zur Wiedervereinigung Deutschlands im Jahre 1990.

Den sowjetischen Standpunkt in dieser Frage formulierte die Erklärung der TASS vom 16. September 1955, in der es hieß:

„Die Sowjetregierung betrachtet die Bundesrepublik Deutschland als einen Teil Deutschlands. Der andere Teil Deutschlands ist die Deutsche Demokratische Republik.

Im Zusammenhang mit der Herstellung diplomatischer Beziehungen zwischen der Sowjetunion und der Bundesrepublik Deutschland hält es die Regierung der UdSSR für notwendig zu erklären, dass die Frage der Grenzen Deutschlands durch das Abkommen von Potsdam gelöst worden ist, und dass die Bundesrepublik Deutschland ihre Jurisdiktion auf einem Territorium ausübt, das sich unter ihrer Souveränität befindet“.



Die Moskauer Verhandlungen mit Adenauer prägten auf lange Sicht die Standpunkte der Verhandlungspartner zu den Fragen der deutschen Friedensregelung, der deutschen Grenzen und der Jurisdiktion der staatlichen Subjekte. All die Fragen, die im Zuge der Verhandlungen auf der staatlichen Ebene oder auf der Expertenebene aufgeworfen wurden oder sich ergaben, basierten auf den gleichen Ausgangspositionen. Nach und nach wurde das zu einer Alltagsroutine, ohne die Entwicklung realer Beziehungen auf praktischen Gebieten zu stören. Aber die gleichen Fragen verwandelten sich in ein unüberwindliches Hindernis, wenn es galt, im Hinblick auf sie einen gemeinsamen Standpunkt festzulegen. Das Problem fiel der Vergangenheit anheim, als der Vertrag über die endgültige Regelung in Bezug auf Deutschland am 12. September 1990 unterzeichnet worden war.

Die Beziehungen mit der Bundesrepublik Deutschland und der DDR, nachdem mit ihnen diplomatische Beziehungen hergestellt worden waren, spiegelten alle Krisen, Wendungen und Errungenschaften wider, die auf der breiten internationalen und

europäischen Arena in den 1960er und 1980er Jahren geschahen. Ihre fortschreitende Entwicklung, die durch Ausbrüche internationaler und lokaler Krisen unterbrochen wurde, gestattete es, im Laufe einer längeren Zeit eine reale oder bedingte Stabilität auf dem europäischen Kontinent aufrechtzuerhalten. Nach und nach bildete sich der Mechanismus eines Zusammenwirkens in der internationalen Arena heraus, wurden Rahmenvereinbarungen und internationale vertragliche Akte abgestimmt, die für die gegenseitig annehmbaren Verhaltensregeln der Staaten in den Beziehungen miteinander, darunter auch in Krisensituationen, ausschlaggebend waren.

In diesen drei Jahrzehnten legten Europa und die Welt mehrere Etappen der Entwicklung und der internationalen Zusammenwirkung zurück. Ihre Teilnehmer waren auch die zwei deutschen Staaten, die ihren Beistand zu den Beziehungen mit internationalen Partnern leisteten. Die „Neue Ostpolitik“, die in den sozial-demokratischen Kreisen der Bundesrepublik Deutschland geboren wurde und sich in eine Art Ideologie der Regierung Willy

Brandt verwandelte, gestattete es, erhebliche positive Veränderungen in den Beziehungen mit der UdSSR, Polen, der Tschechoslowakei und der DDR zu erzielen.

Die deutschen Sozialdemokraten sahen – früher als ihre konservativen Kollegen – ein, dass die Befreiung zumindest von einem Teil des Ballastes des Kalten Krieges sowie der Weg der Kompromisse bessere Ergebnisse versprechen als eine sture und starrsinnige Fortsetzung der Konfrontation mit der Sowjetunion. Die Taktik einer “Veränderung durch Annäherung“ begann, die Politik der Bundesrepublik Deutschland in den Beziehungen mit ihren östlichen Nachbarn, einschließlich der DDR, zu bestimmen. Mit der Zeit verwandelte sich die DDR in das Hauptobjekt der Anstrengungen seitens der Bundesrepublik Deutschland und des gesamten Westens im Hinblick auf ihre „Demokratisierung“ und eine politische „Transformation“ im Einklang mit den Standarten der „zivilisierten Welt“.

Zu einem Merkmal der realen Entspannung in der europäischen und internationalen Arena wurde der Abschluss des Moskauer

Vertrages zwischen der UdSSR und der Bundesrepublik Deutschland im August 1970. Ihm folgte der Abschluss entsprechender Verträge der Bundesrepublik Deutschland mit Polen und der Tschechoslowakei, des Abkommens über Westberlin und schließlich des Vertrages über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR, der es gestattete, die berüchtigte „Hallstein-Doktrin“ der Vergessenheit anheimfallen zu lassen und den Weg für die Aufnahme der Bundesrepublik Deutschland in die Organisation der Vereinten Nationen zu bahnen.

Zum Höhepunkt der Entspannung wurde die in Helsinki am 1. August 1975 von den führenden Politikern von 35 Staaten unterzeichnete Schlussakte der Beratung über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa. Es begann die Bildung eines Systems der Sicherheit, das versprach, wirksame Strukturen zu gründen, die imstande wären, friedliche Lebensbedingungen auf dem Kontinent, die freie Entwicklung politischer, wirtschaftlicher, kultureller und sonstiger Beziehungen, die Entwicklung demokratischer Institute sowie Garantien der Bürgerrechte und Bürgerfreiheiten zu sichern.

Vorteile des Helsinki-Projekts stehen außer Zweifel. Genau so zweifelsfrei ist, dass für seine reale Umsetzung die allgemeine Bereitschaft für seine Verwirklichung erforderlich ist sowie der Verzicht auf Handlungen, die seinem Sinn zuwiderlaufen und sich auf die Erzielung einseitiger Vorteile und Vorrechte zum Schaden anderer Länder richten.

Leider kann man nicht umhin, darauf hinzuweisen, dass – gleichzeitig mit der Verkündung der Prinzipien von Helsinki in der internationalen Arena eine Bewegung stattfand, die diese Prinzipien faktisch blockierte und imstande war, eine gegensätzliche Entwicklung auszulösen. Bereits in der zweiten Hälfte der 1970er Jahre begann eine reale Gefahr des Wettrüstens in Europa unter Einsatz von Mittelstreckenraketen und Kernwaffen aufzuziehen, die in amerikanischen Militärstützpunkten disloziert worden waren. In den USA erklang das Thema einer Ausdehnung des Wettrüstens auf den Weltraum. In Europa aber rückte in den Mittelpunkt der politischen Diskussionen der Beginn der Stationierung der sowjetischen SS-20-Raketen. Nach dem

Einmarsch sowjetischer Truppen in Afghanistan spitzte sich die internationale Lage noch mehr zu.

Die Rückkehr der Weltpolitik auf den Weg der Entspannung und der Umsetzung der Beschlüsse von Helsinki verbindet man mit der in der UdSSR verkündeten „Politik der Perestroika“ und den Bemühungen des neuen sowjetischen Staatschefs M. S. Gorbatschow bei der Umsetzung eines umfassenden Programms der internationalen Zusammenarbeit zwecks einer realen Senkung des Standes militärischer Konfrontation und der Beseitigung von Quellen politischer Spannungen in den internationalen Beziehungen.

In der Bundesrepublik Deutschland wurde die Politik des „neuen Denkens“ – wenn auch nicht über Nacht – mit großem Enthusiasmus aufgenommen. Nach und nach reifte in Bonn die Erkenntnis, dass sich unter den in der UdSSR entstandenen Bedingungen und vor dem Hintergrund der in anderen osteuropäischen Ländern verlaufenden Prozesse ein „Fenster der Möglichkeiten“ öffnet, um das langersehnte Ziel zu erreichen: die

Wiedervereinigung Deutschlands im Einklang mit den Vorstellungen und Bestrebungen der Bundesrepublik Deutschland. Im Rahmen der Verfahren, die mit den Staaten abgestimmt worden waren, die die Rechte und Verantwortung für ganz Deutschland beibehalten hatten, wurde die Aufgabe der deutschen Wiedervereinigung gelöst. Die im Laufe des Jahres 1990 stattgefundenen Verhandlungen im Format «2 + 4» endeten am 12. September 1990 mit der Unterzeichnung des Vertrages über die endgültige Regelung bezüglich Deutschlands.

Für die Lage in Europa und in der ganzen Welt ergaben sich neue Bedingungen und Voraussetzungen, umso mehr, dass sich die stattgefundene Regelung des deutschen Problems gleichzeitig mit den dramatischen Prozessen in der UdSSR und im Osten des europäischen Kontinents abspielte. Unvermeidlich erhebt sich die Frage: Wie organisch, positiv und günstig ist das heutige Geschehen auf dem europäischen Kontinent für alle Teilnehmer des internationalen Prozesses? Wie lässt sich das Ergebnis der 60jährigen Entwicklung dessen bewerten, was nach der

Herstellung der diplomatischen Beziehungen zwischen der UdSSR und der Bundesrepublik Deutschland im Hinblick auf den heutigen Standpunkt und Zustand, in dem sich jetzt der europäische Kontinent befindet, geschehen ist?

Das Ergebnis ist nicht eindeutig.

Jahrelang betrieb der Westen eine zielgerichtete Politik einer Umformatierung des Systems der internationalen Beziehungen in Europa unter den Bedingungen der allmählichen Zerstörung des Jalta-Potsdam-Systems, das im Ergebnis des Zweiten Weltkrieges entstanden war. Dieses System sah die gegenseitige Achtung territorialer Integrität vor.

Die Parameter des Jalta-Potsdam-Systems stellten den Westen von Anfang an nicht zufrieden. Doch konnte der Westen sie zu seinem Gunsten nicht verändern: ihm fehlte es an moralischem und militärisch-politischem Potential. Die Ohnmacht, die Lage zu verändern, bewirkte den Kalten Krieg. Nichtsdestoweniger unterstützten die beiden Seiten in den ersten 35 Jahren – ungeachtet lokaler Krisen und Spannungen unter den Bedingungen Kalten



Krieges – eine relative Stabilität und wagten nicht ernsthafte Komplikationen, deren Folgen einen weltumfassenden Konflikt auslösen könnten. Ausgearbeitet wurden sogar die in der Helsinki-Akte verankerten Normen des Verhaltens in der internationalen Arena.

Die Situation hat sich in den 1980er Jahren verändert. Im Westen ist man zu der Ansicht, dass die Zeit der Veränderungen eingetreten ist, gekommen und beschlossen: man kann die Parameter des Jalta-Potsdam-Systems ändern und den Sowjetstaat in den Osten „abschieben“, ohne einen harten Widerstand seinerseits befürchten zu müssen.

Zur wichtigsten Aktion in dieser Reihe von Änderungen wurden die Vereinigung der Bundesrepublik Deutschland und der DDR, die Auflösung der Organisation des Warschauer Vertrages und eine politische Umorientierung der osteuropäischen Staaten.

Ein besonders starker Schlag gegen die europäischen Stabilität ist aber der Zusammenbruch der Sowjetunion gewesen. Das war eine Erschütterung des gesamten Nachkriegssystems. Versetzt

wurde der Schlag dem Prinzip der Unerschütterlichkeit der Grenzen in Europa und der Achtung der territorialen Integrität von Staaten, das bis dahin als eine der wichtigsten Garantien der Stabilität in Europa gegolten hatte. Die Grenzen hörten auf, unantastbar zu sein. Mit aller Anschaulichkeit demonstrierten das die Ereignisse in Jugoslawien und das Vorgehen der NATO-Länder im Balkan.

Entgegen den Versprechungen, die im Zuge der Verhandlungen über die Wiedervereinigung Deutschlands gegeben worden waren, begann eine Bewegung der NATO gen Osten und das Einbeziehen der osteuropäischen Staaten in die Allianz. Das Prinzip der Unerschütterlichkeit der Grenzen verwischte sich immer mehr. Den Westen stellte das zufrieden. Dort nahm man an, dass künftighin nur der Westen den Prozess der Veränderung von Grenzen kontrollieren wird. In den 1990er Jahren wurde Russland als ein Hinhaltefaktor abgeschrieben. Angenommen wurde, dass sich Russland nach dem Zusammenbruch der UdSSR nicht mehr aufrichten kann. Der Westen kann aber in

eigener Regie mit Hilfe „farbiger Revolutionen“ die Grenzen und Regimes verändern.

Zum nächsten Objekt der Einwirkung werden inzwischen Staaten im postsowjetischen Raum. In erster Linie die Ukraine. Die Ukraine und andere Staaten – ehemalige Republiken der UdSSR – in das Spinnengewebe wirtschaftlicher und militärisch-politischer Integrationsversprechungen einzubeziehen, eine Atmosphäre der Missgunst und Feindseligkeit gegenüber Russland zu schaffen und eine Reintegration nicht zuzulassen, so lautete die Aufgabe, von der sich die Politiker der NATO-Staaten leiten ließen.

Als der Westen das Prinzip der Unerschütterlichkeit der Grenzen und der territorialen Integrität zerstörte, machte er sich nicht all zu viel Sorgen um eine rechtliche Legitimation seiner Handlungen.

Der Westen fühlte sich aber schockiert, als eine Wiedervereinigung der Krim mit Russland geschah. Dabei wurden im gegebenen Fall alle denkbaren rechtlichen Normen und Regeln

eingehalten. Heuchlerische Versicherungen bezüglich der Treue zu völkerrechtlichen Normen und Regeln ufern aus. Dabei bemüht man sich, die Aufmerksamkeit nicht auf die Tatsache zu lenken, dass das Recht auf Selbstbestimmung eine Norm der UNO-Charta ist. Das gilt auch für die Tatsache, dass die Bundesrepublik Deutschland, als sie vor 40 Jahren unter dem Banner der Wiedervereinigung auftrat, sich ausgerechnet auf dieses Recht berief, und die Erwähnung dieses Rechts in den Vertrag über die endgültige Regelung in Bezug auf Deutschland aufgenommen worden ist.

In den letzten Jahren wurde das frühere – nach dem Zweiten Weltkrieg geschaffene – Fundament der internationalen Beziehungen erheblich zerrüttet und geschwächt, obwohl es auch gelingt, die grundlegenden Bestimmungen und Prinzipien der UNO-Charta aufrechtzuerhalten. Aber vieles aus dem, was im Zuge der jahrelangen Verhandlungen abgestimmt worden war, wurde zerstört und ging verloren. Es genügt, wenn man den Vertrag über herkömmliche Streitkräfte in Europa oder das – seit geraumer Zeit

geltende – Raketenabwehrabkommen (wie auch vieles andere) erwähnt. Faktisch sind jahrelange Bemühungen durchkreuzt worden, die auf den Aufbau eines internationalen Friedens abzielen, dem die Prinzipien der gleichen Sicherheit, der Gleichberechtigung und des gegenseitigen Vertrauens zugrundeliegen.

Der Westen sieht in den stattgefundenen Veränderungen die Möglichkeit, seinen Einflussbereich in Europa und der ganzen Welt auszudehnen und Mechanismen zur Gewährleistung seiner überwiegenden Einwirkung auf die Weltprozesse zu schaffen. Es wird angenommen, dass Russland seine Positionen in der Welt endgültig eingebüßt hat und ihm von nun an die bescheidene Rolle einer regionalen Macht geblieben ist.

Deshalb gefällt es dem Westen nicht, dass Russland von seinen Rechten und Interessen laut spricht, dass es nicht gelungen ist, Russland an das allgemeine Washingtoner Gefolge anzuhängen. Russland wird bedroht und mit Sanktionen behängt. Man versucht, dieses Land mit der Veranstaltung irgendeines „Maidans“ einzuschüchtern.

All das ist nicht neu. Das begann schon in den Zeiten der Großen Russischen Revolution, fast vor 100 Jahren, als ein alternatives Modell der Weltordnung aufgekommen ist. Dieses Modell war ein Neuerertum, ungeachtet aller grausamen Erscheinungen, Verirrungen und Opfer. Damals hat man nicht über Nacht begriffen, welche Gefahren für die westliche Welt daraus erwachsen. Als die Erkenntnis kam, begann ein erbitterter Widerstand. Benutzt wurden alle Methoden, einschließlich der Nazi-Diktatur.

Die ganze Zeit wurden Versuche unternommen, uns auf einen – angeblich allgemeinen „zivilisatorischen“ – Entwicklungsweg zurückzubringen. In den 1990er Jahren schien es dem Westen, dass das Ziel erreicht worden ist und das „umgestaltete“ Russland endlich im Gleichschritt mit der allgemeinen demokratischen Ordnung marschieren wird. Das ist nicht geschehen. Das Land und das Volk beschritten nicht den vorgeschlagenen Weg. Im Jahre 2007 wurde das auch allen im Westen klar. Und man zählte Russland wieder zu den Feinden von Demokratie und Fortschritt.

Es ist nicht einfach, unter diesen Bedingungen ein neues System der internationalen Beziehungen aufzubauen. Das Konzept einer modernisierten Partnerschaft und einer strategischen Zusammenarbeit des Westens mit Russland, ein Konzept, das führende europäische Politiker vor einigen Jahren verkündet haben, ist heute in den Hintergrund zurückgestellt.

Als Tatsache wird anerkannt, dass sich die mehrenden internationalen Probleme ohne Teilnahme Russlands – oder gar gegen Russland – unmöglich lösen lassen. Man versucht aber, die Zusammenarbeit mit ihm von einer Auswahl von Vorbedingungen abhängig zu machen, die Russland erfüllen muss, um seine „Zivilisiertheit“ und „Vertragsfähigkeit“ zu beweisen.

Diese Auswahl enthält auch Probleme im Zusammenhang mit der Situation in der Ukraine, aber nicht nur das. Der Westen ist bestrebt, jegliche Äußerungen der Konsolidierung und Integration im postsowjetischen Raum – umso mehr außerhalb desselben – unter Beteiligung Russlands zu verhindern. Man hat versucht,

Russland zu isolieren, es in einen internationalen Paria zu verwandeln. Aber auch das funktioniert nicht.

Die Suche nach einer neuen Matrix der gegenseitigen Beziehungen des Westens mit Russland findet jetzt überall statt. Aktiv befasst man sich damit auch in der Bundesrepublik Deutschland. Und das ist verständlich. Deutschland hat sich durch die Vereinigung mit der DDR in einen anerkannten Spitzenreiter der integrationsmäßigen und politischen Prozesse in der Europäischen Union verwandelt. Allerdings vergessen Großbritannien und Frankreich nicht, an ihre Ambitionen zu erinnern. Die Finanzstärke Deutschlands sichert jedoch ihm das Recht auf die entscheidende Stimme bei endgültigen Lösungen.

Die Rolle des Spitzenreiters ist immer mit einer eifersüchtigen und misstrauischen Haltung ihm gegenüber seitens der "zweiten" und der "dritten" Anwärter verbunden. In Deutschland vergisst man so was nicht. Dort ist man sich dessen bestens bewusst, besonders mit dem Blick auf das Beispiel der Vereinigten Staaten, die – trotz ihrer Überlegenheit in vielen Bereichen – überall mit



starken antiamerikanischen Stimmungen konfrontiert werden. Im Hinblick darauf gibt man sich in der

Bundesrepublik Deutschland Mühe, auf jede Weise die Führungsstellung des Landes zu tarnen. Aber auch Deutschlands Vergangenheit erinnert an sich, wenn es um harte Verhandlungskämpfe um finanzielle Probleme in der EU geht.

Deutschland hat zweimal im zwanzigsten Jahrhundert versucht, in Europa ein Hegemon mit Anspruch auf globale Führung zu werden. Zweimal endete es mit einer Katastrophe und starken Erschütterungen für das Bewusstsein der deutschen Nation. Aber auch im Gedenken der Weltzivilisation hat das einen unauslöschlichen Eindruck hinterlassen.

Die ganze zweite Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts mussten die Deutschen für Ihre Sünden büßen, Ihre Verfehlungen bereuen, bei den europäischen Völkern um die Anerkennung Ihres neuen Images einer friedlichen Nation bitten, die von der edlen Bestrebung der Teilnahme am friedlichen Aufbau als zuverlässiger Wirtschaftspartner und großzügiger Spender der hohen und reinen

Emotionen besessen ist, Emotionen, die von den Werken des Genies der deutschen Kultur, Musik, Dichtung und Malerei angeregt werden. Daraus entstand eine neue Gestalt Deutschlands.

Tatsächlich: es wurde viel geleistet, damit die Welt in Ihrem Gedächtnis die Erinnerung daran dämpft, dass Deutschland auch noch die Konzentrationslager, den Holocaust, Hitler und die vom Gesicht der Erde weggewischten Städte und Stätten der Weltkultur bedeutet. Das heutige Deutschland bedeutet einen wirtschaftlichen Aufschwung, einen hohen Wohlstand, relevante wissenschaftliche und technologische Errungenschaften, ein großes kulturelles Potenzial. Die Deutschen wollen, dass ihre Nachbarn und Partner Deutschland genau so sehen.

Nützlich wäre es aber, inzwischen daran zu erinnern, dass Deutschland nicht nur die Bundesrepublik Deutschland, sondern auch die DDR bedeutet, die 40 Jahre lang existiert und keine unwichtige Rolle bei der Veränderung des Nazi-Bildes der deutschen Nation gespielt hat.

Und was nun?

Welche Rolle wird Deutschland bei der Gestaltung einer neuen Architektur der europäischen Sicherheit spielen? Welche strategischen und taktischen Ziele werden als Orientierungspunkte für den Ausweg aus der jetzigen abwartenden Etappe der internationalen Beziehungen angeboten? Der Wegweiser kann sowohl in die eine als auch in die andere Richtung gedreht werden.

Auf dem Weltschachbrett sind vorerst keine Züge gemacht worden, die es erlauben, darüber zu urteilen, welche Partie gespielt werden soll. Die Spieler machten den Standardzug «e2 – e4» und erstarrten im tiefen Nachdenken. Wichtige Beschlüsse stehen bevor. Von ihnen wird abhängen, ob die friedliche Zusammenarbeit ein wirkliches Ziel der führenden Spieler im euroatlantischen Raum ist, oder sie der Versuchung anheimfallen werden, ihre Interessen und Ansprüche allen und jedem aufzuhalsen.

Die Erinnerung an den Großen Krieg, an den Zweiten Weltkrieg, bleibt in Europa dennoch erhalten, und lediglich politisch desorientierte Menschen können auf eine „Bezwingung“ Russlands setzen. Hinter den Kulissen geschieht eine langsame

intellektuelle Reifung rationeller Handlungen, mit deren Hilfe man aus dem politischen Clinch herauskommen kann, in dem sich die internationale Gemeinschaft befindet. Das Wichtigste ist, die Situation nicht zuzuspitzen, Leidenschaften nicht zu schüren, die Öffentlichkeit nicht aufzuregen, die Atmosphäre der Feindseligkeit nicht zu verschlimmern, womit man sich leider – unüberlegt – vor allem in der Ukraine beschäftigt.

Die Situation rund um die Ukraine ist unstabil, und jene westlichen Staaten, die sich tatkräftig in das dortige Geschehen eingemischt haben (und zu solchen Ländern gehört leider auch Deutschland), können sich nicht von der Verantwortung für das Geschehen in der Ukraine drücken. Für die langsame – Schritt um Schritt stattfindende – Bewegung in Richtung einer Senkung der Konfrontationsebene.

Heute muss bereits klar sein, dass die einseitige Unterstützung der extremistischen Kräfte in der Ukraine, eine Unterstützung, die der Westen bis jetzt demonstriert hat, unproduktiv ist. Wenn heutzutage eine „Hinhalt-Politik“ auch gebraucht wird, dann

muss sie vor allem auf die Ukraine angewandt werden, auf die politischen Kräfte dieses Landes, die in ihrer Aggressivität und Kriegslüsterheit zu weit gegangen sind. In Deutschland wie auch in den anderen euroatlantischen Ländern bemüht man sich, diesen Umstand zu übersehen. Man tut so, als ob es sich um die Unkosten einer „jungen Demokratie“ handelt. Merkwürdig ist aber diese „Demokratie“, die zu eindeutig an gewisse historische Präzedenzfälle erinnert.

In Berlin und Paris möchte man möglicherweise vermeiden, dass sich die Ukraine endgültig in den Abgrund bürgerlicher Konfrontationen abgleitet. Aber vorerst wagt man nicht, etwas zu unternehmen, was dem Standpunkt des Hauptverbündeten – der USA – zuwiderläuft.

In den Kreisen der deutschen politischen Gemeinschaft findet heutzutage eine Diskussion über die Ausarbeitung einer neuen Matrix der gegenseitigen Beziehungen mit Russland statt. Die vormaligen Modelle und Schemas sind durch das Vorgehen des Westens selbst zerstört worden. Diskussionsebenen sind im

Hinblick sowohl der offiziellen als auch der gesellschaftlichen Kontakte gesperrt. Eine solche Lage erfordert eine eindeutige Korrektur. Die Suche nach einem neuen Kurs in den Beziehungen „Westen – Russland“ setzt gemeinsame Anstrengungen der Seiten voraus. Und mit dieser Suche muss man allmählich beginnen. Vorerst äußert aber das offizielle Berlin keinen sichtbaren Wunsch, den Konfrontationsweg zu verlassen.

In den Kreisen der deutschen Politiker und Politologen werden unterschiedliche Ideen und Empfehlungen über die Überwindung der Krise in den Beziehungen mit Russland ausgesprochen. Man spricht über die mögliche Teilung der – Russland betreffenden – Ziele und Handlungen in einzelne Etappen: die Erreichung einer kurzfristigen Stabilisierung ohne eine tiefgreifende Regelung in der Ukraine – eine (mit Russland gemeinsame) Ausarbeitung eines neuen Modells der Beziehungen – die allmähliche Realisierung des neuen Modells. Vorerst sind es nackte Schemas ohne Konkretum. Als Anfang könnten es die Vereinbarungen von Minsk sein. Aber

man muss sie zu diesem Zweck erfüllen. Es sieht aber danach aus, dass die ukrainische Seite nicht gewillt ist, das zu tun.

Eine andere Variante ist die Fortsetzung der jetzigen Koexistenz unter den Bedingungen der gegenseitigen Abschreckung.

Geredet wird darüber, dass sich in der jetzigen Situation die alte Formel der friedlichen Koexistenz unter den Bedingungen verwenden lässt, wenn grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten bezüglich der Knotenfragen existieren, wie es in der Nachkriegszeit der Fall gewesen ist. Aber damals existierte die Sowjetunion. Mit ihr nicht zu „koexistieren“, wäre recht problematisch. Einige Leute im Westen glauben, dass man heute so was probieren kann. Eine leichtsinnige Vermutung.

Geredet wird auch darüber, dass der Westen versuchen kann, irgendein neues System der Sicherheit für sich selbst – ohne Beteiligung Russlands – aufzubauen. Aber welche Sicherheit wird es sein – ohne Russland?

Wie man es aber auch nimmt, offensichtlich ist dennoch die Notwendigkeit, einen neuen Dialog „Russland – Westen“ ohne

Vorbedingungen und Forderungen für die Gewährleistung eines gegenseitig annehmbaren Standes der Sicherheit einzuleiten. Nicht ausgeschlossen ist dabei, dass die Situation in der Ukraine gleichsam eingefroren wird, während die Kampfhandlungen unter der Kontrolle Russlands und des Westens real gestoppt bleiben. Eine tiefgreifende Regelung in der Ukraine ist unter den heutigen Bedingungen problematisch. Gebraucht wird Zeit, bevor günstige Bedingungen entstehen. Der Westen, darunter auch Deutschland, könnten dazu beitragen. Aber sie stehen immer noch auf dem Scheideweg. So sind Realitäten, mit denen wir heute leben.

**Schlüsselwörter:** 60. Jahrestag der Herstellung der diplomatischen Beziehungen mit der Bundesrepublik Deutschland, die UdSSR, Westen – Russland, Weltordnung, Kalter Krieg.